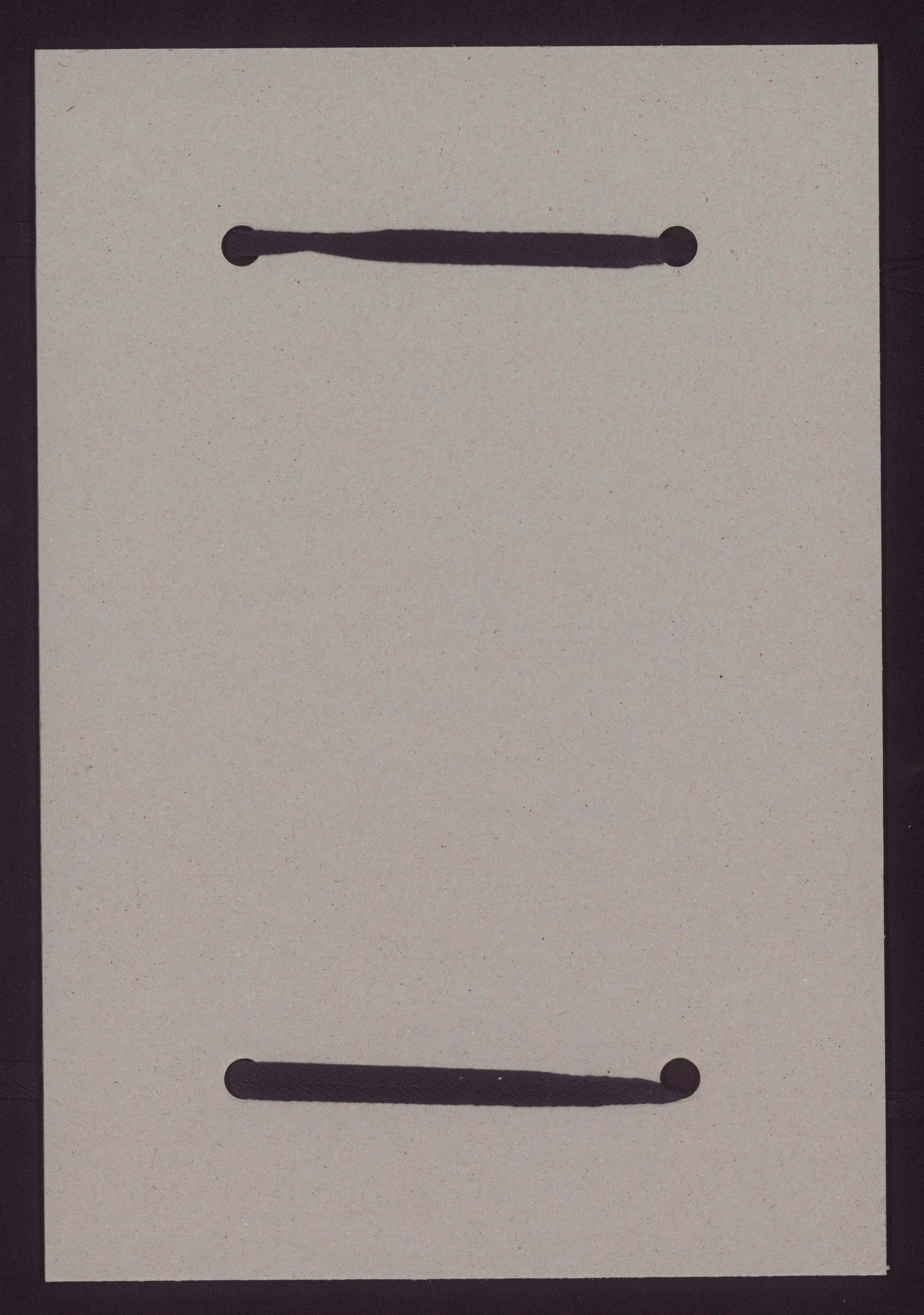


Materiały Michała Bobrzyńskiego do dziejów I wojny światowej

Broszury polityczne

 Galicja 1915–1917



Z Sekretaryatu Generalnego
N. K. N.

1
~~22~~

Biliński

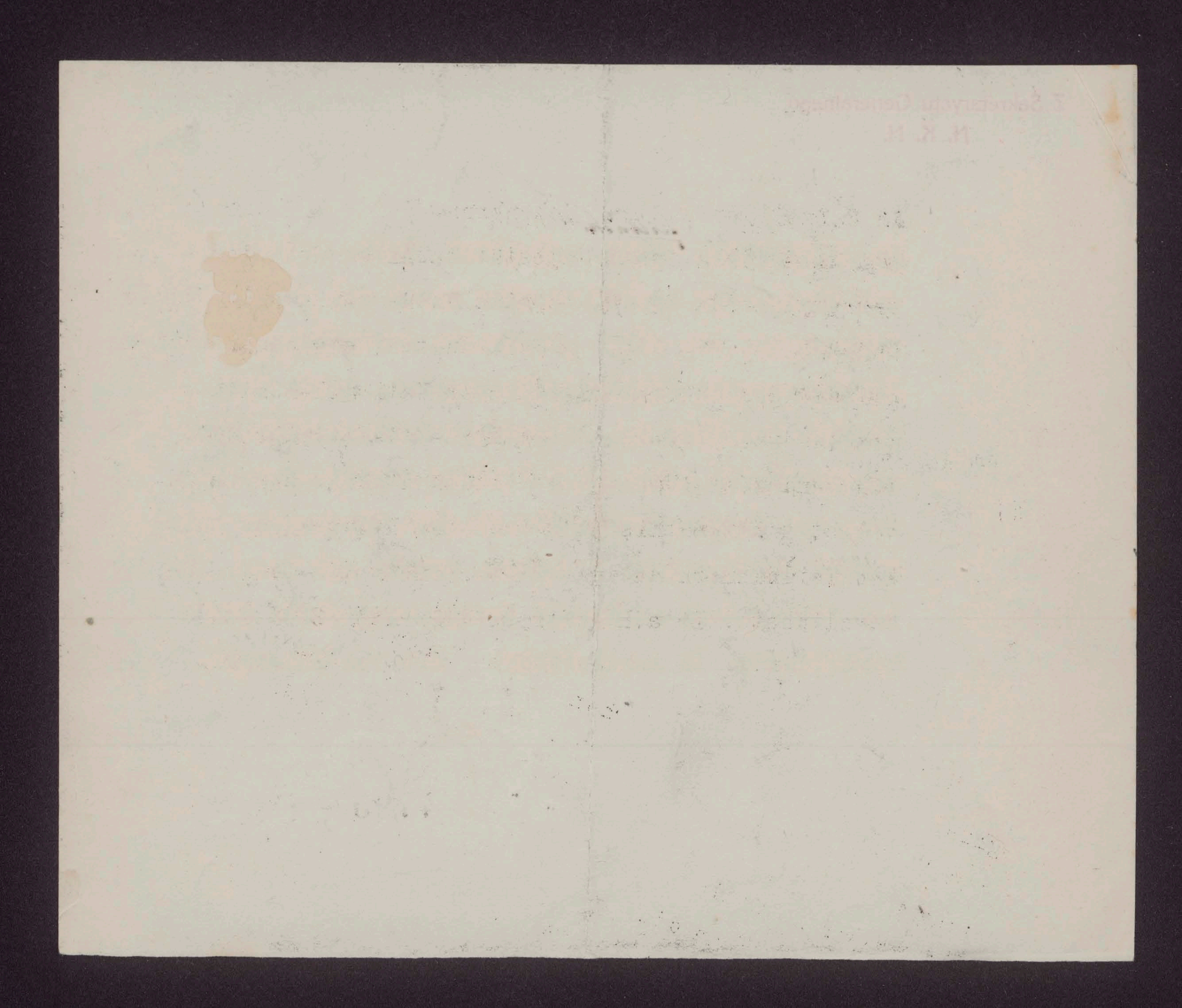
An S.Excellenz, Wien, Schönbrun. Seine kaiserliche und königliche Apost.Majestät haben die von der Vollversammlung der aller polnischen Herrenhausmitglieder, Reichsrats-und Landtagsabgeordneten, sowie der Mitglieder des Obersten Polnischen National-Komitées zum Ausdrucke gebrachten Gefühle tiefste Ehrerbietung und festen unerschütterlichen Vertrauens huldvollst zur Kenntnis zu nehmen geruht und danke allen Teilnehmern an dieser Versammlung dafür auf das Herzlichste. Im a.h.Auftrage Frh.von Schiessl.

198

VIII 1815

4795

8120



Die mannigfachen Wirkungen des Krieges beeinflussen das ganze wirtschaftliche und sociale Leben, ändern seine Erscheinungsformen und Daseinsbedingungen; es gehört demnach zu den wichtigsten Obliegenheiten der öffentlichen Organe diesen Erscheinungen volle Aufmerksamkeit zu widmen und nötigenfalls eine fürsorgende Tätigkeit zu entfalten. Aber neben diesen unmittelbaren und gewissermassen naturnotwendigen Wirkungen treten noch andere, mittelbare, vielleicht in dem ersten Stadium nicht so scharf zum Ausdruck gelangende hervor, die jedoch nicht minder wichtig sind und meistenteils nicht minder gefährlich für die zukünftige Gestaltung der Verhältnisse. Es sind dies diejenigen Wirkungen, die das innere Gefüge des wirtschaftlichen und socialen Lebens, seine Struktur und Verfassung betreffen. Sie nehmen ihren Anfang in der Verschiebung der Einkommens- und Eigentumsverteilung und in Aenderungen in der Betriebsverfassung der Volkswirtschaft, welche infolge der Anpassung an die speziellen Bedürfnisse der Kriegswirtschaft notwendig waren. Wir heben von der ganzen Menge der hier steckenden Probleme nur die Frage der Agrarverfassung hervor, weil derselben für die Verhältnisse unseres Landes die grösste Bedeutung zukommt; wenn nicht entsprechende legislative und administrative Vorsorge rechtzeitig geschaffen wird, sind in derselben in der nächsten Zeit gründliche Umwälzungen zu erwarten, welche gewiss ihre Verschlechterung vom wirtschaftlichen wie socialen Gesichtspunkte herbeiführen werden. Das allgemeine Interesse, das damit verbunden ist, ist so wichtig, dass die mannigfachen privaten hier ins Spiel tretenden Interessen unberücksichtigt bleiben müssen; die öffentliche Tätigkeit muss daher den Charakter nicht einer fürsorgenden und unterstützenden, wie vielmehr die egoistischen Interessen bindenden und

bezwingenden tragen.

So ist auch der gefertigte Landesausschuss der Ansicht, dass die Iniziative, die von der kk. Regierung auf diesem Gebiete ergriffen wurde und der die Kaiserliche Verordnung vom 9 August 1915 R. G. Bl. Nr. 234 zu verdanken ist, durchaus dem allgemeinen Bedürfnisse entsprechen konnte und aus dem richtigen Verständniss der Wichtigkeit der betreffenden Probleme hervorging. Wenn wir dies auch bereitwilig anerkennen, so müssen wir doch mit dem grössten Nachdruck hervorheben, dass diese Bestimmungen weder in der Form, was die Kompetenzfrage betrifft, noch in der Sache, inwieferne es sich um die Berücksichtigung der speziellen Verhältnisse Galiziens handelt, einwandfrei sind. Wir behalten uns vor, in den folgenden Ausführungen unsere Erwägungen quoad meritum der Angelegenheit und die Formulierung der betreffenden Postulate ausführlicher auseinanderzusetzen; hier betonen wir nochmals in aller Kürze unseren verfassungsrechtlichen Standpunkt, welchen wir schon in unserer Zuschrift vom 5 Oktober v.J. Zl. 36.811, welche bis jetzt ohne Beantwortung geblieben ist, zum Ausdruck brachten.

Die Kaiserliche Verordnung vom 9 August 1915, R.G.Bl. Nr. 234, wurde mit Berufung auf den §. 14 des Staatsgrundgesetzes vom 21 Dezember 1867 R. G. Bl. Nr. 141 erlassen. Nach dem Wortlaut dieses Paragraphen können in dieser Form einstweilige Verfügungen zustande kommen in allen Angelegenheiten, welche der Kompetenz der Gesetzgebung des Reichsrates vorbehalten sind. Die Einschränkungen des Verkehrs mit Grund und Boden unterliegen nun auf Grund des klaren Wortlautes des §. 18 a der Landesordnung der gesetzgeberischen Kompetenz des Landtages; auch sind die vorhin geltenden Verkehrsbeschränkungen durch ein Landesgesetz vom 1. November 1868 L. G. Bl. Nr.

25 aufgehoben worden. Wir anerkennen durchaus die Berechtigung einer Notgesetzgebung auch auf dem Gebiete der Kompetenz des Landtages, wir sind aber der Ansicht, dass diese Notgesetzgebung in einer anderen Form zustande kommen sollte. In formeller Hinsicht wäre die Verlautfassung im Landesgesetzblatte erforderlich; in dem Verfahren selbst sollte beim Erlassen solcher Bestimmungen ein Einvernehmen mit diesem Organ, welchem verfassungsmässig die Wahrung der Interessen der Landesautonomie zusteht, erzielt werden. Wir wollen nicht von diesem formell rechtlichem Standpunkte die in der Rede stehenden Bestimmungen anfechten, weil uns die Sache als zu wichtig erscheint, um nur in dieser Weise behandelt zu werden; wir begnügen uns daher mit der principiellen Verwahrung gegen diese Verletzung der Landesverfassung und hoffen, dass umso mehr unsere meritorischen Forderungen in dieser Angelegenheit, zu deren Begrundung wir nunmehr übergehen, von der k.k. Regierung berücksichtigt werden.

Der Zweck der Verkehrsbeschränkungen der kaiserlichen Verordnung vom 9. August 1915 R.G.Bl. Nr. 234 ist die Agrarverfassung vor den ungünstigen Wirkungen des Krieges zu Schützen und gegen die unerwünschten Veränderungen innerhalb derselben Abwehr zu schaffen.- Die Wirksamkeit der hiezu gebrauchten Mittel und ihre Bedeutung für die gedeihliche Entwicklung der wirtschaftlichen Verhältnisse hängt davon ab, ob sie das Wesen der Agrarverfassung und die hierin zutage tretenden Tendenzen richtig beurteilen und dementsprechend die zu erreichenden Zwecke festsetzen.- Es lässt sich nun ohne Weiteres dartun, dass in dieser Beziehung die kaiserliche Verordnung zu einseitig und zu ausschliesslich die Verhältnisse in den westösterreichischen Provinzen in Betracht zieht und dass infolge dessen die Verkehrsbeschränkungen in Anwendung

auf Galizien in gewissen Richtungen zu weitgehend, in anderen wieder als zu eng, was ihren Wirkungskreis betrifft, zu bezeichnen sind. Um dies klarzustellen verweisen wir hier des Näheren auf zwei charakterische Merkmale der Agrarverfassung Galiziens worin der wesentliche Unterschied derselben im Vergleiche zu den anderen Ländern zum Ausdrucke gelangt.

Zuerst gehört hier die grundverschiedene Verteilung des Bodens innerhalb des bäuerlichen Besitzes. Es ist für diese Agrarverfassung charakteristisch die grosse Uniformität der Betriebsgrössen, was im Zusammenhange mit der sehr weit gediehenen Zersplitterung des Besitzes steht. Die am häufigsten auftretende Betriebsgrösse ist die Fläche von 2 bis 5 ha; die Zahl dieser Betriebe beträgt nach den Betriebszählung vom 3. Juni 1902 " 37·4 % der Gesammtzahl der landwirtschaftlichen Betriebe und zusammen mit den kleinsten Betrieben bis zu 2 ha Fläche sogar 79·6% der Gesammtzahl. Dem entsprechend sind auch die grösseren bäuerlichen Betriebe in Galizien spärlich vertreten. Neben der etwas zahlreicher auftretenden Kategorie von 5 - 10 ha mit der Ziffer 14·9 %, kommen diejenigen Grössenkategorien, die in anderen Ländern den Hauptbestand des bäuerlichen Besitzes bilden, mit minimalen Ziffern vor, wie die Kategorie 10 - 20 ha 3·9 %, 20 - 50 ha sogar 0·8 %. Die Bedeutung dieser Ziffern erhellt, wenn man sie in einen Vergleich mit anderen Kronländern setzt. Der Prozentsatz der Kategorie 10 - 20 ha beträgt in Niederösterreich 17·5, in Oberösterreich 19·3, in Böhmen 10·5, in Mähren 9·6, in Schlesien 9·2, der Prozentsatz der Kategorie 20 - 50 ha in der Kategorie 20 - 50 ha in Niederösterreich 10·8, in Oberösterreich 17·8, in Böhmen 6·0, in Mähren 4·1, in Schlesien 4·9.- Hiemit kom-

men in Galizien die für die Agrarverfassung der oben erwähnten Länder so ungemein charakteristischen und vom wirtschaftlichen wie sozialen Gesichtspunkte so wertvollen Beuernbetriebe in der Grösse von 10 - 20 ha und 20 - 50 ha kaum vor und treten volständig hinter der Masse des kleinbäuerlichen Besitzes zurück.

Diese faktische Gestaltung der Verhältnisse muss man in Betracht ziehen, wenn man an gewisse Bestimmungen der kaiserlichen Verordnung denkt. Es ist dies insbesondere der im §. 5. Absatz 2 festgesetzte Begriff des Bauerngutes im Sinne der Verordnung.- Dieser Begriff hat in zweifacher Beziehung positive Bedeutung. Erstens enthält er eine Abgrenzung nach oben, bis zu welcher laut dem §. 2. der Verordnung die Verkehrsbeschränkungen reichen, zweitens kommt in ihm der eigentliche Zweck der Bestimmungen der Verordnung zum Vorschein, welcher im §. 4. dahin formuliert wurde, dass die Kommission darüber zu wachen hat, ob die Eigentumsübertragungen nicht dem allgemeinen Interesse an der Erhaltung eines leistungsfähigen Bauernstandes widersprechen. Da sich in den Bestimmungen der Verordnung im §. 5. eine Definition des Bauerngutes findet, so ist es ohne weiteres klar, dass sich dieses Interesse in erster Linie der Erhaltung solcher Güter zuwendet und inwiefern es sich um solche Güter nicht handelt, die grössere oder die kleinere Zersplitterung des Besitzes vom allgemeinen Standpunkte aus gleichgültig ist; diesem letzteren Umstande ist wahrscheinlich zuzuschreiben, dass die Verordnung die Zertrümmerung der Bauerngüter sogar zu Häusleranwesen zulässt /§. 5./. Wie stellt sich nun die Definition des Bauerngutes in Anwendung auf die Zustände Galiziens dar ?

Wir wollen vorläufig davon absehen, dass diese Definition so kompliziert und gekünstelt ist, dass sie sich zur praktischen Hanhabung kaum eignet, und wollen nur die Frage beantworten, welcher Betriebsgrösse sie in Galizien entsprechen könnte. Im Sinne der Verordnung ist als ein Bauerngut anzusehen ein Komplex der landwirtschaftlichen Grundstücke, deren Durchschnittsertrag das sechsfache des zur Erhaltung einer Familie von sieben Köpfen erforderlichen nicht übersteigt. In einem Lande von der räumlichen Ausdehnung Galiziens sind die Unterschiede in der Bodenqualität, im Stande der landwirtschaftlichen Kultur, in den Absatzmöglichkeiten einerseits, in den Bedürfnissen und Lebensansprüchen der Landbevölkerung anderseits so beträchtlich, dass sich dafür ein halbwegs einheitliches Flächenmass schwerlich finden lässt. Wir können hier nicht die Berechnungen wiedergeben, die uns hiefür von Seite der hervorragenden fachlichen Gewährsmänner zur Verfügung stehen; das Ergebniss derselben lautet, dass die oben angeführte Definition des Bauerngutes einem Flächenausmass von 20 bis 50 ha und darüber entspricht. Wir erinnern, dass diese Grössenkategorie in Galizien 0·8% der Gesammtzahl der Betriebe ausmacht und dass sich dieses Verhältnis in absoluten Ziffern wie 8.258 zu 1.008.541 /Gesammtzahl der Betriebe/ darstellt. Dabei ist zu bedenken, dass die gute Hälfte davon auf die Pfarrhöfe entfällt und dass hier auch kleine Maierhöfe vorkommen, welche Reste von parzellierten landtäflichen Gütern, daher keine Bauernhöfe sind. Wie steht es also mit diesem Tatbestande im Einklang, wenn die kaiserliche Verordnung unter dem Schutze des leistungsfähigen Bauernstandes die Erhaltung von Bauerngütern versteht,

die in dieser Form in Galizien, in einem Lande, das mehr als ein Viertel des Staatsgebietes einnimmt, nur selten und ausnahmsweise vorkommen, wie ist ferner für die galizischen Zustände, die an einer übermässigen Bodenzersplitterung leiden, die Zulassung einer fortgesetzten Zerstückelung des Bauernlandes in Häusleranwesen zu rechtfertigen ? Die Verkennung dieser tatsächlichen Zustände spiegelt sich ab in der Ausserachtlassung eines zweiten wesentlichen Merkmals der galizischen Agrarverfassung, zu dessen Besprechung wir jetzt übergehen, bevor wir positive Schlüsse für unsere Postulate in dieser Frage ziehen.

Die kaiserliche Verordnung verbietet im §. 6. Punkt 2, und 3 die Uebertragung des Eigentums, wenn Bauerngüter zur Vergrösserung des Grossgrundbesitzes oder eines Jagdgebietes erworben werden; ausserdem, was noch wichtiger ist, schliesst dieselbe den landtäflichen Besitz von dem Wirkungskreise der Verkehrsbeschränkungen vollständig aus. Dabei war zweifellos die Tatsache massgebend dass in den westösterreichischen Kronländern eine Tendenz der Aufsaugung des bäuerlichen Besitzes von Seiten des Grossgrundbesitzes besteht und dass der letztere meistenteils als Latifundienbesitz oder in den Händen von städtischen Kapitalisten eines Schutzes nicht bedarf, sondern im Gegenteil die krisenhaften Verhältnisse während der Kriegszeit zu einer Vergrösserung auf Kosten des Bauernlandes ausnützen wird. Diese Umstände stellen sich in Galizien gerade entgegengesetzt dar. In Galizien war in den letzten Jahrzenten von einer Vergrösserungstendenz des landtäflichen Besitzes zu ungunsten des bäuerlichen Landes in irgend welchem beträchtlichen Umfange kaum die Rede. Nicht nur waren die wirtschaftlichen Verhältnisse nicht danach an-

getan, auch gesetzliche Schranken standen dem im Wege. Bekanntlich besteht ein Landesgesetz vom 2. Jänner 1894 L. G. Bl. Nr. 16., welches bestimmt, dass nichtlandtäfliche Besitzungen oder Teile derselben nur dann einem landtäflichen Gute einverleibt werden können, wenn gleichzeitig oder vorher aus demselben landtäflichem Gute ein Teil ausgeschieden wurde, dessen Ertrag an Realsteuern nicht mehr beträgt, als von den einzuverleibenden Grundstücke. Nicht nur besteht daher eine solche Tendenz in der Agrarverfassung Galiziens nicht, sondern was eben für diese Agrarverfassung in den letzten Zeiten das am meisten charakteristische ist, tritt hier die entgegengesetzte Erscheinung der Parzellierung des landtäflichen Betriebe auf. Diese Erscheinung, eine Tatsache von einschneidender Bedeutung für die Gestaltung des wirtschaftlichen Lebens Galizien, ist auch statistisch und wissenschaftlich festgestellt und dürfte als eine notorische Tatsache als bekannt vorausgesetzt werden. Wir verweisen hierüber auf die Veröffentlichungen des galizischen statistischen Landesbureaus, welche teilweise auch in deutscher Sprache erscheinen sind [1]/, aus welchen zu entnehmen ist, seit dem Jahre 1889 bis auf den heutigen Tag der landtäfliche Besitz durch Parzellierung ungefähr 350.000 ha eingebüsst hat, was annähernd 11% seines Umfanges vom Stande im J. 1889 und fast 4·5% des Gesammtgebietes des Landes beträgt. Die Bedeutung dieser Ziffern wird noch klarer, wenn

---

[1]/. Deutsche Bearbeitung des II. Heftes Band XXIII. der statistischen Mitteilungen über die Verhältnisse Galiziens: Dr.Th. Brzeski, Parzellierung des landtäflichen Grundbesitzes in Galizien, Statistische Monatsschrift 1912. Vgl. auch in den früheren Jahrgängen derselben Zeitschrift die Aufsätze von Pilat und Buzek über den landtäflichen Grundbesitz in Galizien.

man berücksichtigt, dass die Parzellierung nicht gleichmässig im ganzen Lande auftritt, und dass es insbesondere in Westgalizien ganze Bezirke gibt, wo der landtäfliche Besitz fasst vollständig verschwunden ist. Dabei ist noch zu bemerken, dass von der Parzellierung in erster Linie der kleine und mittlere landtäfliche Grundbesitz bis zu 500 ha betroffen und der eigentliche Latifundienbesitz von der Aufteilung grösstenteils verschont ist. Somit bewirkt die Parzellierung, abgesehen von den ungünstigen socialen Folgen, eine wesentliche Verschlechterung der Verteilung des Grundbesitzes somit der Agrarverfassung auch vom rein landwirtschaftlich technischen Gesichtpunkte, weil mittlere Betriebe aufgeteilt werden unter den kleinbäuerlichen, meistenteils nicht selbstständigen Besitz.

So stellt sich die Agrarverfassung Galiziens dar, die einerseits charakterisiert wird durch eine übermässige Bodenzersplitterung und eine allzu spärliche Zahl von selbstständigen, geschweige denn von grösseren Bauerngütern im Sinne der Definition der Verordnung, anderseits durch beträchtliche und in der letzten Zeit immer weiter um sich greifende Bewegung der Aufteilung des mittleren landtäflichen Besitzes. Es erübrigt daher die Frage zu beantworten, welchen Gefahren diese Agrarverfassung speziell durch die Wirkungen des Krieges ausgesetzt ist und wie sind die gesetzlichen Massregeln zu konstruieren, die der besonderen Gestaltung dieser Agrarverfassung angepasst wären, und geeignet wären die fortschreitende Verschlechterung der Besitzverteilung im Lande durch immer weitere Zersplitterung des länd-

lichen Besitzes hintanzuhalten.

Zweifellos ist die Lage des bäuerlichen Besitzes sehr ungünstig. Derselbe leidet im hohen Masse in Folge der allgemeinen Teuerung und an der Unterbindung des wirtschaftlichen Lebens. Dazu kommt noch der Mangel an Saatgetreide, an Futtermitteln, an totem und lebendem Inventar, welches in grosser Zahl requiriert wurde, an Arbeitskraft, insbesondere in Folge der Einberufung von Landsturmmännern. Zu dieser allgemeinen Lage gesellt sich der vollständige Ruin in diesen leider so zahlreichen Gegenden unseres Landes, die unmittelbar Schauplatz der kriegerischen Operationen waren; am Dunajec, am San, am Bug, in den Gebirgsgegenden längs der Karpathen gibt es ganze Reihen von total eingeäscherten und geplunderten Dörfern. Die grosse Gefahr, die bei diesem Stande der Dinge dem Bauernlande von seiten der wucherischen Kapitalisten droht, ist nicht zu leugnen, obwohl sie anderseits von dem jetzt bestehenden Moratorium teilweise paralysiert wird und dabei noch von dem Umstand gemildert wird, dass die Verschuldung, gewisse Gegenden ausgenommen, nicht gefährlich ist, und dass der galizische Bauer an der heimatlichen Scholle so zähe festhält, dass er sich nur in der höchsten Not entschliessen würde dieselbe preiszugeben. Anders wurden sich freilich die Verhältnisse gestalten, wenn nach dem Kriege, was nicht auszuschliessen ist, eine grössere Auswanderungsbewegung um sich greifen würde. Jedenfalls sind die von der kaiserlichen Verordnung eingeführten Verkehrsbeschränkungen für den bäuerlichen Besitz als eine im grossen und ganzen richtige Massnahme mit gewissen hier vorläufig ganz allgemein anzudeutenden Vorbehalten zu betrachten. Und zwar da die Beschränkungen den ganzen Verkehr überhaupt zu lähmen im Stande wären,

wären gewisse Erleichterungen und zwar in Form von Präclusivfristen für die Hinausgabe von Entscheidungen der Grundverkehrskommission erwünscht und ausserdem im Sinne der vorherigen Ausführungen das Fallen lassen der Definition des Bauerngutes..

Als weitere Action wären legislative Massnahmen angezeigt, welche die übermässige Zersplitterung des bäuerlichen Grundbesitzes einzudämmen geeignet wären und sich in anderen Ländern wirksam erwiesen haben. Zu diesen Massnahmen gehören namentlich die Bestimmungen uber das Minimalausmass der Katastralparcellen fur jede Kulturgattung und die Bestimmungen über die Erbteilung und Erb - übernahme bei bäuerlichen Grundstücken wobei insbesondere auf die neueren Vorschriften des französischen und schweizerischen Rechtes zu verweisen ist. In Bezug auf das Urteil der ländlichen Bevölkerung über die Bodenzersplitterung macht sich namentlich im westlichen Teile des Landes eine Wandlung in den Anschauungen der Bauernschaft bemerkbar, welche jene legislativen Massnahmen zu unterstutzen geeignet ist.

Eine grundsätzliche Aenderung der Bestimmungen der Verordmung ist aber in Bezug auf den landtäflichen Besitz von grösster Wichtigkeit. Es handelt sich in erster Linie um den Besitz bis zu 500 ha ungefähr. Bei der verhältnissmässig geringen Intensität der Kultur ist dies der mittlere Betrieb par excellence und übernimmt in Galizien in der Agrarverfassung annähernd diejenige Rolle, die in anderen Ländern den grösseren Bauerngutern zufällt. Dieser mittlere landtäfliche Besitz ist aber in den jetzigen Verhältnissen den meisten Gefahren ausgesetzt. Er ist in der Regel von den verheerenden Wirkungen des Krieges besonders

hart getroffen worden. Es gibt Maierhöfe, die ganz von der Oberfläche verschwunden sind, und dies nicht nur diejenigen, die unmittelbar an der Feuerlinie gelegen waren, aber auch weit hinter der Front gelegene infolge der planmässigen Zerstörung und Brandstiftung von seiten der rückziehenden russischen Truppen. Auch sind sehr oft die hölzernen Bestandteile der Wirtschaftsgebäude und die Einfriedungen als Heizmaterial und als Material fur Unterkünfte in den Schützengräben verwendet worden. Planmässig sind alle Brennereien und industriellen Anlagen vernichtet worden. Die Einbusse an totem und lebendem Inventar ist bei dem landtäflichen Besitz prozentuell und qualitativ viel stärker als bei dem bäuerlichen Besitz. Katastrofal hat hier der Arbeitermangel gewirkt, welcher bei dem bäuerlichen Betriebe wenigstens teilweise durch die Arbeit der zuruckgebliebenen, meistenteils weiblichen Familienmitglieder ausgeglichen werden konnte. Dem entsprechend war auch im Wirtschaftsjahre 1914/15 und ebenso auch im Herbst 1915 von der Durchführung der nötigen Feldarbeiten kaum die Rede gewesen; direckt bedrohlich für die Aufrechterhaltung der bisherigen Intensität der Kultur ist der Mangel und die unerschwinglichen Preise fur die künstlichen Dünge - mittel. Auch ist zu bedenken, wie schwer es diesem sehr oft stark verschuldetem Besitzer kommen wird, die nötigen und recht beträchtlichen Geldmittel zur wiederaufrichtung seiner lahmgelegten Wirtschaft aufzubringen.

Bei diesem Stande der Dinge droht dem mittleren landtäflichen Besitz zweierlei: entweder gänzliche Zerschlagung oder Verkauf im ganzen an das spekulative Kapital. Beides kommt schon jetzt, noch während des Krieges und bei dem gänzlichen Stillstande des Verkehrslebens vor. Wir wissen

von vereinzelten Fällen der gänzlichen Parzellierung, wo eben den unmittelbaren Anstoss zur Auflösung des Wirt - schaftsbetriebes die kritische Lage infolge der oben er - wähnten Momente gab. Auch wissen wir, dass in Kreisen des Spekulantentums der ruinierte landtäfliche Besitz als ein lohnendes Geschäftsobjekt angesehen wird. Man kann als sicher annehmen, dass sich die spekulative Güter - schlächterei desselben bemächtigen wird und dass er in die Hande von Händlern fallen wird, die nur darnach trachten werden, einen möglichst grossen Gewinn aus der Güterzerstrümmerung heraus zu schlagen. Wir haben oben dargelegt, dass in unserem Lande dem mittleren landtäflichen Besitz bis zu 500 ha ungefähr die Rolle der grossen Bauernwirtschaften in anderen Ländern zukommt, es gelangen daher ungefähr dieselben wirtschaftlichen und sozialen Interessen dadurch in Gefahr. Es wäre daher eine logische Anpassung des Sinnes der kaiserlichen Ver - ordnung an die besondere Gestaltung der Agrarverfassung Galiziens, wenn an Stelle der grossen Bauerngüter, die in Galizien nicht vorkommen, der mittlere landtäfliche Besitz bis 500 ha des gesetzlichen Schutzes teilhaftig würde. Die gänzliche Ausschaltung der Parzellierung, dort wo sie wirklich unumgänglich ist, wäre natürlich nicht erwünscht, aber jedenfalls sollten in den gesetzlichen Normen die Bedingungen einer vom Standpunkte der allgemeinen Interessen zulässigen Parzellierung formuliert werden. Ausserdem sollte die Eigentumsübertragung im Ganzen dann ausgeschlossen werden, wenn der Erwerber nicht das Gut selbstbewirtschaften soll und es nur zum Zwecke der Kapitalanlage erwirbt, die Grundverkehrskommission könnte in dieser Beziehung auch Ausnahmen gestatten, wenn es sich in

konkreten Fällen offenbar um keinen Spekulationskauf handelt und trotzdem das Kriterium der Selbstbewirtschaftung nicht ganz zutrifft.

Der landtäfliche Besitz bis zu 500 ha umfasste in unserem Lande nach dem Stande vom J. 1902 - 407.496 ha; da seit dieser Zeit die Parzellierungsbewegung, die nach der neuesten Zählung vom J. 1912 - 242.967 ha betrug, erfahrungsgemäss in erster Linie die Aufteilung dieses Besitzes zur Folge hatte, ist sein jetziger Umfang auf höchstens 300.000 ha zu schätzen. Die Grenze bis zu 500 ha scheint nach oben zu hoch gegriffen, es muss aber im Betracht gezogen werden, dass in dieser Hinsicht grosse Unterschiede zwischen West - und Ostgalizien bestehen. In Westgalizien ist die durchschnittliche Grösse dieses Besitzes viel kleiner; sein höherer Durchschnittsumfang in Ostgalizien entspricht der viel geringeren Intensität der Bewirtschaftung. Der landtäfliche Besitz dieser Grösse ist diejenige Betriebsform auf welcher in erster Linie der Fortschritt der landwirtschaftlichen Technik beruht. Denn die Errungenschaften der modernen Fruchtwechselwirtschaft die Durchführung von entsprechenden Meliorationsarbeiten die Anwendung von landwirtschaftlichen Maschinen, das Betreiben von wissenschaftlicher Saatzucht, endlich das Bestehen einer rationellen Tierzucht, all dies ist davon abhängig, dass der Betrieb einen gewissen Umfang hat und der Betriebsleiter über nötige Fachausbildung und Kapitalskraft verfügt. Dabei kommt noch dem mittleren landtäflichen Besitze eine spezielle Bedeutung im Vergleich zu dem grösseren und Latifundienbesitz zu. Der erstere ist naturgemäss weniger immobil als der letztere, denn er ist in der Tat leichter zugänglich für die vermögenslosen, aber fa-

chlich tüchtigen Kräfte. Ausserdem übertrifft er den letzteren dadurch, dass er in der Regel von dem Eigentümer selbst bewirtschaftet wird, was fur die geeignete Betriebsorganisation und Rentabilität des Betriebes anschlaggebend sein muss. Trotz all dieser Vorzüge in wirtschaftlicher Hinsicht ist er in Gelizien nicht stark genug, um einer Hilfe von Seiten der Allgemeinheit, insbesondere während der jetzigen Krisenzeit ganz zu entbehren. Die Ursache in seiner geringen widerstandfähigkeit sind einerseits die enorm hohen Bodenpreise, in erster Linie durch die Parzellierungsbewegung hervorgerufen, welche jede Rentabilitätsrechnung illusorisch machen, anderseits aber sehr oft Mangel an eigenem Besitzkapital und als Folge dessen starke, meistenteils schon ererbte Verschuldung.

Die Beschränkung der Spekulationskäufe, wie wir sie vorschlagen, bedarf wohl nicht einer näheren Begrundung; ausführlicher muss aus leicht ersichtlichen Gründen eine Regelung der Parzellierungsvorgänge behandelt werden. Wir dürfen uns nicht in die Erörterung der Frage einlassen, ob bei der Parzellierungsbewegung, wie sie vor dem Kriege auftrat, gute oder schlechte Seiten überwiegen; sie berührt so verschiedene und meistenteils gegensätzliche Interessen der einzelnen Gesellschaftskreise, dass es schwer kommen muss ein objektives Urteil allgemein überzeugend zu formulieren. Wir können uns jedenfalls auf die Tatsache berufen, dass die Frage einer Reglementierung der Parzellierungsbewegung seit längerer Zeit schon Gegenstand der Beratungen und Erwägungen des Landtages war und dass, obwohl bis jetzt aus mannigfachen Gründen eine Lösung dieser Frage nicht zustande gekommen ist, trotzdem die immer mehr sich festigende Ueberzeugung als Ergebnis dieser Bestrebungen erachtet werden kann, dass die Par-

zellierungsbewegung so wichtige Interessen des Gemeinwohls berührt, dass sie keineswegs wie bisher dem freien Spiele der privaten Interessen überlassen werden kann. Hier muss jedenfalls der Hinweis auf den Uebergangscharakter der vorgeschlagenen Massregeln und auf die ausserordentlichen durch den Krieg hervorgerufenen Verhältnisse genugen. Es ist ohne weiteres überzeugend, dass die jetzigen Verhältnisse nicht ausgenützt werden dürfen um der Parzellerungsbewegung und ungesunde Richtung zu geben. Nicht alle landtäflichen Besitzungen, deren Besitzer sich jetzt momentan in kritischer Lage befinden, sollen zu Grunde gehen, trotzdem die meisten von ihnen nach überstandener Krise lebensfähig sein können. Im Interesse der bäuerlichen Bevölkerung kann ebenfalls nur gelegen sein, wenn die Parzellierungsbewegung nicht in die Hände von Spekulanten geraten wird, welchen es sich nur um den möglichst lohnenden Erfolg des Geschäftes und nicht um die gesunde wirtschaftliche Lage der Neuerwerber handelt. Mit einem Wort, die Parzellierungsbewegung soll während in jetzigen Uebergangsperiode nicht gehemmt oder verboten werden, sondern nur auf dasjenige gesunde Mass zurückgeführt und in diejenigen rationellen Formen gebracht werden, welche dem wohl verstandenem Interesse der Allgemeinheit entspricht.

Wenn man einem solchen Vorschlage entgegenhalten wollte, dass die bäuerliche Bevölkerung von dem Erwerbe der eigenen Scholle nicht zurückgedrängt werden sollte, so ist dem gegenüber ausser dem Umstande, dass es sich hier nur um Regelung und keineswegs um irgendwelche gewaltsame Einschränkung der Parzellierung handelt, noch folgendes zu bemerken. Der landtäfliche Besitz bis zu 500 ha beträgt, wie oben erwähnt, ungefähr 300.000 ha im

Vergleich zu den 5,140.000 ha, die den bäuerlichen Besitz in Galizien ausmachen. Wenn man erwägt, dass die Parzellierungsbewegung seit dem Jahre 1889 den Kleingrundbesitz um circa 350000 vermehrte, so kann man doch nicht die Forderung stellen, dass dieses ganze Gebiet sofort und in den Grenzen, die von dem Umfange der Krise während der Kriegszeit gesteckt werden, der Parzellierung zur Verfügung gestellt werden soll. Der Umfang des landtäflichen Besitzes bis zu 500 ha ist anderseits im Vergleiche zu dem Gesamtumfange des landtäflichen Besitzes /:circa 2,700.000 ha:/ so gering, dass angesichts der wirtschaflichen und sozialen Bedeutung desselben ein gewisser Schutz durchaus gerechtfertigt ist; sollte derselbe, da die Parzellierungsbewegung in dem letzten Dezennium 1902 - 1912 24.000 ha jährlich betrug, in 15 - 20 Jahren vollständig verschwinden ?

Ueberhaupt darf nicht vergessen werden, dass in der Frage der inneren Kolonisation zwischen den Verhältnissen in den deutschen Ländern und in Galizien grundsätzliche Unterschiede bestehen. Die ersteren, und zwar sowohl diejenigen mit überwiegenden Grossgrundbesitz wie solche mit dem starken mittleren bäuerlichen Besitz, leiden an der Landflucht und Entvölkerung des platten Landes. Die Berufsgliederung verschiebt sich immer mehr zu ungunsten der Landwirtschaft und es macht sich die Gefahr geltend, dass der letzteren nicht genug Arbeitskräfte zur Verfugung stehen werden. Galizien gehört zu den am dichtesten bevölkerten Ländern in Europa mit 102 Einwohner auf km^2 /:1910:/ in Westgalizien sogar 112. Dabei ist diese Bevölkerung angesichts des Mangels an bisher entwickelter Industrie überwiegend an die Landwirtschaft

als Erwerbsquelle angewiesen; auf dem Lande leben 80·2 %, in den Städten 19·8 % der Gesamtzahl der Bevölkerung. Es handelt sich also um eine sehr starke Uebervölkerung der Landwirtschaft, wie sie in keinem anderen Lande Europas vorkommt; die äussere Erscheinungsform derselben ist die ungeheuere Boden - und Besitzzersplitterung. Einen anderen wesentlichen Unterschied betrifft folgender Umstand. In den deutschen Ländern gilt es die Kolonisationsbewegung ins Leben zu rufen und sie mit allen der Oeffentlichkeit zu Gebote stehenden Mitteln zu fördern. In Galizien ist diese Bewegung schon seit einem Menschenalter da, hat sich ganz spontan entwickelt und grosse Dimensionen eingenommen. Einer solchen Bewegung gegenüber muss die Stellungnahme der öffentlichen Organe ganz anders geartet sein; die Förderung derselben würde nur deren Umfang vergrössern, der Spekulationstätigkeit ein weiteres Betätigungsgebiet öffnen und angesichts der Grösse dieser Bewegung wären die öffentlichen Organe nicht im Stande ohne Zwangsmassregeln ihrer Herr zu werden und in erwünschte Bahnen zu leiten. Dies betrifft insbesondere die äusserst wichtige Frage der Bodenpreise. Sie sind von den Parzellierung so stark in die Höhe getrieben, dass eine von der Öffentlichkeit geführte Kolonisierung entweder aus öffentlichen Mitteln die Uebernahmspreise reduzieren oder aber zulassen müsste, dass die Neuerwerber mit zu hohen Einkaufspreisen überbürdet und in ihrer wirtschaftlichen Existenz gleich von Anfang an bedroht wären.

Unser oben skizzierter allgemeiner Standpunkt in dieser Frage lässt sich in Anwendung an die konkreten Punkte der besagten gesetzlichen Massregel folgendermassen präcisieren.

Wir beginnen mit der Aenderung des Wirkungsbereiches der Verkehrsbeschränkungen. Nach unserer Meinung lässt sich in Anwendung auf die galizischen Verhältnisse die Definierung des Bauerngutes im §.5. Punkt 2 und die daran geknüpften Folgen /:§.2.Punkt 3:/ nicht aufrechterhalten und sollte gänzlich fallen gelassen werden, hiemit die Verkehrsbeschränkungen der Verordnung alle nicht landtäflichen Grundstücke umfassen. Da wir es wie oben ausgeführt, als nicht angebracht erachten, dass im Wortlaute der Verordnung selbst, wie dies im §. 5. Punkt 2. geschehen ist, die Zerschlagung der Bauerngüter, wenn sie ohne Vermittlung eines Güterhändlers vorgenommen wird ganz bedingungslos, als zulässig bezeichnet wird, sollte der Betreffende Pasus des §.5. Punkt 2 anders formuliert und dem Ermessen der Kommission überlassen werden, ob sie in be - rücksichtigungswürdigen Fällen und unter welchen Bedingungen die Zerschlagung gestatten soll oder nicht. Die Grundsätzliche Aenderung würde die Erstreckung der Verkehrsbeschränkungen auf den landtäflichen Besitz bis zu 500 ha Umfang betreffen. Darunter wäre zu verstehen der landtäfliche Besitz eines Besitzers in einer und derselben Katastralgemeinde, von den Verkehrsbeschränkungen dagegen wären frei diejenigen landtäflichen Besitzer, die im ganzen Lande mehr als 500 ha besitzen, es wäre jedoch ihre Sache diesen Umstand bei der bücherlichen Eintragung geltend zu machen. Die Zustimmung der Kommission wäre sowohl zur Eigentumsübetragung im ganzen durch ein Rechtgeschäft inter vivos, wie zur Aufteilung des Gutes erforderlich. Nach der Analogie der geltenden Vorschriften für den bäuerlichen Besitz wäre die Eigentumsübertragung im Ganzen nur dann zuzulassen, wenn der Erwerber das Gut selbst be-

wirtschaften soll. Für die Aufteilung wäre erforderlich:

1/ dass dieselbe ohne Vermittlung eines Güterhändlers vorgenommen wird,

2/ dass sie nicht eine gänzliche, oder eine soweit gehende teilweise Parzellierung zur Folge hat, dass der noch verbleibende Rest in keinem Verhältnisse zu den Baulichkeiten, dauernden Anlagen u.s.w. steht,

3/ dass bei der Parzellierung die aufzuteilende Fläche nach Möglichkeit überwiegend zur Bildung oder Vergrösserung von selbstständigen Bauernwirtschaften verwendet werde, wobei auch zu beachten wäre, dass dadurch die Arrondirung der Grundstücke und die Zufahrten zu den einzelnen Parzellen keine wesentliche Verschlechterung erleiden. Auch könnte die Kommission die Erteilung der Erlaubnis an gewisse Bedingungen betreffend die Regelung der Gemeinde-, Schul-, und kirchlichen Angelegenheiten, die Errichtung von neuen Wegen, die Durchführung der nötigen Meliorationen, binden.

Die Grundverkehrskommissionen für den landtäflichen Besitz wären nach Analogie der Art der Zusammensetzung der Kommissionen für den bäuerlichen Besitz bei den Gerichtshöfen I. Instanz und bei den Oberlandesgerichten zu bilden. Auch sollten für denselben die Vorschriften über die länger als zehn Jahre dauernde Verpachtung als direkt schädlich in diesem Falle, ausser Anwendung bleiben. Ueberhaupt müssen wir bemerken, dass für uns der Sinn der Bestimmungen über die Beschränkung der Pachtgeschäfte nicht recht verständlich ist, weil wir nicht glauben, dass die Umgehung der Vorschriften der Verordnung durch langfristige Verpachtung irgend welche praktische Bedeutung erlangen könnte und dass wir das gänzliche Fallen-

lassen der Anwendung der Verkehrsbeschränkungen auf langfristige Verpachtung als angebracht erachten.

Bevor wir noch diesen Punkt verlassen, müssen wir noch eine allgemeinere Bemerkung einschalten, um einem gewissen leicht vorauszusehenden Einwande zu begegnen. Wir verhehlen uns nicht, dass eine solche Formulierung der Bedingungen der Eigentumsübertragung, welche eine gewisse Elastizität in Anwendung auf die Mannigfaltigkeit der individuellen Fälle bewahren könnte und dabei doch nicht in Kasuistik verfüle, auf unüberwindliche Schwierigkeiten stossen muss, Dieses Schicksal müssen aber die vorgeschlagenen Bestimmungen mit allen allgemeinen Vorschriften teilen und es darf dieser Umstand nicht als Argument gegen ihre Berechtigung überhaupt gebraucht werden. Umso grössere Bedeutung kommt dafür der praktischen Handhabung dieser Normen zu. Wir glauben, dass die Grundverkehrskommissionen ihrer Zusammensetzung nach genug Gewähr bieten, dass sie in ihren Entscheidungen sich nicht von kleinlicher Formalistik, aber auch nicht von egoistischen Privatinteressen werden leiten lassen, sondern dass sie in individualisierender Anwendung der Vollmachten, welche die Verordnung ihren übertragen wird, doch immer dem Interesse des öffentlichen Wohls auf dem so überaus wichtigen Gebiete des Verkehrs mit Grund und Boden werden zur Geltung zu verhelfen trachten.

Ein weiterer Punkt betrifft die Einführung von Präklusivfristen unter gewissen Bedingungen, die unten näher formuliert werden. Wir gehen dabei von der Betrachtung aus, dass die Verkehrsbeschränkungen der kaiserlichen Verordnung einen empfindlichen Wandel in der in unserem Lande seit dem Jahre 1868 bestehenden Verkehrsfreiheit

schaffen. Bei einem regeren Verkehr, der sich zweifellos nach Wiederherstellung der normalen Verhältnisse einstellen wird, kann man ein Stocken in der prompten Erledigung der Eingaben befürchten, was bei den geringen Personal - stande der galizischen Gerichte und der notorischen Ueberbürdung mit Straf- und Zivilsachen durchaus wahrscheinlich ist. Eine Abhilfe wäre in der Einführung einer Präklusivfrist zu finden, der Gestalt, dass nach Ablauf derselben, ohne dass inzwischen die gehörig instruierte Eingabe erledigt wird, die bücherliche Eintragung einer Eigentumsübertragung auch ohne Zustimmung der Grundverkehrskommi - ssion zuläásig wäre. Diese Frist sollte naturgemäss an - ders bemessen werden bei den bäuerlichen, als bei den landtäflichen Grundstücken. Wir glauben, dass für die ersteren eine monatliche, für die letzteren eine dreimonatliche Frist den Verhältnissen angepasst wäre; der Ablauf der Frist wäre zu rechnen von dem Tage der Einbringung einer gehörig instruierten Eingabe. Auch die Wirkungen dieser Frist sollten in Richtung beschränkt werden, dass der Ablauf derselben nur in einer gewissen weiteren /: etwa 14 Tage dauernden :/ Frist das Recht verleihen würde, eine Eigentumsübertragung auch ohne Zustimmung der der Grundverkehrskommission bücherlich eintragen zu dürfen. Es liessen sich immerhin die Bedenken nicht abweisen, dass die Einführung einer solchen Präklusivfrist den Zweck dieser Vorschriften vereiteln könnte, es sollte daher an ein Mittel gedacht werden, um auch bei diesem Stande der Dinge die offenbar dem Zwecke der Verordnung widerstrebenden Eigentumsübertragungen zu verhindern. Dies dürfte nach Analogie der Vorschrift des §. 13 der Verordnung bei der Zwangsvollstreckung von bäuerlichen, den Verkehrsbeschrän-

kungen unterliegenden Grundstücken geschehen. Es könnte das Gericht, das über die bücherliche Eintragung auf Grund des Ablaufs der Präklusivfrist entscheidet, in diesen Fällen, in welchen offenkundig wäre, dass die Eigentumsübertragung den Bestimmungen der kaiserlichen Verordnung widerspricht, vor der Eintragung die Entscheidung der zuständigen Grundverkehrskommission einholen und somit die Angelegenheit vor das richtige Forum bringen. Es wäre hier noch die Frage über die Giltigkeit der unter diesen Bedingungen zustandekommenden Rechtsgeschäfte zu beantworten. Man kann diese Rechtsgeschäfte wie überhaupt alle diejenigen, die der Zustimmung der Kommission bedürfen, als geschlossen unter der auflösenden Bedingung ansehen, deren Erfüllung in diesem Falle mit der bücherlichen Entscheidung gegeben wäre.

Eine weitere grundsätzliche Aenderung wäre nach unserem Ermessen in Betreff der Bestimmungen über die Zwangsvollstreckung erwünscht. Nach dem bisherigen Wortlaut des §.13. der kaiserlichen Verordnung unterliegen den Beschränkungen nur diejenigen Zwangsverkäufe, die offenbar in der Absicht die Bestimmungen der Verordnung zu umgehen, durchgeführt werden, die daher auf irgendwelchen Scheingeschäften beruhen. Wenn es sich ernstlich um den Schutz der Agrarverfassung handelt, so sollten doch auch diejenigen Fälle berücksichtigt werden, wo der Gläubiger auch ohne die Verordnung umgehen zu wollen und nur um seine Forderung einzutreiben, die Zwangsvollstreckung anstrebt, wo daher die Besitzung im Wege des Zwangsverkaufes den Besitzer wechseln kann. Dass es im höchsten Grade erwünscht wäre, dass dabei der Neuerwerber ein Landwirt sei oder dass die Besitzung zum Schaden der Agrarverfassung nicht zerschlagen

wird, bedarf nicht einer längeren Auseinandersetzung. Aber es wäre noch notwendig einen weiteren Schritt zu tun. Die durch den Krieg hervorgerufene Stockung des Wirtschaftslebens kann zahlreiche Landwirte in die Zwangslage versetzen, dass sie ihren Verbindlichkeiten nicht gerecht werden können, trotzdem ihre Vermögenslage nur vorübergehend passiv geworden ist. Der Zwangsverkauf unter diesen Umständen würde daher nicht nur diese Landwirte ohne ihr Verschulden von ihrer Scholle verjagen, sondern auch dieselben in ihren Vermögensverhältnissen sehr empfindlich und dauernd schädigen. Denn es ist klar, dass angesichts der Schwierigkeit einer richtigen Abschätzung des Bodens unter den ausserordentlichen durch den Krieg geschaffenen Verhältnissen und angesichts des engen Kreises der möglichen Ersteher, der bei dem Zwangsverkaufe erzielte Erlös dem konstanten, wirklichen Werte des Grundstückes nicht entsprechen wird. Soll daraus der bisherige Besitzer eine Einbusse erleiden und der Erwerber einen Gewinn erzielen ? Die Hintanhaltung solcher Erscheinungen liegt ja auch im Interesse der Agrarverfassung. Nach unserer Meinung sollten daher den Verkehrsbeschränkungen auch diejenigen Zwangsverkäufe unterliegen, die eine Eigentumsübertragung herbeiführen, welche den Grundbestimmungen der Verordnung widersprechen, ferner aber auch diejenigen Zwangsverkäufe, die wirtschaftlich nicht gerechtfertigt sind und dem bisherigen Besitzer einen unverhältnismässigen Nachteil, dem Erwerber dagegen einen unverdienten Vorteil bringen können.

Freilich muss aber bei einer so weitgehenden Beschränkung der Zwangvollstreckungen an die Sicherheit der Kreditverfassung gedacht werden und müssen zu Gunsten gewisser Kategorien von Gläubigern Ausnahmen geschaffen wer-

den. Zwar könnte man die Grundverkehrskommission ermächtigen, die öffentlichen Kreditinstitute anders zu behandeln und bei den von ihnen geführten Zwangsvollstreckungen Eigentumsübertragungen zu gestatten, welche den Bestimmungen der Verordnung nicht entsprechen würden, doch könnte eine solche Praxis schwankend werden und auf die Sicherheit der Emissionsinstitute nachteilig einwirken. Wir schlagen daher vor, dass von den Bestimmungen des §. 13. der Verordnung in der von uns beantragten Fassung die Forderungen ausgenommen werden, die eingetrieben werden von den öffentlichen und mündelsichere Pfandbriefe und Schuldverschreibungen ausgebinden Kredit-und Versicherungsanstalten sowie von den regulativen Sparkassen, welche unter staatlicher Aufsicht stehen und ferner in den einzelnen von der Grundverkehrskommission zu prüfenden Fällen von den auf Grund des Gesetzes vom 9. April 1873 R.G.Bl. Nr. 70 registrierten Erwerbs - und Wirtschaftsgenossen - schaften, die einem Verbande angehören, welcher den Anforderungen des Gesetzes vom 10. Juni 1903, R.G.Bl. Nr. 133 gemäss zur Revisionsvornahme der Genossenschaften behördlich autorisiert ist. Wir bemerken ausdrücklich, dass hier nur diejenigen Genossenschaften, welche einem Revisionsverbande angehören und dies nur nach Massgabe einer Prüfung der Solidität ihrer Geschäfte in einzelnen Fällen zu berücksichtigen wären, wenn nicht sonst die leider in Galizien so zahlreichen Scheingenossenschaften, die notorisch in hohem Grade wucherische Geschäfte betreiben, dieser Ausnahmebestimmung teilhaftig werden sollten.

Endlich wäre noch in Bezug auf die Art der Zusammensetzung der Grundverkehrskommission bei den Bezirksgerichten und ihre Beschlussfähigkeit folgendes erforder-

lich :

Es muss bei der Zusammensetzung dieser Kommissionen auffallen, dass die Bezirksvertretungen, an die in dieser Hinsicht in erster Linie gedacht werden sollte, nicht berücksichtigt wurden und dass dafür der Gemeindevorsteher mit entscheidender Stimme ausgestattet wurde. Wer die Verhältnisse in unserem Lande kennt, der wird nur eine solche Bestimmung als für angemessen betrachten, dass von dem Gemeindevorsteher zwar auf jeden Fall eine Begutachtung gefordert werden sollte, dass aber zu der Kommission mit entscheidender Stimme ein Delegierter des Bezirksausschusses als Vetreter der autonomen Selbstverwaltung zugezogen werden sollte. Ein anderes Bedenken betrifft die Bestimmung, dass zur Beschlussfähigkeit der Kommission die Anwesenheit der Vorsitzenden und eines Mitgliedes erforderlich ist. Da die Stimme der Vorsitzenden den Ausschlag gibt, würde in diesem Falle nur er entscheiden bei einer Meinungsverschiedenheit mit dem anderen Mitglied. Wir glauben, dass durch eine solche Vorschrift der kollegiale Charakter dieser Behörde, der den Parteien die Wahrung ihrer berechtigten Interessen verbürgen soll, ganz illusorisch wird und dass diese Unzukömmlichkeit nur dadurch vermieden werden könnte, wenn zur Beschlussfähigkeit der Kommission die Anwesenheit von wenigstens 2 Mitgliedern ausser dem Vorsitzenden erforderlich wäre.

Akta z czasu wojny.

[1916] 112 16

Bei der Verteilung des aufzubringenden Viehkontingentes auf die einzelnen Kronländer wurde Galizien benachteiligt, wenngleich procentuell die berechnete MONATS KAPACITÄT im Verhältnis zum Gesammtviehstand in Galizien geringer /13.3%/ ist, als in anderen Kronlandern (bis 20%).

Nicht berücksichtigt wurde nemlich:

1.) dass der Viehstand Galiziens infolge der Russeninvasion und infolge der durch zwei Jahre von der Armee fortgestzt vorgenommenen Requisitionen nicht -wie in anderen Kronländern- durch gleichmässige behördlich geregelte Aufkäufe erfasst, sondern in ganz unregelmässiger, ungleichmässiger Weise gewaltsam herabgesetzt wurde, sodass einzelne Wirtschaften das ganze Vieh, andere wieder einen übergrossen Teil der besten Viehstucke eingebusst haben

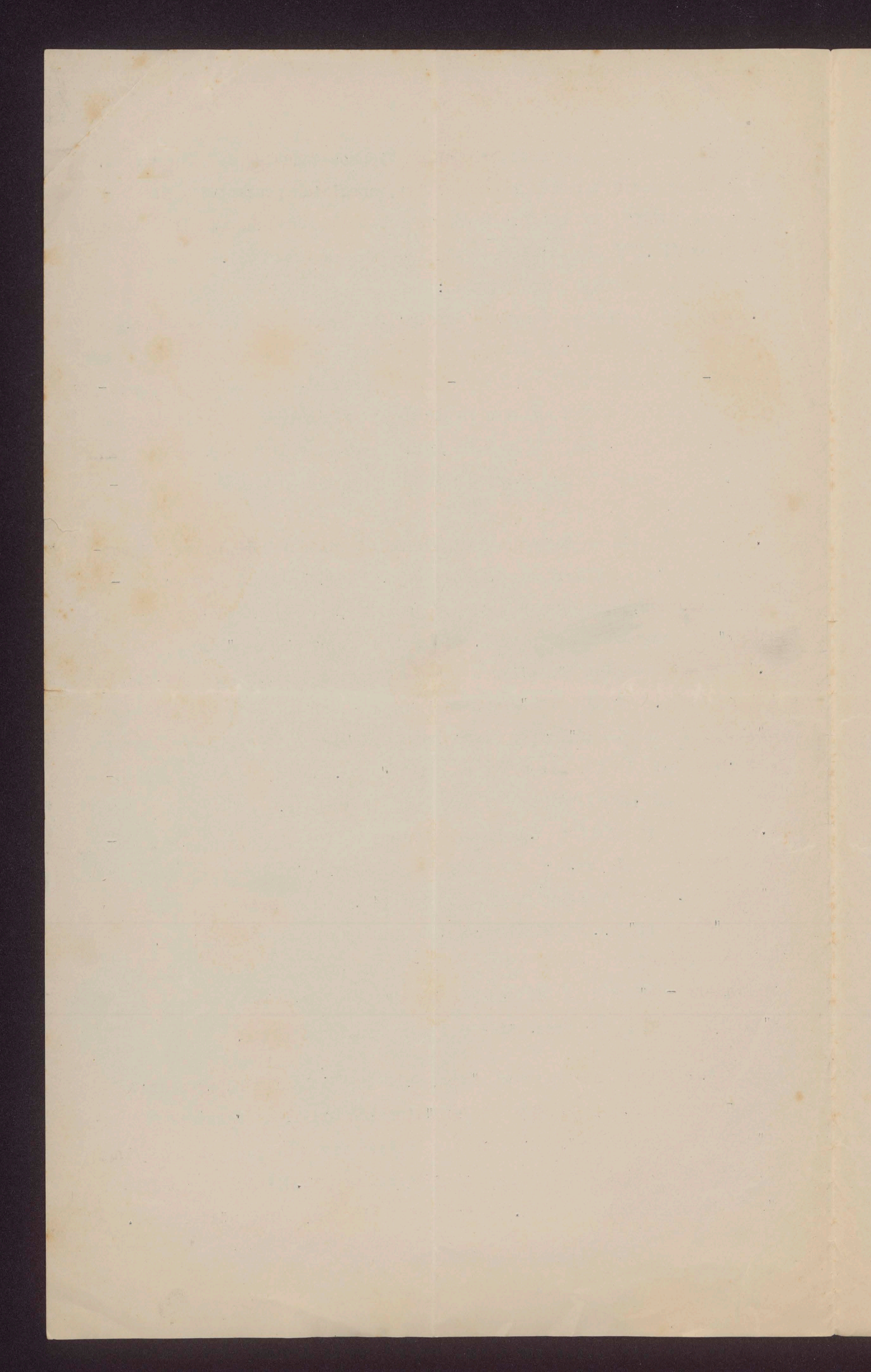
2.) dass in Galizien nur eine minimale Anzal von Stieren und Ochsen vorhanden ist, welche allerdings bei der Kapacitätsberechnung nicht mitgerechnet wurden, deren Mangel aber auch bewirkt, dass ein Teil der Kühe als Zugkräfte verwendet werden muss. welche auch abzurechnen wären

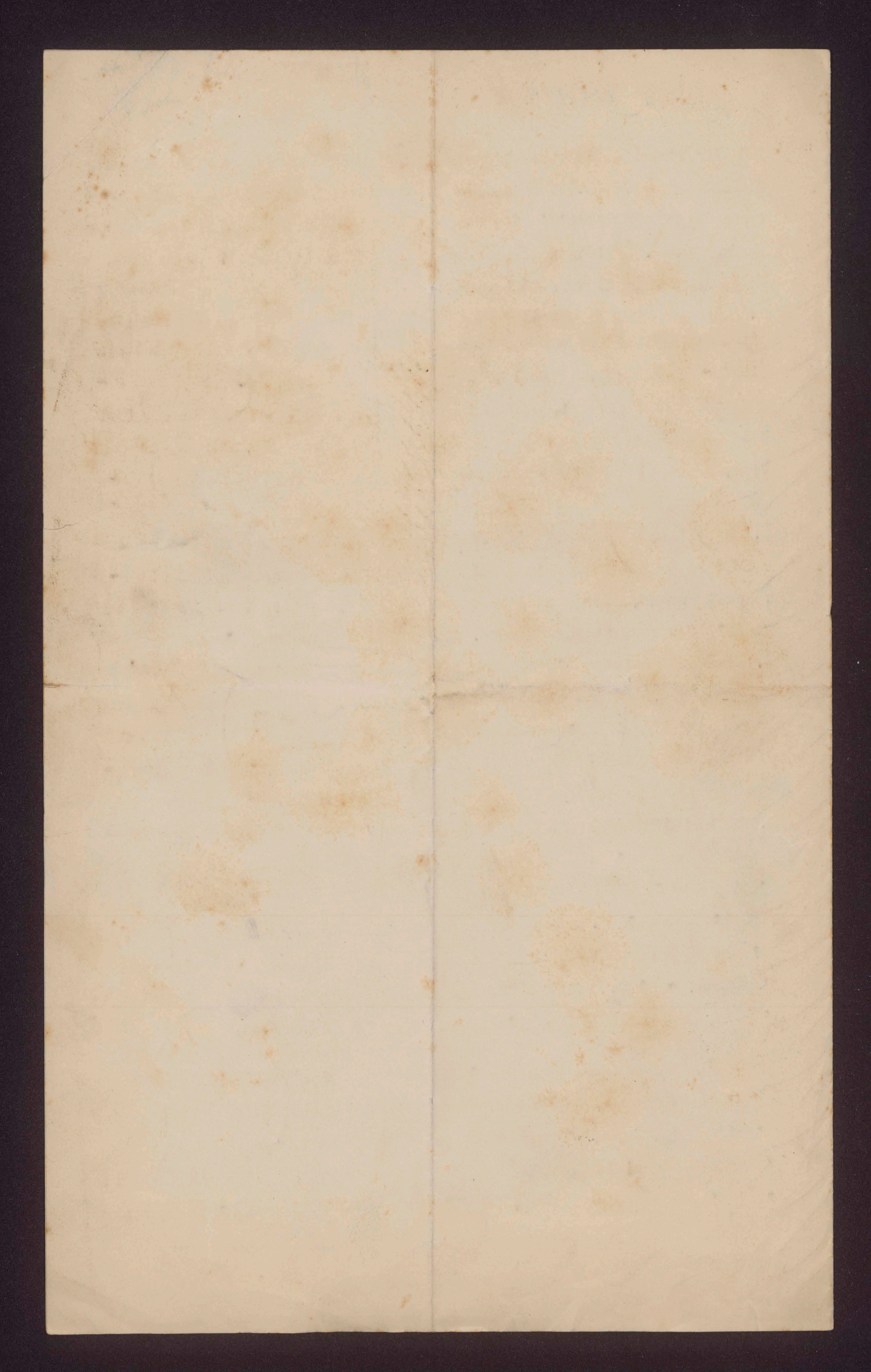
3.) dass die meisten bäuerlichen Viehbesitzer in Galizien nur je Eine Kuh besitzen. Da diese einkühigen Besitzer von der Aufbringung frei sind, fällt de facto ein grösserer Prozentsatz auf die anderen Viehbesitzer mit einer Zal die sie gar nicht leisten können. Bauern, die einen grösseren Viehstand haben, sind in Galizien eine Seltenheit.

4.) dass die Kriegswirren und Requisitionen bewirkt haben, dass die grossen Viehherden gänzlich verschwunden sind und die Gutsbesitzer sowie Pä Pächter nur über ganz geringe Anzal erst während des Krieges zugekaufter Viehstücke verfügen. Deshalb kommen die Grossgrundbesitzer in Galizien bei der Viehaufbringung nicht in Betracht und die ganze Last fällt auf die Bauern - während in den anderen Kronländern beim Viehauftriebe hauptsächlich das Vieh der Grossgüter und Grossbauern aushilft.

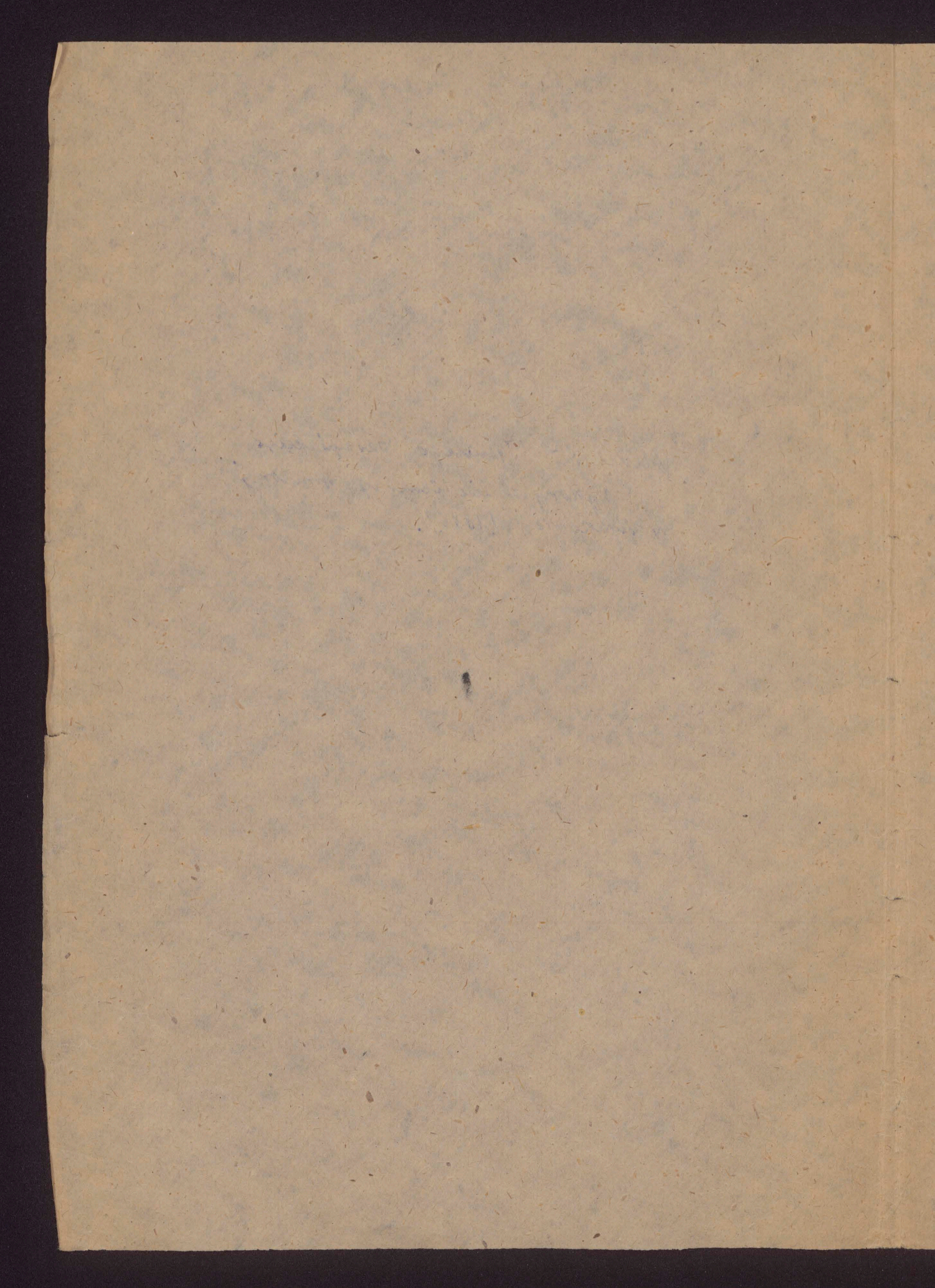
Aus diesen und anderen Gründen soll das Viehaufbringungsoperat umgearbeitet werden, wozu mit den Verhältnissen Galiziens vertaute Sachverständige beizuziehen wären, jedesfalls sollte bis dahin die Viehaufbring für andere als Zivilkonsumzwecke eingestellt werden. Die Aufbringung der f für Juni vorgeschriebenen 40.730 Stück ist ein Ding der Unmöglichkeit.

8722





Memoriał Ignacego Daszyńskiego
o wykonywaniu cenzury prasowej
w Krakowie [1916].



M E M O R Y A Ł

O WYKONYWANIU CENZURY PRASOWEJ W KRAKOWIE

Przedłożony przez Wydawcę Dziennika „NAPRZÓD" w Krakowie

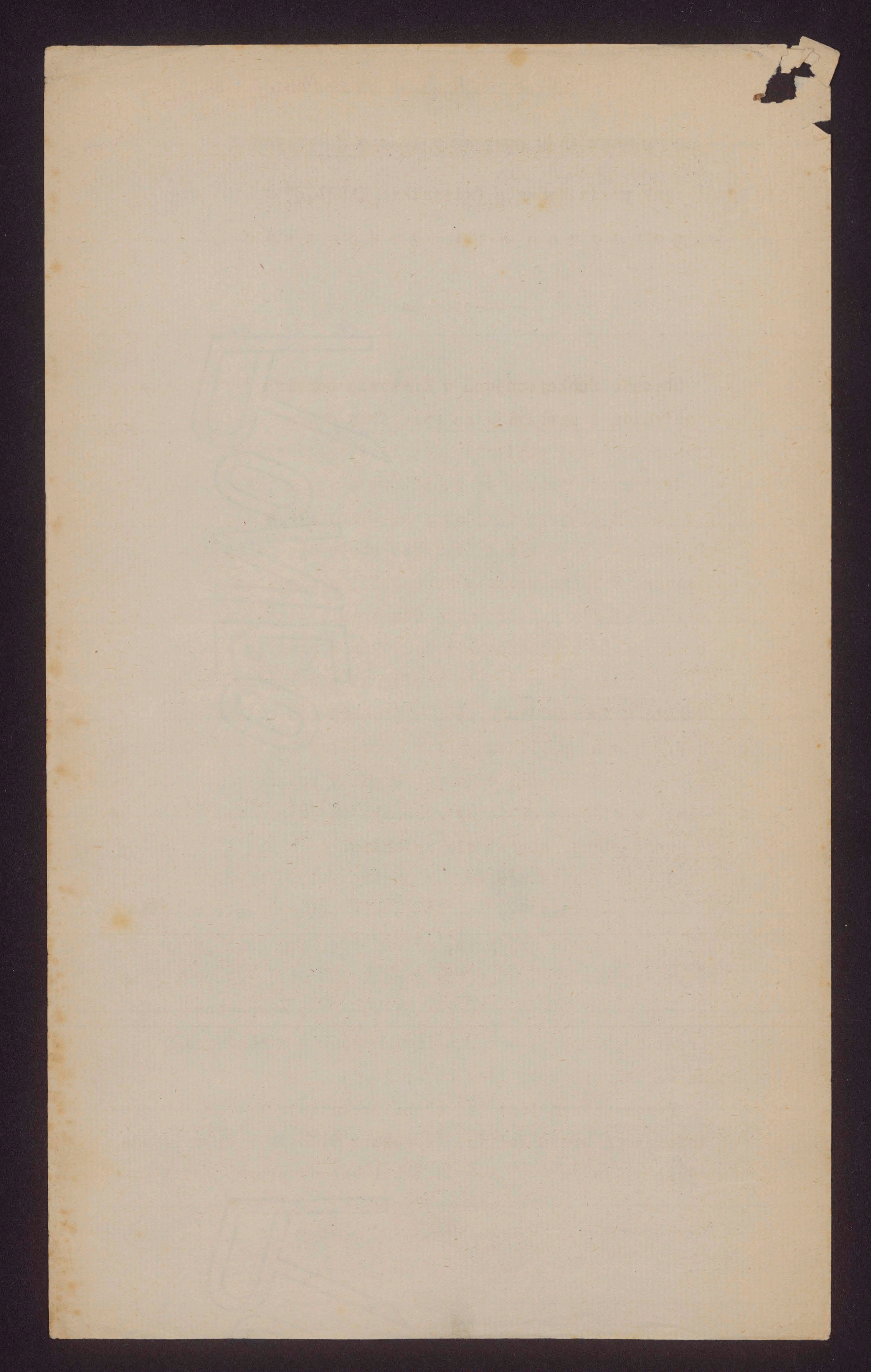
I G N A C E G O   D A S Z Y Ń S K I E G O .

--oo-÷oo÷-oo--

Obecnie funkcyonująca w Krakowie cenzura jest bezwarunkowo unikatem i zasługuje na specyalną charakterystykę, które ogólny zarys dalej popieramy dowodami rzeczowymi.

Jest zrozumiałem, że wypadkowe a ważne przeoczenie cenzora w jednem miejscu urzędowania, skoryguje gdzieś cenzor drugi, uważniejszy, ale w Krakowie stało się normą, że cenzura dokonana w innem mieście Monarchii, nie ma żadnej wartości ochronnej dla przedruku. - Cenzorowie krakowscy nie wahają się chronicznie konfiskować przedruków z prasy wiedeńskiej. (Jako curiosum z tego działu konfiskat powołujemy się n.p. na konfiskatę w „Naprzodzie"Nr.463 - przedruku z wrażeń Jarosławskich M.Wintera, publikowanych w „Arbeiter Zeitung". Cenzura krakowska skonfiskowała całe pół szpalty rozmów z jeńcami rosyjskimi, w których ci jeńcy wyrażają swoje zadowolenie z obecnego swego stanu, skarżą się natomiast na bicie w armii rosyjskiej (:to konfiskuje cenzor austryacki, - czyżby inaczej konfiskował rosyjski ?:) Do "tajemnic" których nie wolno publikować w czasie wojennym, należy też, czy dani jeńcy, z którymi rozmawiał Winter, są żonaci lub nie, i.t.p. czynią określenia nawet w artykułach z placu boju, ocenzurowanych już przez najkompetentniejszą instancyę i w atmosferze nie prochu kancelaryjnego, lecz bojowego.

Fenomenalnem jest też skonfiskowanie w Nr.208 "Naprzodu" informacyi biura Wolffa, iż cesarz Wilhelm w dniu 8.maja odwiedził galicyjski plac boju i był obecny przy walce 1 Dywizyi gwardyi.



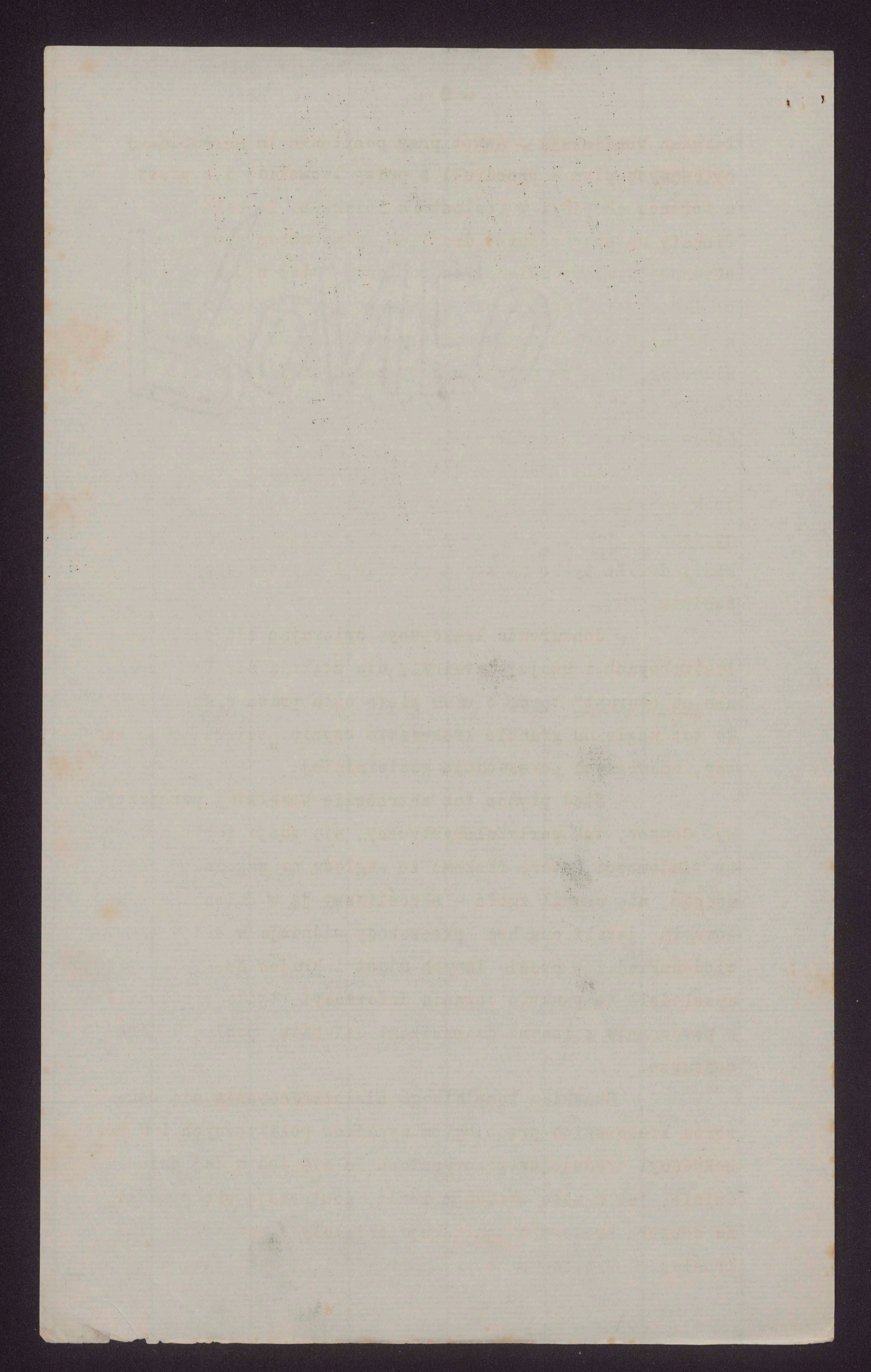
Taksamo konfiskują - nawet przy posyłaniu im egzemplarzy cytowanych pism - przedruki z prasy lwowskiej i z prasy z terenów okupacyi w Królestwie Polskiem. Te ostatnie konfiskaty są szczególniej drażliwe, gdyż wobec żywej obustronnej wymiany dzienników pomiędzy - tuż u dawnej granicy leżącym Krakowem a okupacyą - postępowanie cenzury krakowskiej w oczach wielu mogłoby uchodzić nie za jej czyn indywidualny, lecz za wynik, z góry narzuconej dwojakości norm jest w stanie tedy insynuować rządowi jakąś polityczną dwulicowość, zupełnie fałszywie.

Ale szczytem działalności cenzury krakowskiej jest samocenzurowanie się, czyli konfiskowanie przez jednego cenzora tego, co w tymże Krakowie puszcza drugi. Bo każdy działa tylko na swoim odcinku i nie troszczy się o sąsiada.

Cenzurowie krakowscy, opierając się tylko na instrukcyach i swojej intuicyi, nie starają się być zupełnie „au courant" tego, o czem pisze cała prasa w Austryi. To też nagle na gruncie krakowskim czynią „tajemnicę" z rzeczy, omawianych powszechnie gdzieindziej.

Stąd płynie też zatracenie wszelkiej perspektywy. Cenzor, tak partykularystyczny, nie zdaje sobie sprawy że wiadomości, którą rzekomo ze względu na zagranicę chce usunąć, nie usunął zgoła - skreśliwszy ją w dzienniku krakowskim, jeżeli ona bez przeszkody widnieje w całej prasie wiedeńskiej i w prasie innych miast i krajów Austryi; tylko upośledził na punkcie dawania informacyi, tylko skrzywdził w porównaniu z innymi dziennikami dziennik, podległy jego cenzurze.

Skutkiem kompletnego nieinteresowania się cenzorów krakowskich przebiegiem wypadków politycznych i w konsekwencyi trudniejszego oryentowania się ich w tej dziedzinie, jak w mało zbadanym lesie, powtarzają się wypadki, że cenzura krakowska konfiskuje artykuły i wzmianki, podkreślające wybitne sukcesy Austro-Węgier, względnie obu



mocarstw centralnych. Pozwolimy sobie tu położyć szczególny nacisk na załączniki z 433, i 396 „Naprzodu", gdzie skonfiskowano wiadomości takie, jak przedruk z „Berliner Localanzeigera" witający rychłe otwarcie połączenia kolejowego Berlin-Konstantynopol; lub jak w politycznym "nekrologu" Winstona Churchilla skonfiskowany zwrot, iż statki ze zbożem rumuńskiem i bułgarskiem płyną Dunajem do Niemiec - kłam jaskrawy zadając przechwałkom upadłego Churchilla, wróżącym Niemcom uwiąd głodowy, wzorem liści jesiennych. Nota bene, o przywróceniu swobodnej żeglugi na Dunaju i o pierwszych transportach zbożowych pisała radośnie nietylko cała prasa Monarchii (czego zaściankowa cenzura krakowska nigdy nie wie) ale na ten temat były doniesienia z ck. Biura korespondencyjnego, które ciż cenzorowie w każdym dzienniku krakowskim mieli sposobność widzieć, ale spamiętać nie byli widocznie w stanie. Nawet na wysiłek pamięci zresztą, nie uważają za potrzebne się zdobywać, gdyż mają jedno „panaceum" na wszystko: w y k r e ś l i ć . Wiedzą bowiem, że o ile za przeoczenie wiadomości niepożądanej mogą być odpowiedzialni, o tyle brak zazwyczaj wszelkiego sprawdzania, co też oni konfiskują ?

Toteż najracyonalniejsze zapewne instrukcye przeradzają się na gruncie krakowskim częstokroć, jak nasze załączniki wskazują, w jakieś graniczące z karykaturą praktyczne rezultaty.

Instrukcye, prawdopodobnie otrzymaną - aby ograniczać wszelkie cytowanie nazw miejscowości i nazwisk, mogących oryentować przeciwnika o rozmieszczaniu armii, wprowadza cenzura krakowska w życie tak, iż, n.p. konfiskuje w „Naprzodzie" nazwisko podpułk. Turnaua w notatce, donoszącej o jego zarządzeniach, jako komendanta obwodowego w Piotrkowie. Podpułk. Turnau plakatuje w Piotrkowie obwieszczenia, obowiązujące, i biada byłaby jakiemuś urwiszowi, którby na tych plakatach ośmielił się wymazywać jego nazwisko, tymczasem Piotrkowianie mogli w „Naprzodzie" (ma

jącym tamże odbiorców) oglądać nazwisko to wymazane ...
ręką cenzora ! bo cenzorowi krakowskiemu zabrakło w tym wypadku owego instynktownego taktu, ażeby zrozumieć, że przecież Monarchia nie prowadzi administracyi w okupowanych miastach skrycie, lecz j a w n i e ! (zał.Nr.181.)

Nie chcemy przedłużać w nieskończoność dowodu, iż obecny stan cenzury krakowskiej składa się poprostu na tyranizowanie prasy - niczem nie umotywowane. Tyranizowanie to nawet przeszkadza prasie krakowskiej w działaniu, leżącem niewątpliwie na linii interesów Monarchii.

„Naprzód" od chwili swego powstania miał zawsze front ostro zwrócony przeciwko caratowi rosyjskiemu. Przed wojną nieraz konfiskowano go za obrażanie „zaprzyjaźnionego mocarstwa rosyjskiego. Jednakże i teraz podczas wojny musimy przechodzić konflikty z cenzurą z powodu naszego antyrosyjskiego frontu. W cmentarzysku artykułów ubitych przez cenzurę, powołujemy z bliższego szeregu artykułów, wymierzonych przeciw Dmowskiemu, który zainaugurował był obecny ruch rusofilski w Polsce. W interesie wykarczowania jego więdnącego posiewu leży zdemaskowanie i zdyskredytowanie kompletne tego człowieka. Cenzura nie może się nawet kryć pod naciąganie hasła „Burgfrieden" w obronie tej jednostki, ponieważ Dmowski uciekł był do Petersburga. Dla niepoznaki zaś tego, co czyni - jest to dziś jej ulubiona metoda - konfiskowała w artykule przeciw Dmowskiemu wszystko, co do słowa wraz z tytułem. (Naprzód Nr.402.)

Raz byliśmy zniewoleni w sposób bardzo stanowczy listownie remonstrować u prokuratora Dolińskiego, aby przez osobliwe manipulacye cenzury nie przerabiano artykułów, skierowanych przeciwko Rosyi w gloryfikowanie żołnierzy rosyjskich !

Odnośnego egzemplarza odbitki pokreślonej przez cenzurę nie mamy w naszych zbiorach, gdyż nam jej nie zwrócono z prokuratoryi; sądzimy jednak, że prokurator Doliński nie zakwestyonuje poniższego faktu:

~~Artykuł streszczał informacye „Berliner Tageblattu" dotyczące~~ barbarzyńskiego podpalania przez Rosyan wież wiertniczych w galicyjskim rewirze naftowym. Pierwsza część notatki stwierdzała, że Rosyanie wszedłszy w posiadanie tego rewiru, żadnych szkód nie poczynili, co zresztą leżało w ich interesie, natomiast ustępując przed armią gen.Lisingena, poczęli wszystko niszczyć i podpalać, przyczem podano cyfrę spalonych wież. Całą tę część, będącą powodem i główną treścią przedruku, a bardzo jaskrawo przedstawiającą szał niszczycielski barbaryi rosyjskiej, cenzor skreślił pozostawiając tylko zdania początkowe i wystawiając r o s y a n o m w ten sposób kosztem prawdy i kosztem reputacyi naszego dziennika, zgoła fałszywe absolutoryum, iż w rewirze naftowym zachowali się wzorowo. Nie wiemy nawet, czyby to było wynikiem jakiej instrukcyi - wykonanej tak n i e z r ę c z n i e , gdyż w popularnej ilustracyi wiedeńskiej „Interessantes Blatt" w najbliższym numerze znaleźliśmy fotograficzne zdjęcia takich pogorzelisk, spowodowanych przez Rosyan z odpowiednim napisem wyjaśniającym.

Powyższe zagadkowe konfiskaty kładziemy na karb tego specyficznego, nerwowego chaosu, panującego w zarządzeniach cenzury krakowskiej, które są bardzo ostre, ale ich ostrze jest tak ślizkie, że po skutkach nieraz nie możnaby poznać, czy konfiskował cenzor austryacki, rosyjski, rumuński, czy ... imaginacyjny n a d - c e n z o r n i e m i e c k i .

Tę ostatnią funkcyę też bowiem poczytuje za swój obowiązek pełnić cenzura krakowska, i wiele wiadomości czysto niemieckich, zaczerpniętych z prasy berlińskiej lub wiadomości polskich z okupacyi niemieckiej, powtórzonych z prasy warszawskiej, cenzurowanych przez władze niemieckie, tępi. W stosunku do rzeczy polskich, znamiennem jest, iż cenzurowie krakowscy uważają za wskazane akcentować negacye, wkraczającą w sferę *Polonofobii*, jak

gdyby interes polski pojmowany, jako walka bezwzględna z caryzmem, a opromieniony nadzieją, sformułowaną w pismach Naczelnego Komitetu Narodowego był w sprzeczności z interesami Monarchii. Nie mówimy już o artykułach oryginalnych, które możnaby było wreszcie naciągać, lub podciągać pod zakaz rozważania przez prasę miejscową celów wojny. Ale w całej prasie krakowskiej, w tej liczbie i w „Naprzodzie" kreśli się stale całe ustępy z poglądów takiej prasy neutralnej, która otacza życzliwością państwa centralne, wróży i życzy pomyślnego dla Polaków rozwiązania przez nie sprawy polskiej. A głosów takich rozległo się szczególniej wiele po życzliwych dla Polaków słowach kanclerza Betmana Hollwega. Pod szorstkim ołówkiem cenzorskim z instrukcyi, zalecającej może hamowanie przedwczesnych - z punktu widzenia rządu - przed ukończeniem wojny, horoskopów co do sprawy polskiej, rodzi się w ten sposób konsekwentne brutalizowanie uczuć polskich, nie leżące, sądzimy, w intencyach rządu Monarchii a będące raczej gorliwością lokalnych czynników cenzorskich. - Dla jak najwypuklejszego zobrazowania tych właśnie praktyk prokuratoryi, sięgniemy wyjątkowo po przykład nie ze zbiorów naszej redakcyi. Oto w berlińskich „Polnische Blätter" zabrał głos w sprawie polskiej nie Polak i nie żaden entuzyasta polszczyzny, lecz bardzo chłodny i bardzo po prokuratorsku wobec Polaków nastrojony poseł Dr.Naumann.

[Czas 12.1.1916]

Na przedruk w przekładzie zaryzykował „Czas" lecz mógł go zaprezentować czytelnikom tylko z licznemi bliznami pocenzuralnemi.

Tej sumy zainteresowania polskością, jaką zawierał artykuł Naumanna, nie mogła znieść cenzura w Krakowie, choć nie gorszyła ona cenzorów w Berlinie.

Czy działał w tym wypadku cenzor zgodnie z charakterem Austryi, gdy usiłował w ten sposób „ad oculos" manifestować różnicę pomiędzy Prusami a Austryą i

wystawić Austryę, jako rzekomo mniej tolerancyjną wobec zagadnień, związanych z polskością ? A dalej jeszcze: Na odczyt Dra Naumanna w Wiedniu pospieszyli: jeden z arcyksiążąt, paru ministrów; snać uważano go tam za człowieka, z którym się można godzić, lub nie godzić, lecz którego nawet sternicy polityki Monarchii chcą posłuchać, a zarazem okazać mu uprzejmość. Dla cenzora krakowskiego p.Naumann był zaś osobnikiem, za mało powołanym do zabierania głosu, którego więc kiełznać trzeba było konfiskatą.

Nawet zarządzenia władz austryackich, w których się wyraziła jakakolwiek względność dla Polaków wogóle - są masakrowane. Powołujemy się tu jako na dowód, na przedruk z „Lokalanzeigera" powtórzony przedtem przez prasę wiedeńską, a tyczący odrębnego (nie z Rosyanami) umieszczania jeńców-Polaków. - Czy cenzura krakowska dopatrywała się tu „tajemnicy" mino, że pozwolenie dziennikarzowi zwiedzenia owych polskich baraków ją wykluczało, czy też obawa przepuszczenia „rzeczy polskiej" wzięła tu górę, niewiadomo ... (Nr. 330. Naprzodu).

Zresztą, nie ma działu, rodzaju wiadomości, którychby nie konfiskowano, począwszy od przestróg hygienicznych po uznaniu wody wiślanej w Krakowie za podejrzaną o zawarcie prątków cholerycznych, a kończąc na wiadomościach, dotyczących np. ścigania lichwiarzy żywnościowych we Lwowie (o krakowskich wolno nam było informować, o lwowskich nie; odnośne notatki kompletnie wykreślone przez cenzurę, tyczą Nr.Nr. 393 i 385 Naprzodu.

Czasami cenzorowie krakowscy usiłują narzucić dziennikowi swoje normy moralności i to w sposób tak drastyczny, jak to miało miejsce ze wspomnieniem świeżo wówczas zmarłego generała Albori'ego.

O jego nieskazitelnym charakterze pisały wszystkie pisma krakowskie. Myśmy robotnikom krakowskim przypomnieli dla nich specyalnie sympatyczny epizod z życia generała gdy zajmował w Krakowie najwyższe stanowisko wojskowe i gdy odmówił z właściwem mu poczuciem taktu i

~~sprawiedliwości dostarczania żołnierzy podczas strejku~~ w charakterze łamistrejków. Skonfiskowano całą tę część notatki. Cenzor właściwie nie nas tu cenzurował, lecz pamięć czynu człowieka, którego większe autorytety, niż cenzorowie krakowscy, poczytywały za wzór honorowości.

Cenzora widocznie tak poniosły inne "zapatrywania moralne", że nawet nie krępował się szacunkiem, winnym zmarłemu .... ("Naprzód" Nr.333.)

Ośmielamy się tu zapytać, co tego rodzaju konfiskaty mogą mieć wspólnego z faktem, że Monarcha prowadzi wojnę, jaka współmierność istnieje pomiędzy potężnemi zjawiskami wojny światowej, a osłanianiem n.p. nazwiska jakiegoś brudnego lichwiarza spożywczego, lub odwrotnie niedopuszczeniem do oddania sprawiedliwości zasługującemu na szacunek zmarłemu ?

Pozwolimy sobie tu w zakończeniu na zanalizowanie paru próbek konfiskacyjnych:

Oto cenzura konfiskuje np. artykulik w "Naprzodzie" będący przedrukiem z korespondencyi z "Neue Wiener Journal" (Naprzód Nr.463.)

Instrukcyę, jak się domyślamy, mającą na celu ograniczenie publikowania biuletynów o stanach atmosferycznych w różnych punktach Monarchii, aby strona przeciwna nie mogła ani budować prognoz meteorologicznych, ani zdobywać jakichś informacyi o zimowych trudnościach oryentacyjnych w tak klasyczny spożytkowano sposób, że konfiskowano o śnieżycach nad Strypą. Oto Rosyanie, znajdujący się nad Strypą, nie czują, skąd wiatr wieje, nie wiedzą, jakie są opady śnieżne - zaczarowani, jak w bajce; dopiero z gazety - z "hinterlandu" galicyjskiego mogą się dowiedzieć czarno na białem, co to były za nieznane im zjawiska.

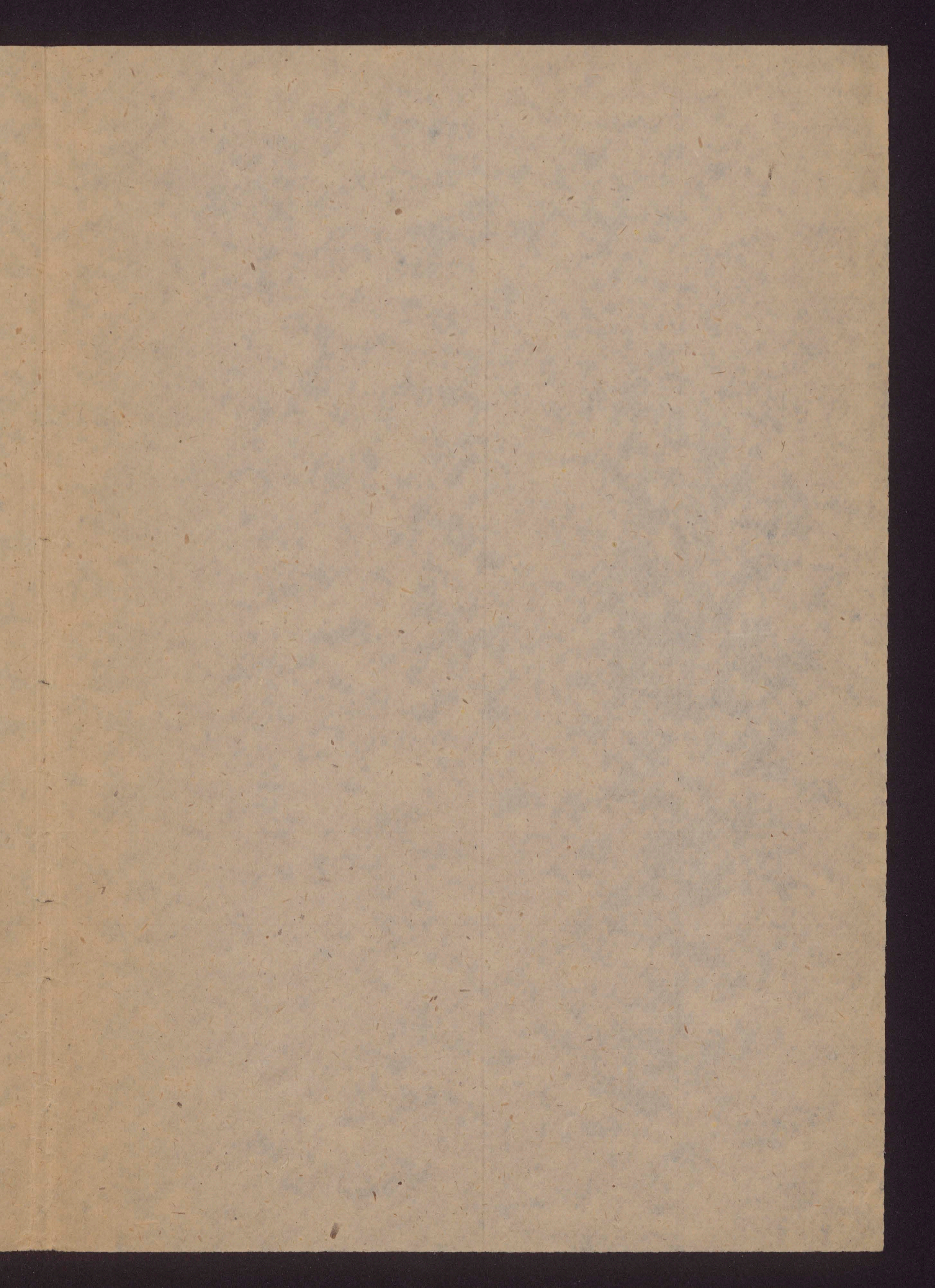
Inną, dość podobną "niedyskrecyę" przypisano niedawno, co do czarnogórców. W rozważaniu ich sytuacyi

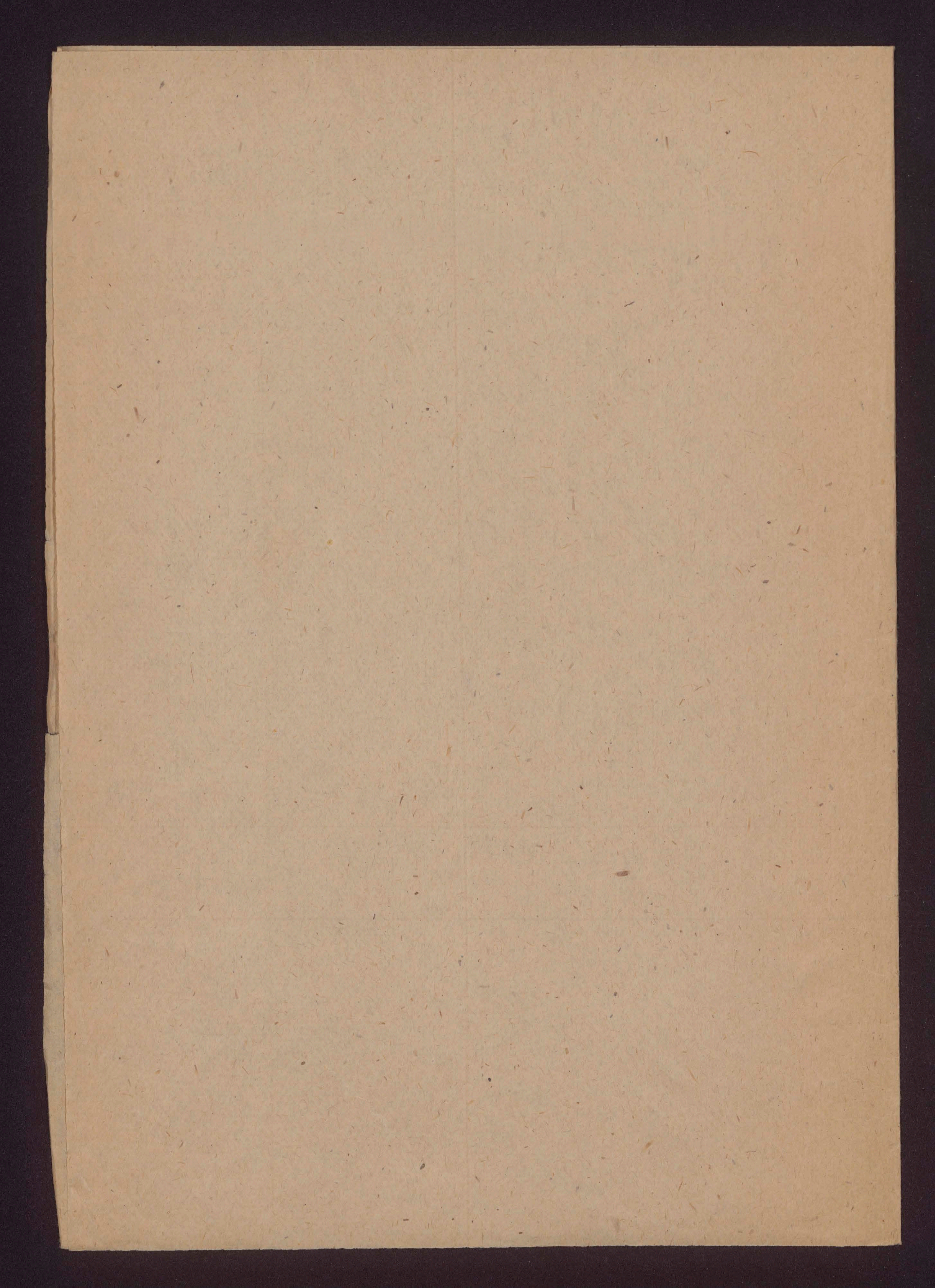
bera, znanego współpracownika „PESTER LLOYDU" (Nr.11. ze schematyczną mapką oryentacyjną). Ponieważ chodziło o drobne szczegóły, nie cytowaliśmy jego nazwiska. Ale przytoczyliśmy między innymi jego wyliczenie, że z Plava do Lowczenu wynosi odległość w linii powietrznej 95 klm. Naturalnie rzecz wydała się cenzorowi wcale podejrzaną. Czarnogórcy wprawdzie mieszkają na miejscu w Czarnogórze, ale na pewno żaden z nich żadnego dystansu w kraju nie zna. Niechże mu wpadnie do rąk "Naprzód" i niechże przeczyta: 95 klm. i już ma przestrzeń odmierzoną do strzału. Więc skonfiskowano cały ustęp z tą cyfrą (Naprzód Nr.17.1916.)

Przedstawiciele prasy i opinii w Austryi częstokroć podkreślali, że nadmierne ślady urzędowania cenzorskiego podsuwają zagranicy fałszywe podejrzenia, iż w Austryi istnieje mnóstwo niedomagań, wymagających tak rozpaczliwego osłaniania przez cenzurę. Nadmierna cenzura mistyfikuje zagranicę, ale ... na niekorzyść państwa !

Bo tam, gdzie biała plama uprawnia do domysłów, iż usunięto jakiś znak nieukontentowania lub jakąś wiadomość dla państwa niekorzystną, może się nieścić taki materyał, jak powyżej przez nas przytoczony - nawet podnoszący sukcesy monarchii !

Ale powtarzany, konfiskaty krakowskie mają charakter nie sporadyczny, lecz raczej podobny epidemii, która wybucha, jak gdyby w kształcie jakiegoś cenzuralnego tyfusu plamistego i zdolną jest każdego, sądzącego z tych pozorów naprowadzić na myśl, że w twierdzy krakowskiej są szczególne stosunki, wywołujące taką plamistość. Tymczasem jest w ten tylko rezultat specyficznego funkcyonowania cenzury krakowskiej.





8122

Galicja

i Śląsk Cien



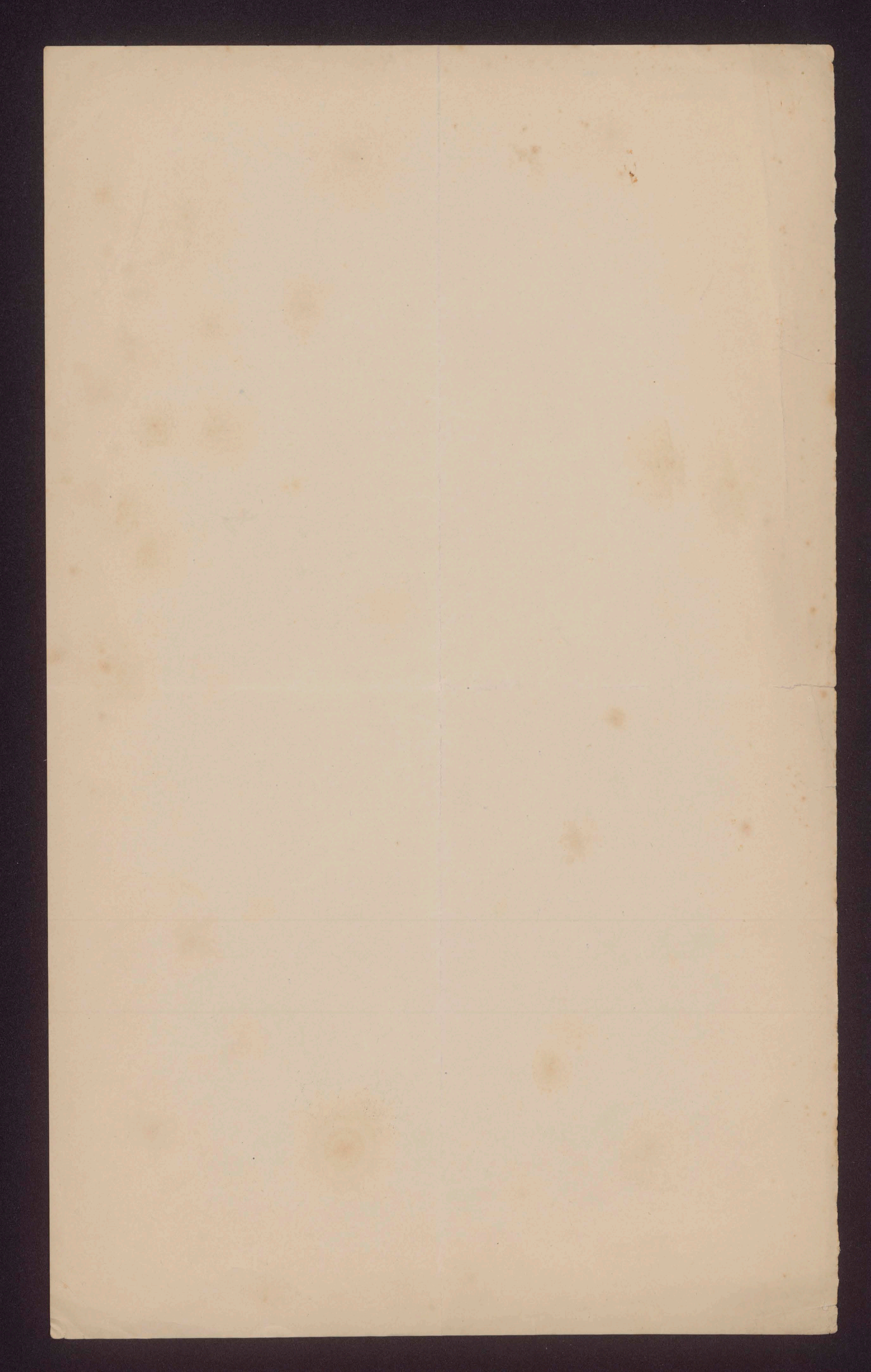
Abschrift
des Telegrammes vom 28/XI.1916 an Seine Majestät.

Seine Majestät der Kaiser und König   Wien Schönbrunn

Der für heute aus Anlass des Hinscheidens weiland SeinerMajestät des Kaisers und Königs Franz Josef I zu einer Trauersitzung einberufene reichsrätliche Polenklub hat jenen Gefühlen der nie versiegenden Dankbarkeit und kindlichen Liebe Ausdruck gegeben,von denen das polnische Volk für seinen verewigten allergütigsten Schützer immerdar beseelt bleiben wird.Der Polenklub wird in corpore einen Trauerkranz am Sarge des hochherzigsten Herrschers niederlegen, der in seinen polnischen Landen die nationale Entwickelung unausgesetzt gefördert und ausserhalb derselben grossmütig den Grundstein zur Errichtung eines polnischen Staates gelegt hat.

Indem der Polenklub Eure Majestät alleruntertänigst bittet, diese seine schmerzlichsten Gefühle zur allergnädigsten Kenntnis zu nehmen, benützt er diesen ersten Anlass, um Eurer Majestät mit der Versicherung unverbrüchlicher dynastischen Treue und tiefster Ehrerbietung den erfurchtsvollsten Wunsch zu Füssen zu legen, dass durch die göttliche Vorsehung für Eure Majestät, vereint mit ihrer Majestät der Allerdurchlauchtigsten Kaiserin und Königin, das Glück erblühen möge, Allerhöchst Ihren hehren historischen Beruf zum Wohle der in der Monarchie friedlich geeinten Völker ruhmvoll zu erfüllen.

Biliński
Obmann des Polenklubs.



Zapiska poufna w sprawie organizacyi życia politycznego w kraju.

Galicya albo pozostanie w jakimś związku prawnopaństwowym z Monarchią albo wejdzie w skład tworzącego się państwa polskiego. W obu wypadkach przed społeczeństwem naszem stanie szereg zadań polityczno - społecznych wielkiej doniosłości. Każdy, oryentujący się nieco w potrzebach życia publicznego, wyliczy bez trudu całe szeregi tych zadań.

Trudność podejmowania i racyonalnego rozwiązywania tych zadań będzie spotęgowana przez ten stan społeczny, jakiego po ustaniu wojny oczekiwać należy. Polityczne, społeczne, gospodarcze i kulturalne konsekwencye wojny światowej nie dadzą się wprawdzie obliczyć, można jednak z całą pewnością przewidywać, że wojna ta pozostawi po sobie stan ogólnego wstrząśnienia, nawet, częściowego przynajmniej rozprężenia. Wojna sięgnęła do najgłębszych warstw więzi społecznej, wstrząsając nią i rozluźniając. Społecznie destrukcyjne skutki wojny będą stały w odwrotnym stosunku do siły uspołecznienia tudzież do energii i sprawności rządu. U nas zatem należy oczekiwać większej szkodliwości społecznej tych skutków, niż gdzie indziej w państwie lub Europie Zachodniej.

Pod wpływem doświadczeń zarówno indywidulanych jak zbiorowych, poczynionych podczas wojny, wzmaga się z dnia na dzień w społeczeństwie niezadowolenie, wyrażające się w nienawiści dla czynników rządzących, nierzadko w pogardzie i lekceważeniu dla nich. Upadek autorytetów jest bardzo wyraźny. Nawet najszczęśliwiej zakończona wojna nie przysporzy zwycięzcom takich korzyści, któreby mogły pokryć szkody i ofiary na rzecz wojny poniesione. Odszkodowań wojennych nie będzie. Korzyści z ewentualnego zwycięstwa zaczną objawiać się dopiero po upływie szeregu lat. Pokój nigdzie nie przyniesie doraźnej poprawy stosunków. Przeciwnie fakt, że wojna zniszczyła całą prawie Europę, każe liczyć się z możliwością ciężkich przesileń gospodarczych i postępującej ciągle jeszcze ogólnej pauperyzacyi. W tych warunkach wyniesione z wojny niezadowolenie, poczucie krzywdy, często marnotrawienia życia i mienia ludzkiego nie tylko nie zostaną złagodzone lecz przeciwnie znajdą bardzo podatny grunt dla dalszego potęgowania się. Konieczność odwołania się do demokratycznych parlamentów i wynikające stąd uruchomienie życia politycznego mas, przywrócenie wolności prasy, słowem zdjęcie tych oków, którymi stan wojenny okuwa obecnie społeczeństwo, spotęguje znakomicie jego radykalizacyę. Będzie ona tem większa i w skutkach swoich niebezpieczniejsza, im niższym jest poziom kultury danego społeczeństwa, im słabszym jego rząd.

U nas przy niskim stanie kultury i przy słabym, nie dość zabiegliwym, przewidującym i bystrym rządzie niebezpieczeństwo wzrastającego radykalizmu będzie tem większe, że radykalizm ten, nie ujęty w ramy żadnego

racyonalnego programu politycznego ,stanie się czynnikiem anarchii i głębokiego zaniepokojenia umysłów.Utoruje on drogę ku powierzchni życia rozmiatym elementom demagogicznym,które będą potęgowały zamęt powszechny cel lem tem lepszego wyzyskania go.

Głęboki stan rozbicia i upadku życia politycznego,w którym znajdowała się Galicya w chwili wybuchu wojny,spotęguje jeszcze bardziej niebezpieczeństwo tych powojennych wstrząśnień.Głębokie antagonizmy,które przed wojną rozsadzały życie polityczne w kraju,nie znikły bynajmniej. Stan przymusowego utajenia,w którym znajdują się podczas wojny,zwiększy ich energię o ten cały zapas nienawiści i zawiści,który każdy działający w tej chwili publicznie człowiek spostrzega dokoła siebie.Rozpoczną się porachunki i walki partyjne niebywale zaciekłe.Życie publiczne,które już przed wojną pełne było objawów głębokiej demoralizacyi,ulegnie dalszemu zdziczeniu.

Niebezpieczeństwa narodowe i społeczne takiego stanu rzeczy są zupełnie nieobliczalne.Zapobiedz im lub przynajmniej ograniczyć je może tylko jedno - rozpoczęta już teraz reorganizacya życia politycznego w kraju przez wytwarzanie chociażby zawiązków tylko silnej partyi pracy lub skupienia takich partyj,któreby było zdolnem do ujęcia władzy w kraju.

Pośród istniejących obecnie partyj krajowych niema ani jednej,o której możnaby powiedzieć,że będzie miała po wojnie dość sił i umiejętności, aby ująć rządy w kraju z pożytkiem dla niego.

Stronnictwo konserwatywne,oddawna już objawiające rozprężenie i stopniowy upadek,w czasie wojny uległo dalszemu rozkładowi.Socyalna podstawa tego stronnictwa,obarczonego nadmiarem cech ciasnej kastowości,jest za wąską dla udźwignięcia ciężaru nowoczesnej władzy przy zdemokratyzowanych instytucyach prawodawczych.To też już przed wojną stronnictwo to, rozbite na dwa wrogie obozy,okazywało stałą dążność do rozszerzenia tej swojej podstawy socyalnej przez kojarzenie się z partyami demokratycznemi - z narodową demokracyą na wschodzie,z ludową i mieszczańską na zachodzie kraju.Po wojnie słabość stronnictwa konserwatywnego w jego dotychczasowej postaci ujawni się w stosunku do wzrastającego radykalizmu jeszcze bardziej przy równoczesnem zmniejszaniu się widoków politycznie zdrowych i socyalnie możliwych sojuszów dla niego.

Stronnictwo narodowo - demokratyczne będzie dążyło do powetowania szkód ,poniesionych wskutek bankructwa jego rusofilskiego programu wojennego.Do tego celu będzie ono dążyło drogą skrajnie demagogicznej opo-

zycyi,jako jedynej,na której najbardziej aktywne czynniki tego stronnictwa będą mogły liczyć na skrócenie koniecznej kwarantanny politycznej. Już z tego względu stronnictwo przynajmniej bezpośrednio po wojnie nie będzie wchodziło do rzędu pozytywnych czynników życia publicznego.

Stronnictwo ludowe w obecnym swoim stanie stanowi kwestyę otwartą. Grupa Witosa i Długosza nie ujawniła w czasie wojny żadnych momentów, któreby determinowały linię powojennej ewolucyi tego stronnictwa. Cechująca politykę ludowców mięszanina prymitywnego materyalizmu z nastrojami opozycyjnymi każe liczyć się z możliwością rozmaitych niespodzianek z tej strony. Natomiast grupa Stapińskiego już w czasie wojny ujawniła tendencye jaskrawo radykalne i demagogiczne. Przy odrodzeniu życia politycznego tendencye te spotęgują się niewątpliwie. Istnieje poważne prawdopodobieństwo, że stronnictwo ludowe, pozbawione odpowiednich przewódców, ulegnie po wojnie dalszemu rozbiciu. Część jego pójdzie z klerem w kierunku t.zw. "chrześcijańsko - społecznym". Druga zaś część popadnie pod wpływ narodowej demokracyi.

Miejska partya demokratyczna należała już przed wojną do słabszych formacyj politycznych pod względem struktury wewnętrznej. Ograniczona do słabego gospodarczo i kulturalnie ~~xxxxx~~ mieszczaństwa i części stanu urzędniczego tudzież nielicznie reprezentowanych wolnych zawodów, zmuszona do depopularyzujących ją i krępujących kompromisów z żydami, partya ta była raczej uzupełnieniem i rezerwą grupy rządzącej z odpowiednio do tego podrzędnego stanowiska ograniczonym udziałem w rządzie. Znaczenie tej partyi dla rozwoju naszego stanu średniego stoi w odwortnym stosunku do jej siły realnej. Wynika stąd stała fałszywość położenia partyi demokratycznej. Sama umiarkowana i raczej konserwatywna w stosunku do rządów szlachecko - agrarnych stawała się z konieczności t.zw. "postępową", nawet radykalną, posługując się hasłami, których realizacya jej przedewszystkiem przynosiła szkodę/ n.p. głosowanie powszechne/ Dla wyrównania zaś tych szkód i utrzymania się na powierzchni musiała imać się środków, które ją dalej depopularyzowały. Partya ta z natury swojej socyalnej do roli czynnika kat ekzochen pozytywnego w życiu publicznem predystynowana, zawiera wiele cennych zarówno grup jak jednostek, które ujęte w ogólno krajową organizacyę polityczno - partyjną, mogą rozwinąć bardzo znaczną siłę zarówno w przeciwstawianiu się elementom radykalizmu miejskiego jak w pracy realnej.

Przyszłość partyi socyalistyćznej wszędzie niepewna u nas przedstawia

się nijasno głównie wskutek ewolucyi,jaką w czasie wojny odbyli jej najwybitniejsi przewódcy w kierunku nacyonalistycznym i karyery osobistej. W każdym razie partya ta nie powiększy zastępu czynników pozytywnych w życiu publicznem.

Obok powyższych partyj istnieje w kraju wyraźne dążenie do wytworzenia nowej organizacyi politycznej na platformie wyznaniowej - chrześcijańsko - społecznej.Kierunek ten ciągle jeszcze szukający dla siebie formy i wyrazu politycznego,bierze swój początek w ambicyach i marzeniach politycznych niektórych hierarchów kościelnych.Najsilniejszą zaś swoją ostoję ideową upatruje w antysemityzmie.

Gwałtowne spotęgowanie się antysemityzmu znajdzie się z pewnością w rzędzie oczekiwanych po wojnie objawów rozprężenia i fermentu.Niechęć, jakka nagromadziła się w najszerszych warstwach ludności katolickiej po miastach szczególnie przeciw żywiołom handlującym,lichwiącym i spekulującym,wyładuje się z pewnością w odpowiednio wzmożonym antysemityzmie, ponieważ żyd jest synonimem handlarza i spekulanta.Charakterystyczny stosunek większości żydów do twardych wymagań wojny,ich umiejętność zmniejszania sobie osobistych ciężarów wojny,niezaprzeczone objawy mimowolnego czy też zamierzonego faworyzowania żydów przez władze wojskowe,niestosunkowo wysoki ich procent w rozmaitych tyłowych urządzeniach armii - to wszystko spotęguje antysemityzm.

Czy narastający kierunek chrześcijańsko - społeczny zdoła wyzyskać ten ruch antysemicki,będzie zależało od tego,czy na czele tego obozu znajdą się ludzie zdolni i politycznie zręczni.Jest to jednak mało prawdopodobne,ponieważ prepondenrancya hierarchów kościelnych nad tym kierunkiem a priori niejako ogranicza pole działania dla każdej większej energii i ambicyi politycznej.Wybitniejszy zaś talent ma właśnie to do siebie,że rola zakrystyana czy kalikanta politycznego nie może być bodźcem dla jego rozwoju.

W każdym razie liczyć się należy z tej strony z rozmaitemi próbami w kierunku opanowania umysłów.Główną siłą popędową będzie tu antysemityzm.Lecz właśnie taniość tej siły spowoduje bardzo znaczną konkurencyę. W pierwszym rzędzie zgłoszą się tu narodowi demokraci.Podobnie jak przed wojną zastosują oni wobec kleru szczególniej wyższego taktykę pozornej uniżoności i uległości,co hierarchom kierującym zapewne wystarczy,ponieważ ich ambicye polityczne są powierzchowne i w gruncie rzeczy bezprzedmiotowe.W ten sposób narodowa demokracya zasymiluje prawdopodobnie czynniki tego ruchu.

. .

Gdzież w tym składzie ugrupowań politycznych jest miejsce na stronnictwo pracy pozytywnej zdolne do ujęcia rządów w kraju? Najwięcej materyału na takie stronnictwo zawiera szlachta i mieszczaństwo. Obie te warstwy reppezentują najwyższą kulturę polityczną. Obie stanowią pod względem społecznym czynniki najbardziej zrównoważone. Na nich tedy musi oprzeć się budowa stronnictwa pracy. Dopiero dokoła gotowego już jego trzonu mogą grupować się niektóre żywioły z innych warstw społecznych, więc przedewszystkiem zamożniejsze żywioły ludowe / Grossbauer/.

Budowa stronnictwa pracy w oparciu o te dwa najważniejsze jego elementy wymaga od szlachty wyrzeczenia się charakteru kastowego w polityce a u obu grup takiej zdolności do kompromisów, jaka okaże się niezbędną do wyrównywania między niemi przeciwieństw interesów miejskich i agrarnych.

Licząc się z półwiekową tradycyą, która mieszczaństwo przeciwstawia szlachcie, tudzież z rozmaitymi względami natury taktycznej, należy w pierwszym okresie budowy stronnictwa pracy pozostawić obu grupom autonomię. Wstępna praca organizacyjna jak ustalanie kierowniczych haseł, skupianie jednostek i grup i t.d. powinna być dokonana w każdym odłamie z osobna, atoli według wspólnego planu, z unikaniem akcentowania przeciwieństw, z myślą o ścisłem współdziałaniu w przyszłości i już w pierwszym okresie pod jednolitem, sprężystem, na razie poufnem kierownictwem.

Dla celów przyszłego stronnictwa powinien być zużytkowany prestige obu grup, wynikający dla nich ze zwycięstwa tej myśli, która wcielona w Legiony i N.K.N. ~~xxxxxxx~~ realizacyę swoją w życiu narodu zawdzięcza tylko wiernej, konsekwentnej i ofiarnej działalności obu tych grup. Wynikający stąd dla nich zysk moralny musi być pilnie strzeżony. Stanowi on bowwiem najbardziej przekonującą legitymacyę. Dla agitacyi jest atutem bardzo doniosłym.

Wszelkie instytucye czy organizacye, na które ta lub tamta grupa wpływ posiadają, należy zachować. Mam tu na myśli przedewszystkiem N.K.N. Skoro N.K.N. jako instytucya kierująca organizacyą Legionów musi być w najbliższym czasie z ogólno politycznych względów rozwiązaną, to jednak należy dążyć do zachowania samej organizacyi w odpowiednio przystosowanej postaci i tych wpływów, które posiadanie spadku po N.K.N. i dalsza administracya jego niektórych instytucyj dać może.

Powiatowe Komitety Narodowe są jedynemi dzisiaj organizacyami

poniekąd politycznemi na prowincyi.Potrzeba dążyć do zachowania ich jako gotowych organizacyj partyjnych.W tym celu modyfikując stopniowo ich zadania należy zatrudniać je rozmaitemi pracami przy równoczesnym ścisłym i regularnym kontakcie z niemi.Byłoby najlepiej dla celów organizacyi ustanowić osobnego lustratora - referenta,któryby co czas jakiś objeżdżał organizacye prowincyonalne,wygłaszał dla nich referaty o sytuacyi politycznej,obecnie wskutek cenzury krępującej prasę szczególniej pożądane, oryentowałby się w stosunkach lokalnych,upatrywał i przyciągał odpowiednie jednostki,słowem budował całą organizacyę partyjną.

Celem ożywienia życia politycznego należałoby urządzać zebrania poufne z referatami dotyczącymi n.p. rozmaitych stron sprawy wyodrębnienia Galicyi.Po przeprowadzonej dyskusyi uchwalanoby rezolucye.Bez względu na praktyczną wartość tych rezolucyj same zebrania miałyby wielką wartość dla celów organizacyi stronnictwa.

Dla kierownictwa sprawami organizacyi należałoby stworzyć stały sekretaryat z osobnem biurem.Podlegałby on komitetowi kierującemu,wybranemu przez egzekutywy obu grup.Sekretarz stronnictwa mógłby być zarazem owym lustratorem - referentem.

Do organizacyi należy oczywiście odpowiednia planowa akcya prasowa. Omówię ją w osobnym ewentualnym referacie.Koszta roczne takiej pracy organizacyjnej wynosiłyby około 50 tysięcy koron rocznie.Jestem głęboko przekonany,że odpowiednio przeprowadzona taka organizacya opłaciłaby sowicie i pod każdym względem tę inwestycyę.

Kraków w styczniu 1917.

~~19~~ 34

Dr. HERMAN DIAMAND
Poseł do Rady Państwa
Lwów, Mikołajskiego 31

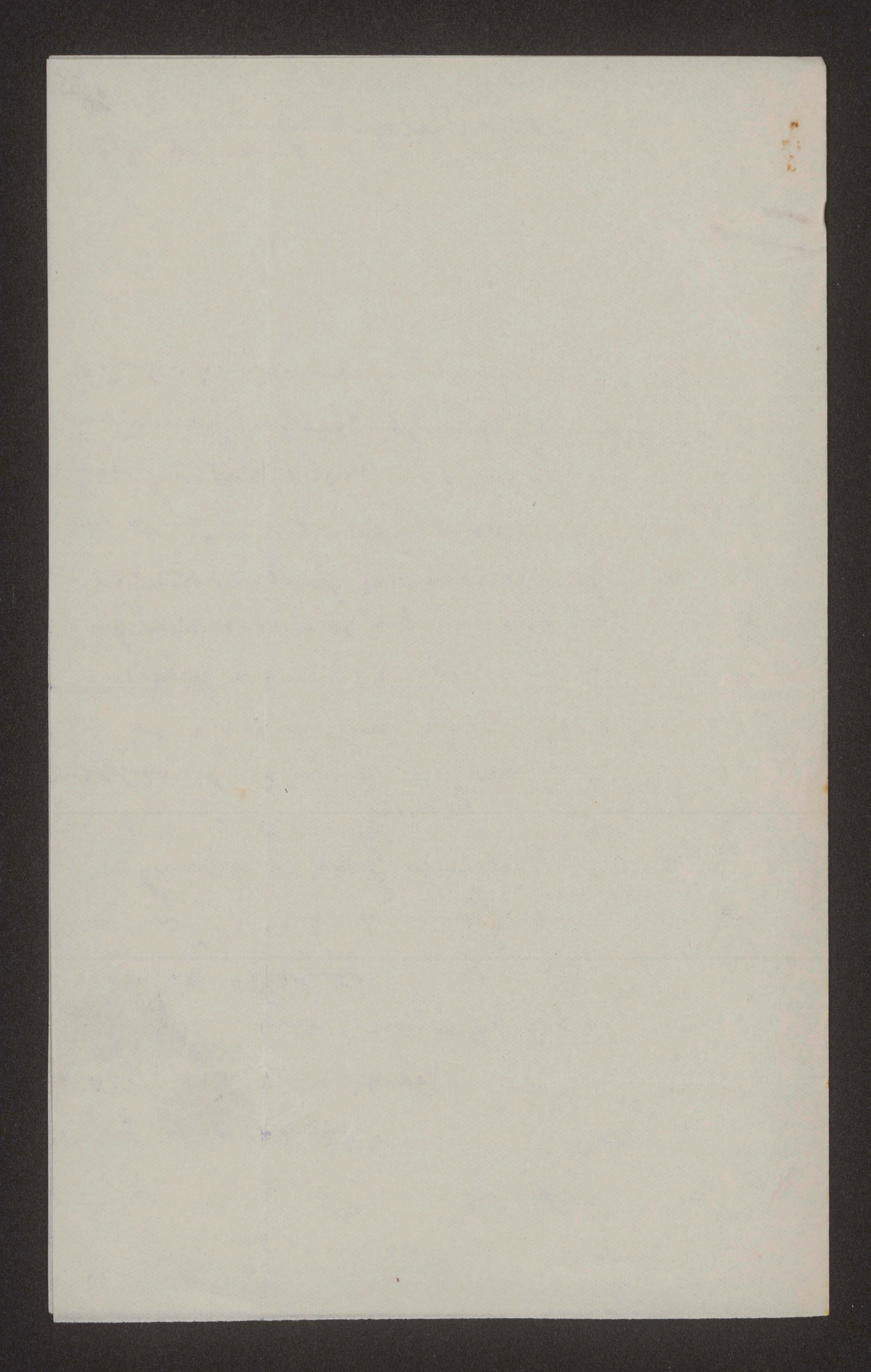
Kraków Wielopole 22
9. marca 1917

Ekscelencyo!

Załączony memoryał opracowała grupa stronnictw politycznych Śląska, z zamiarem przedłożenia go rządowi. Względy natury taktycznej spowodowały powstrzymanie wysyłki tego memoryału, poczuwam się jednak do obowiązku przedłożenia go Waszej Ekscelencyi, celem dania Ekscelencyi możności, i tą drogą, zapoznania się się z żądaniami i życzeniami panującemi wśród ludności śląskiej.

Racz Ekscelencyo przyjąć wyrazy głębokiego poważania

oddany
Herman Diamand



Memoryał

dotyczący ubezpieczenia narodowych praw i interesów ludności polskiej w Księstwie Cieszyńskiem.

/Na Śląsku Wschodnim/.

Austrya przechodzi okres przełomowy, a wedle woli miarodajnych czynników wiele rzeczy w obrębie Monarchii mają doznać przeistoczenia. Między innemi prawno-państwowa pozycya narodu polskiego w Austryi w krótce doczeka się stanowczego zwrotu. Ale podczas gdy galicyjscy Polacy z radosną nadzieją witają tę zmianę zapowiedzianą przez cesarskie pismo odręczne, to ów odłam Polaków w Austryi, który zamieszkuje wschodnią część kraju koronnego Śląska, to znaczy Księstwo Cieszyńskie, wyczekuje wyodrębnienia Galicyi i jego następstw z troską i niepokojem.

Nie znaczy to wcale, że niżej podpisani przeciw wyodrębnieniu Galicyi protestują; przeciwnie, dla naszych polskich rodaków w Galicyi, których dobro jest nam tak samo drogiem, jak nasze własne, wyodrębnienie Galicyi znaczy pożądane polepszenie ich położenia, to też całą duszą życzymy, żeby braciom naszym nareszcie przypadła w udziale ta reforma, za którą od lat dziesiątek tęsknią. Ale nasze własne położenie, które pod względem narodowym już dotąd o bardzo wiele gorszem było niż położenie galicyjskich Polaków, skutkiem rozluźnienia stosunków między Galicyą a zachodniemi prowincyami Austryi dozna jeszcze bardzo dotkliwego pogorszenia.

Podczas gdy bowiem w Sejmie galicyjskim Polacy posiadają zabezpieczoną większość, podczas gdy w Galicyi przewaga języka polskiego, w szkołach, sądach i urzędach oraz administracyach kraju, przez urzędników swojskich, przeważnie polskich, przedstawiają zdobycze zabezpieczone, którym nawet ciężkie przesilenie zewnętrzne lub wewnętrzne już nie może naprawdę zagrażać, to Polacy w Księstwie Cieszyńskiem w prawdzie w samem Księstwie Cieszyńskiem faktycznie stanowią wybitną większość ludności, ale skutkiem sprzęgnięcia Księstwa Cieszyńskiego /Śląska wschodniego/ razem z Księstwem Opawsko-Karniowskiem /Śląskiem zachodnim/, krajem nietylko geograficznie od Księstwa Cieszyń-

[illegible]

[illegible] Polsce [illegible] narodowych [illegible]
[illegible] w zaborze Cieszyńskim.

[illegible] Łask [illegible].

[illegible] przesiedlił okres [illegible], a wedle nich [illegible] czyniłem wiele [illegible] w ubiegłe [illegible] [illegible] poglądy [illegible] [illegible] w kr [illegible] odbywa się [illegible] zwrotu. [illegible] polityczny [illegible], widząc, że [illegible] przez [illegible] otrzymane, że [illegible] [illegible] wschodnich, [illegible] to [illegible] Cieszyńskie, [illegible] w [illegible] i [illegible].

[illegible] że [illegible] [illegible] protestują [illegible], dla [illegible] dobro jak [illegible] [illegible] [illegible] polskiego [illegible] [illegible], to [illegible] Czesi, którzy [illegible] w [illegible] [illegible], że [illegible] [illegible]. [illegible] Czechy [illegible] [illegible] [illegible] i [illegible] [illegible] narodowości [illegible] język [illegible].

[illegible] w [illegible] [illegible] w [illegible] [illegible], [illegible] w [illegible] [illegible] i [illegible] [illegible] [illegible] [illegible], przez [illegible] [illegible] [illegible] [illegible] [illegible] [illegible] [illegible], w [illegible] Cieszyńskim [illegible] [illegible] [illegible] [illegible] [illegible] [illegible] [illegible] [illegible] [illegible] [illegible] Cieszyński [illegible] [illegible] [illegible] [illegible] [illegible] [illegible] [illegible] [illegible] [illegible] [illegible] [illegible] Cieszyńskie [illegible]

skiego odosobnionym, ale także zamieszkanym przez ludność o zupełnie innym składzie narodowym, bo złożoną głównie z Niemców i Czechów. Polacy w Sejmie Śląskim stale są przez Niemców i Czechów majoryzowani, to zaś pociąga za sobą to nader smutne następstwo, że owa ochrona, którą w innych warunkach konstytucya austryacka daje językowi ojczystemu i swoistości nawet najdrobniejszego odłamu narodowościowego, dla trzechset tysięcy Polaków w Księstwie Cieszyńskiem po największej części nie istnieje. Wobec tej majoryzacyi, która szczególnie tam, gdzie chodzi o całkiem zazwyczaj fikcyjne pretensye narodowe Czechów, nieraz przechodzi w najbezwzględniejsze pogwałcenie, bylibyśmy całkiem bezbronni, gdyby w Radzie państwa tylko nasi właśni trzej posłowie polscy sprawę naszą prowadzili; ci nasi trzej przedstawiciele bowiem wobec ogromnej przewagi Niemców i Czechów w Parlamencie bodaj nigdy nie mogliby osiągnąć nic praktycznego. Jeżeli wogóle jeszcze posiadamy pewien szczątek współuprawnienia narodowego /mówić o równouprawnieniu, to byłoby zuchwałe zabarwianie faktów na różowo/, jeżeli już dawno nie ogłoszono ostatniej polskiej wioski w Księstwie Cieszyńskiem fikcyjnie za czeską i nie zczechizowano jej przymusowo, to zawdzięczamy to tak szczęśliwej dla nas okoliczności, że w Izbie Posłów Rady Państwa liczyć możemy na energiczną pomoc liczącego siedmdziesięciu członków Koła Polskiego, a nawet i w Izbie Panów na życzliwe poparcie licznych senatorów Polaków. Ale też właśnie dlatego nie tylko z ciężką obawą, ale wprost z przerażeniem wypatrujemy czasu, kiedy nasi trzej posłowie będą jedynymi Polakami w Parlamencie austryackim. Ponieważ w Izbie Posłów trzej posłowie nawet klubu utworzyć nie mogą, w Izbie Panów zaś nie będzie już ani jednego Polaka, więc w tej nowej erze, od której nas może już tylko kilka miesięcy dzieli, zgoła już nie będziemy mogli liczyć na żadne uwzględnienie naszych zażaleń i skarg.

A przecież nawet przy obecnym stanie rzeczy, przez wpływ galicyjskich rodaków naszych znacznie złagodzonym, dosyć mamy powodów do skarg i zażaleń. W Księstwie Cieszyńskiem najpiękniesze prawa konstytucyjne, które litera ustawy zapewnia polskiej narodowości, tak samo, jak każdej innej, niweczone są

przez to, że administracya kraju znajduje się prawie wyłącznie w rękach Niemców i Czechów, a Niemcy i Czesi w przeważnej ilości gmin i w przeważnej ilości wypadków istnienia polskiej ludności poprostu nie uznają. Przedewszystkiem zaś owa wprost śmiesznie drobna mniejszość, którą czescy mieszkańcy Księstwa Cieszyńskiego w samej rzeczy przedstawiają, od wielu lat uprawia poprostu fantastyczną politykę okupacyi kosztem polskiej większości. Czescy wójtowie i urzędnicy dyktatem swoim na dziesiątkach tysięcy polskich mieszkańców wbrew ich woli wyciskają pieczęć czeskości i niedopuszczają do tworzenia polskich szkół w polskich gminach; czescy inżynierowie i dyrektorowie przedsiębiorstw groźbą wypowiedzenia pracy a zarazem wypowiedzenia mieszkania zmuszają dalsze dziesiątki tysięcy polskich robotników do przyznawania się do czeskości i posyłania dzieci do czeskich szkółek. Wogóle w Księstwie Cieszyńskiem pod względem wewnętrznego uprawnienia pretensyi niemieckich a czeskich istnieje poważna różnica na niekorzyść tych ostatnich.

Ilość Niemców w Księstwie Cieszyńskiem statystyka urzędowa, którą przeprowadzono w sposób wcale nie bezstronny, podaje na niespełna 77 tysięcy. W rzeczywistości przypuszczać należy, że w tej cyfrze tkwi około dwudziestu pięć tysięcy Polaków, niesłusznie liczonych za Niemców, tak, że pozostaje 52.000 rzeczywistych Niemców. Kiedy zaś całkowita ilość mieszkańców Księstwa Cieszyńskiego /a więc powiatów bielskiego, cieszyńskiego, frysztackiego i fryderckiego wraz z autonomicznemi miastami Bielskiem i Frydkiem/ wedle spisu z 1910 roku wynosi około 435.000 dusz, to rzeczywisty odsetek Niemców ocenić by należało na niespełna 11%. Co prawda, nie byłoby to zgodnem z objektywnym stanem rzeczy, gdybyśmy twierdzić chcieli, że Niemcy w Księstwie Cieszyńskiem okazują polskim swoim współobywatelom życzliwość, miłość sprawiedliwości lub chociażby tylko owo minimum tolerancyi, jakie się gdzieindziej między ludźmy cywilizowanymi praktykuje. Ale nawet najbardziej zacietrzewiony przeciwnik nie może zaprzeczyć, że ta mniejszość niemiecka od stuleci jest w kraju osiadłą, oraz że zajmowała ona od dawna i jeszcze zajmuje ważne stanowisko tak w gospodarczem jako też i w politycznem życiu kraju, i to właśnie w ośrodkach kraju w szczególnie wysokim stopniu. Niemcy na Śląsku wschodnim

mają wiele niesłusznych pretensyi; ale poważnego znaczenia w życiu publicznym żaden rozumny człowiek zaprzeczyć im nie może.

Całkiem inaczej rzecz się ma z Czechami w Księstwie Cieszyńskiem. Przedewszystkiem istotna ich ilość jest znacznie mniejszą niż ilość Niemców, pomimo, że urzędowa statystyka podaje liczbę Czechów na prawie 116.000. Albowiem sposób, jak się w Księstwie Cieszyńskiem garstce ruchliwych a bezwzględnych przybyszów czeskich udało uczynić statystykę urzędową, z uszczerbkiem prawdy, narzędziem swoich celów, jest poprostu jedyny na świecie. Wszak jest to fakt notoryczny, na który kompetentni fachowcy z całym naciskiem wskazali, że statystyka urzędowa wykazuje w obwodzie sądowym bogumińskim, frysztatskim i polsko-ostrawskim, dziesiątki tysięcy rzekomych Czechów, którzy wedle tej samej urzędowej statystyki przynależni są do czysto polskich powiatów Galicyi zachodniej, jak wielicki, wadowicki i.t.d.! Wszyscy ci polscy robotnicy /o górników i robotników fabrycznych bowiem głównie chodzi/ nie stali się oczywista na poczekaniu Czechami; nie, tylko przeprowadzenie spisu ludności leżało /aby użyć słownictwa odnośnej ustawy/ w rękach "odpowiednich ku temu jednostek" narodowości czeskiej. To samo z resztą działo się i poza zagłębiem węglowem wszędzie tam, gdzie ster gminy ujęła była w swe ręce klika przybyszów czeskich. Liczba tych Czechów - immigrantów jest zazwyczaj wprost nieproporcyonalnie mała; ale ponieważ zajmują oni wpływowe stanowiska jako dyrektorowie fabryk, inżynierowie górniczy i t.d. na służbie niemieckich kapitalistów, więc od każdego z nich zależne są setki Polaków, a tę zależność wyzyskuje się politycznie, co ostatecznie i w odpowiedniej "poprawce" statystyki się wyraża. Zapewne nie jest to przesadną oceną, jeżeli przypuszczamy, że niesłusznie za Czechów liczono w obwodzie sądowym cieszyńskim około 4.000, w obwodzie sądowym bogumińskim około 8.000, w obwodzie sądowym frysztatckim około 14.000, w obwodzie sądowym frydeckim około 15.000, w mieście Frydku około 1.000, wreszcie w obwodzie sądowym polsko-ostrawskim około 32.000 Polaków. Rzeczywista liczba Czechów w roku 1910 wynosiła więc wedle wszelkiego prawdopodobieństwa niespełna 4[illegible].000 dusz. Natomiast liczbę Polaków w Księstwie Cieszyńskiem, którą spis urzędowy z 1910 roku podaje na 233.850 dusz, należy, wliczając dwadzieścia pięć tysięcy Polaków niesłusz-

[illegible] za Niemców liczonych, oraz niemniej jak, 74.000 Polaków niesłusznie liczonych za Czechów, ocenić na około 333.000. Znaczy to, że faktyczna ilość Polaków ma się do ilości Niemców i Czechów jak 333: 52:42, w szczególności zaś ilość Polaków do ilości Czechów jak 111 : 14, czyli prawie jak 8 : 1. Jeżeli tedy, zgodnie z konstytucyą austryacką, obowiązywać ma równe prawo dla wszystkich, to przeciętnie dopiero na 8 polskich klas szkolnych powinna by przypadać 1 czeska klasa. W rzeczywistości panuje raczej odwrotny stosunek. Tylko najmizerniejsze, jedno i dwa klasowe szkółki ludowe, zupełnie nie wystarczające dla dzisiejszych potrzeb oświatowych ludności w znacznej mierze przemysłowej, istnieją w liczbie proporcyonalnej do liczby polskich mieszkańców. Natomiast w roku 1909 z pośród 78 szkół ludowych cztero i pięcio klasowych było tylko 18 polskich, ale nie mniej jak 20 czeskich! W tym samym czasie Czesi mieli 4 szkoły wydziałowe, Polacy zaś tylko jedną, której otwarcie dopiero po pokonaniu najzacięteszego oporu właśnie w owym roku 1909 im się udało. Aż do owego roku więc na polskich mieszkańców, których było znacznie więcej, niż 300.000, nie przypadała ani jedna szkoła wydziałowa, natomiast już na każde dziesięć tysięcy Czechów przypadała 1 szkoła wydziałowa. Chociaż więc niewątpliwem jest, że Polacy w Księstwie Cieszyńskiem i na korzyść Niemców są upośledzeni, to upośledzenie ich na korzyść Czechów jest jeszcze o wiele jaskrawsze i działa na patryotyczną ludność polską poprostu podburzająco. Polacy z Księstwa Cieszyńskiego od początku wojny nietylko z poświęceniem pełnią swoje obowiązki wojskowe, ale ponadto także dobrowolnie dostarczyli blisko 1000 ochotników do Legionów Polskich, a waleczność i poświęcenie tych śląsko-polskich ochotników miarodajne powagi kilkakrotnie gorąco uznały. Czesi w Księstwie Cieszyńskiem i gdzieindziej nie mogą się pochwalić choć najmniejszem świadczeniem tego rodzaju. Tem większe zgorzknienie wywołać musi u Polaków śląskich fakt, że nawet najcięższe ofiary mienia i krwi nie były w stanie zdobyć im szanowanego stanowiska równouprawnionych obywateli, że przeciwnie grozi im dalsze pozbawienie praw.

Zupełnie tosamo, co szkolnictwa, tyczy się także użytku polskiego języka w sądownictwie i w administracyi państwowej i gminnej.

nej. Wszędzie Polacy pokrzywdzeni są w swoich prawach konstytucyjnych, tak w stosunku do Niemców i jak przedewszystkiem w stosunku do Czechów. A na wytłomaczenie tej ostatniej praktyki nie można przytoczyć żadnych względów techniczno-administracyjnych, w rzeczywistości bowiem istnieje w Księstwie Cieszyńskiem tylko jedna jedyna okolica, gdzie zwłaszcza większość rodzimej ludności mówi narzeczem morawskiem, a zatem przynależnem do języka czeskiego, mianowicie skrajny kąt południowo-zachodni. Chodzi o mniejwięcej dwadzieścia gmin góralskich o przeważnie dość słabem zaludnieniu, które zajmują zachód i południe frydeckiego obwodu sądowego, podczas gdy już w sąsiednim obwodzie sądowym polsko-ostrawskim ludność, wbrew spisowi grubo przekręconemu przez prowadzących go Czechów, jest do więcej niż/4 czterech piątych polską. Poza owym kątem południowo-zachodnim zaś w całej zachodniej połowie Księstwa Cieszyńskiego, a zatem nietylko w obwodzie sądowym polsko-ostrawskim wraz z polskiemi gminami obwodu sądowego frydeckiego, ale także w obwodach sądowych frysztackim i bogumińskim oraz w całym szeregu gmin obwodu sądowego cieszyńskiego, prawie wszędzie panuje jaskrawa dysproporcya między ilością Czechów a wpływem politycznym, jaki sobie umieli przywłaszczyć.

przytem pod uwagę wziąć należy, że Polacy w Księstwie Cieszyńskiem bynajmniej nie są szczątkiem narodowościowym, zamierającym i skazanym na naturalną śmierć. Wprost przeciwnie. Faktyczna ilość Polaków w Księstwie Cieszyńskiem wciąż rośnie, a przyczyna tego xxxxxxx wzrostu jest stałą i niezmienną. Albowiem dzięki niewyczerpanemu bogactwu węgla kamiennego, które nasza ziemia kryje, mały nasz kraj stał się siedliskiem wielkiego przemysłu, i to wielkiego przemysłu, który stale rośnie i jeszcze przez szereg pokoleń rosnąć będzie; a wraz z rozmiarami przedsiębiorstw przemysłowych rośnie także zapotrzebowanie sił roboczych, których ten przemysł wciąż nowe tysiące ku sobie przyciąga; pokrywa się zaś to zapotrzebowanie sił roboczych głównie drogą immigracyi z polskich wsi Galicyi zachodniej, a żadnym innym sposobem pokryćby go nie można. Jedynie gwałtowne zburzenie fabryk i zasypanie kopalń mogłoby powstrzymać/8/ wzrost żywiołu polskiego w Księstwie Cieszyńskiem. O ile zaś przemysł nie przestanie istnieć, to liczba Polaków z obecnych 76% wzrośnie do 80% i więcej. Jeżeli tedy jednocześnie

zachowane zostaną obecne stosunki prawno-polityczne , to krzywda wyrządzona Polakom z każdym rokiem stanie się większą i trudniejszą do zniesienia .

Ale niestety czeka nas nietylko uwiecznienie dotychczasowej krzywdy , ale i ciężkie pogorszenie jej oraz zniszczenie naszych praw narodowych, tak ciężko wywalczonych z takich szczupłych. Bowiem w szerokich kołach Niemców i Czechów pojmuje się zapowiedziane wyodrębnienie Galicyi jako wykluczenie Polaków , poniekąd za karę , ze związku krajów w Radzie Państwa reprezentowanych:, a jako naturalną konsekwencyę tego zapatrywania wyłania się opinia , że po dokonanem wykluczeniu Galicyi w tych krajach koronnych które na czas jeszcze w ściślejszym związku Austryi zachodniej pozostaną , już dla żadnych Polaków nie będzie miejsca . Czechów natomiast taka konsekwencya tyczyć się nie może , oni bowiem w nowej Austryi zachodniej i jej Radzie Państwa po Niemcach staną się będą narodowość najliczniejszą i najsilniejszą , to też z nimi , szczególnie w obec rozdrobnienia sił niemieckich na kilka stronnictw wzajemnie się zwalczających , na każdym kroku trzeba się będzie liczyć . Z tego wynika , że nieunikniony kompromis czesko-niemiecki zawarty będzie naszym kosztem . Musimy więc być na to przygotowani , że już w ciągu najbliższych lat po ustąpieniu galicyjskich posłów z Rady Państwa zamknie się w Księstwie Cieszyńskiem ostatnią szkołę polską i wyrzuci się poza nawias sądownictwa i administracyi ostatnie polskie słowo. Położenie nasze stanie się prawie tak beznadziejnem , jak położenie Królewiaków przed wojną .

Że jednak taka klęska nas spotkać właśnie w tym samym czasie , kiedy dotychczasowy zabór rosyjski , uczyniony samodzielnym państwem ma zarazem się pozbyć wszelkiego ucisku narodowego , to u Polaków w Księstwie Cieszyńskiem wywołać musi głębokie rozgoryczenie . Nie mamy potrzeby zapewniać rządu wielokrotnie o naszej lojalności , bo wierność naszą w obec państwa dowiedliśmy czynami , ilekroć była ku temu okazya , ale mimo wszystko chyba roztropność polityczna nakazuje ,żeby wypróbowanej wierności Polaków w Księstwie Cieszyńskiem nie wystawiać na próbę już zbyt nieludzko ciężką .

Wszystkim tym szkodom i niebezpieczeństwom możnaby radykalnie zaradzić , gdyby wysoki rząd mógł się zdecydować

na to , żeby jednocześnie z zapowiedzianem rozszerzeniem autonómji królestwa galicyjskiego rozszerzył także terytorium Galicyi przez wcielenie Księstwa Cieszyńskiego . Toby i naszym życzeniom doskonale odpowiadało , gdyż istotnym ideałem Polaków w Austryi jest połączenie wszystkich polskich dzielnic w obrębie granic austryackich w jednolite autonomiczne ciało administracyjne. Za wcieleniem Księstwa Cieszyńskiego do Królestwa Galicyi możnaby zresztą przytoczyć także poważne argumenty historyczne, i to nie tylko dlatego, że niektóre z pośród najzachodniejszych powiatów Galicyi zachodniej / dawne księstwa Oświęcimskie i Zatorskie/ niegdyś do Śląska należały , ale przedewszystkiem dlatego , że cały Śląsk był pierwotnie częścią Polski. Wszak dynastya ,która od 1290 do 1653 w Cieszynie rezydowała , była gałęzią polskiego domu królewskiego Piastów. Ponieważ jednak dobrze wiemy , że w teraźniejszości na takie rozwiązanie kwestyi nie zgodziłby się ani rząd , ani też niemieccy nasi współobywatele, więc niniejszem zwracamy się do Wysokiego Rządu z propozycyą zabezpieczenia praw i interesów naszych za pomocą reformy skromniejszej , pozostającej w zupełnej harmonji z zasadami konstytucyi austryackiej i historycznemi tradycyami Austryi. Mamy na oku <u>terytoryalny rozdział sejmu śląskiego</u> , tak, żeby Księstwo Cieszyńskie / złożone z powiatów bielskiego , cieszyńskiego, frysztackiego i frydeckiego wraz z miastami Bielskiem i Frydkiem / miało swój własny sejm i wydział krajowy z siedzibą w Cieszynie , księstwo opawsko-karniowskie zaś otrzymałoby osobny sejm i wydział krajowy z siedzibą w Opawie, podczas gdy namiestnictwo mogłoby pozostać wspólne dla obu księstw.

Taka reforma nie byłaby bynajmniej w życiu konstytucyjnem Austryi niesłychaną jakąś inowacyą ;, nie byłaby dysharmonijną jakąś łataniną lekceważącą istniejące instytucye, byłaby raczej tylko częściowem rozszerzeniem budowli ,z pietyzmem zachowującem tradycyjny jej styl. Wszak i Pobrzeże adryatyckie ma wspólne namiestnictwo, a trzy odrębne sejmy , jeden dla Istryi, drugi dla Gorycyi i Gradyski , trzeci dla Tryestu ; wszak i Przedarulanie również ma osobny sejm , pomimo że rządzi nią ,wraz z Tyrolem , namiestnictwo w Insbruku., A przecież wedle spisu z 1910 roku Istrya

miała niespełna 404.000 mieszkańców, Gorycya z Gradyską około 261.000, a Tryest z przyległościami tylko około 230.000, podczas gdy Przedarulenia nawet tylko około 146.000 mieszkańcami chlubić się mogła. Księstwo Cieszyńskie, które w tymże roku 1910 około 435.000 mieszkańców liczyło, jest więc ludniejsze, niż każda z tych czterech dzielnic, od dawna już cieszących się własnym sejmem; w przeszłości było przez kilka stuleci osobnem państewkiem z osobnym księciem na czele, a wtórne następstwa prawne tego faktu częściowo jeszcze dzisiaj trwają, czego dowodem istnienie i w teraźniejszości tytułu księcia cieszyńskiego; wreszcie Księstwo Cieszyńskie posiada wszelkie warunki dalszego szybkiego wzrostu zaludnienia. Czask dnia 31 grudnia 1880 roku ludność Księstwa Cieszyńskiego wynosiła dopiero 269.683 dusz, co wobec tego, że dnia 31 grudnia 1910 roku na tym samym obszarze liczono 434.821 mieszkańców, równa się przyrostowi 62% w ciągu 30 lat. Że Księstwo Cieszyńskie jest małe, to więc wcale nie może stanowić zarzutu przeciwko naszemu projektowi. Nie można też Księstwu zarzucić braku indywidualności historycznej, nie można wreszcie zarzucić projektowi naszemu, żeby dla niego w nowoczesnem życiu konstytucyjnem Austryi brakło precedensów.

Proponując tedy utworzenie dla Śląska wschodniego osobnego sejmu i wydziału krajowego z siedzibą w Cieszynie, nie łączymy z tym projektem żadnego żądania specyalnego jakiegoś uprzywilejowania polskich wyborców sejmowych, ani też żadnych szczególnych bezpieczeństw lub gwarancyi na ich korzyść. Przeciwnie, ponieważ jesteśmy większością, więc najprostszy i najsprawiedliwszy system wyborczy jest dla nas najlepszym. Powszechne, równe, bezpośredni i tajne prawo wyborcze do sejmu dla wszystkich pełnoletnich obywateli państwa, zamieszkałych w Księstwie Cieszyńskiem od trzech miesięcy, w zupełności by wystarczało, aby nam dać pewność, że w sejmie cieszyńskim nic złego nam się stąd nie może. Coprawda, niezbędną jest przesłanka, że ci mieszkańcy Księstwa Cieszyńskiego, którzy pochodzą z Galicyi, i w przyszłości, w myśl przyszłej sejmowej ustawy wyborczej, uważani będą za obywateli państwa; ponieważ bowiem z przybyszów galicyjskich rekrutuje się największa część sił roboczych wielkiego przemysłu u nas, tak, że bez nich

racyonalne korzystanie z bogactw kopalnych naszej ziemi byłoby niemożliwe, więc sprawiedliwość wymaga, żeby im przyznać pełny udział w decyzyach o sposobie użytku skarbów przy ich pomocy uprzystępnionych.

Po przeprowadzeniu tej proponowanej przez nas reformy, która oszigodnemu pojęciu historycznemu Księstwa Cieszyńskiego nadać ma nową żywotną treść, spodziewamy się pokojowego rozwiązania zatargów narodowych, jakie w naszym pracowitym kraiku niestety prawie wszędzie wybuchły. Raz na zawsze zniknęła by okoliczność, tyle zgorzknienia i rozdrażnienia wywołująca, że w sporze o to, czy w tej czy owej gminie Księstwa Cieszyńskiego należy się polskiej większości polska szkoła czy nie, koniec końców nie decydują ani miejscowi Polacy, ani miejscowi Niemcy czy Czesi, tylko ktoś trzeci, na uboczu stojący, kogo ta sprawa właściwie nie nie obchodzi, mianowicie Niemcy i Czesi zamieszkali w Księstwie Opawskiem, przyczem szczególnie Czesi z Księstwa Opawskiego wcale nie rozstrzygają takich sporów na podstawie dokładnego poznania miejscowego stanu rzeczy, tylko na podstawie dyktatu idącego z Pragi. Hasło własnego sejmu jest więc dla nas pod wieloma względami równoznaczne z hasłem "Odłączmy się od Pragi!" a urzeczywistnienie tego hasła będzie zbawiennem dla Księstwa Cieszyńskiego i dla całokształtu monarchii.

Co się zaś tyczy obawy, że faktyczne przeprowadzenie równouprawnienia polskiej większości w Księstwie Cieszyńskiem mogłoby szkodę przynieść mniejszości niemieckiej, to obawa ta, aczkolwiek pozornie prawdopodobna, w rzeczywistości wcale uzasadnioną nie jest. Z jednej strony bowiem Niemcy w Księstwie Cieszyńskiem posiadają nadzwyczaj silne placówki społeczne; wszak klucze magnackie są wszystkie, kopalnie prawie wszystkie w rękach niemieckich. Mając takie punkty oparcia, Niemcy zawsze będą w stanie bronić swoich praw narodowych jak najskuteczniej. Z drugiej strony zaś nie leży to wcale w naturze i skłonnościach polskich mieszkańców naszego kraju, żeby chcieli swawolnie naruszać prawa niemieckich współobywateli swoich. Nigdyśmy nie przeciwko temu nie mieli, żeby niemieckie dzieci do szkół niemieckich chodziły, albo żeby Niemiec, dochodząc praw swoich przed sądem, po niemiecku mówił.

po niemiecku mówił. Żądamy tylko, żeby dla polskich dzieci otwarto dostateczną ilość dobrych szkół polskich, oraz żeby i Polak mógł się z sędziami i urzędnikami porozumiewać w swoim własnym języku ojczystym. Ani nam przez myśl nie przechodzi, żeby chcieć ignorować ową rolę historyczną, którą mowa niemiecka już od XIII. stulecia w kraju naszym odegrała. Nie żywimy więc bynajmniej zamiaru usunięcia mowy niemieckiej gdziekolwiek, gdzie ona odpowiada potrzebom jakiegokolwiek odłamu współobywateli naszych; chcemy tylko obok mowy niemieckiej postawić naszą polską mowę ojczystą, jako równouprawnioną.

Inaczej, co prawda, przedstawia się sprawa czeskich pretensyi w Księstwie Cieszyńskiem. Tylko we frydeckim obwodzie sądowym uznajemy czeską narodowość, jako miejscową, poza tym jednym obwodem sądowym Czesi są zazwyczaj intruzami, których potęga opiera się na nadużyciach terrorystycznych. Uprzątnięcie tych nadużyć nakazuje w równej mierze i sprawiedliwość i interes państwa.

Zwracamy się więc do Wysokiego Ministerium z uniżoną prośbą, żeby raczyło drogą prawowitą w jak najkrótszym czasie do urzeczywistnienia doprowadzić utworzenie osobnego sejmu i wydziału krajowego dla Księstwa Cieszyńskiego to znaczy dla powiatów bielskiego, cieszyńskiego, frysztackiego i frydeckiego, wraz z miastami Bielskiem i Frydkiem.

Dodatkowo pozwalamy sobie wskazać jeszcze na niektóre specyalne trudności, których usunięcie jeszcze by znacznie powiększyło pożytek z proponowanej przez nas reformy.

Pierwsza a największa z tych trudności polega na tem, że katoliccy mieszkańcy Księstwa Cieszyńskiego są w sprawach kościelnych bezpośrednio zależni od zwierzchności znajdującej się poza monarchią austro-węgierską; albowiem Księstwo Cieszyńskie należy do dyecezyi wrocławskiej. Anomalia ta pociąga za sobą bardzo dotkliwe niedogodności, bo przy obsadzaniu biskupstwa wrocławskiego decydują obok kościelnych także polityczne względy, a mianowicie względy na wewnętrzną politykę Prus, która, jak wiadomo, w kwestyach narodowych całkiem innego jest typu, niż wewnętrzna polityka Austryi. Tak się tłómaczy, że owa niesprawiedliwa i niemiłosierna polityka, której się dotąd niestety trzymały władze

pruskie względem polskich swoich poddanych, wiernie się odzwierciedla w polityce kościelnej dyecezyi wrocławskiej. Wystarczy przypomnieć wprost fanatycznie antypolską działalność biskupa Koppa, która to działalność była dla katolików polskich w Księstwie Cieszyńskiem źródłem najcięższej zgryzoty. Aby więc na przyszłość zapobiec powrotowi takich nieznośnych stosunków, proponujemy niniejszem, żeby c.k. rząd zwrócił się do Kuryi Apostolskiej w sprawie odłączenia Księstwa Cieszyńskiego od dyecezyi wrocławskiej a przyłączenia jej go do arcydyecezyi krakowskiej.

Dalszą trudność stanowi okoliczność, że wyższa sądowa instancya apelacyjna dla Księstwa Cieszyńskiego ma swą siedzibę w kraju o innej mowie ludowej, skutkiem czego wcale nie uwzględnia polskiej narodowości w Księstwie Cieszyńskiem. Dotychczas taką instancyą jest wyższy sąd krajowy w Bernie; obecnie zamierza się utworzyć osobny wyższy sąd krajowy dla Śląska w Opawie. Ale językami urzędowymi wyższego sądu krajowego w Bernie są wyłącznie niemiecki i czeski, co dla klientów polskich znacznie uszczupla i przystępność i pożyteczność jurysdykcyi. A także ewentualne przydzielenie Księstwa Cieszyńskiego do przyrzeczonego wyższego sądu krajowego w Opawie samo przez się jeszcze nie dałoby rękojmi naprawy złego. Wobec tego zwracamy się do Wysokiego Rządu z usilną prośbą, żeby przy wyższym sądzie krajowym kompetentnym dla Księstwa Cieszyńskiego, mniejsza o to czy się sąd ten zostawi w Bernie czy też przeniesie się go do Opawy, utworzono osobny senat polski, któryby, złożony z sędziów polskiej narodowości, przyjmował podania po polsku pisane, prowadził i protokółował rozprawy po polsku i wyroki po polsku wydawał.

Co się wreszcie tyczy politycznej administracyi kraju, to przesłanką naszego projektu podziału sejmu i wydziału krajowego jest, że Namiestnictwo ma dla obu Księstw, Cieszyńskiego i opawsko-karniowskiego, pozostać wspólnem. Natomiast stawiamy żądania słuszne a łatwe do spełnienia, żeby, gdy Polacy faktycznie stanowią około trzy siódme ludności Śląska austryackiego, i personal namiestnictwa w przyszłości składał się do trzech siódmych z Polaków, oraz żeby w politycznej administracyi Księstwa Cieszyńskiego na przyszłość mowa polska zajęła stanowisko równe niemieckiej, a wyższe, niż czeska.

[illegible] politycznych podstawach, stanie się uczest-
[illegible] w polityce [illegible] dynastii [illegible]. Wszystkie
przyczyny [illegible] wypadkach [illegible]

[illegible], które to [illegible], gdy się [illegible], [illegible]
[illegible] [illegible] zasięgnęłyby. [illegible]
[illegible] i takich elementów, [illegible]
[illegible], jeśli c.k. rząd zwróci się do Rzeszy [illegible]
[illegible] odłączenia [illegible] od dynastii [illegible]
i przyjęciu [illegible] do współpracy [illegible].

[illegible] trudności [illegible], że [illegible]
[illegible] społecznych [illegible] wszystkich [illegible]
w kraju i [illegible] ludności, [illegible]
[illegible] politycznych [illegible] pojednawczych [illegible]
[illegible] i [illegible] zewnętrznej [illegible]
[illegible] krajowe [illegible]
[illegible] wsparcia [illegible] i [illegible]
[illegible] i [illegible], [illegible]
[illegible] i przyczyn i podstawowej [illegible].
[illegible] przedstawiciele [illegible] do [illegible]
[illegible] jest [illegible]
[illegible] strony [illegible]
[illegible] krajowe [illegible]
[illegible]
[illegible] przekonuje się, że [illegible]
[illegible] polityki, [illegible] polityki [illegible]
[illegible], przyjmować [illegible] plenum, przewidzi i pro-
[illegible] po [illegible] i wreszcie po [illegible].

Jeśli [illegible] pracy politycznej [illegible] kraju,
[illegible] projekty [illegible] krajowe-
[illegible], że [illegible] dla [illegible], [illegible] i [illegible]
[illegible]. [illegible]
[illegible], gdy [illegible]
[illegible] i [illegible], i [illegible]
[illegible] w przyszłości [illegible], do [illegible] z [illegible],
[illegible]
[illegible] wszelkie [illegible], [illegible],
[illegible].

Do pozostałych centralizacyi państwowych, których działalność rozciąga się na cały Śląsk austryacki, jak do dyrekcyi poczty oraz do krajowej dyrekcyi skarbowej, odnosi się to samo co do namiestnictwa. Nie żądamy podziału, ale żądamy powołania urzędników Polaków w liczbie dostatecznej, to znaczy proporcyonalnej do faktycznej ilości mieszkańców Polaków, tudzież żądamy równouprawnienia języka polskiego jako zewnętrznego i wewnętrznego języka służbowego z niemieckim.

Bil 24 49

Eure Kaiserliche und Königlich-Apostolische

Majestät !

Allergnädigster Kaiser, König und Herr !

8 V 17

An dem glückverheissenden Tage, an dem Eure Majestät zum ersten Male als Herrscher dieses Reiches unser Land und seine altehrwürdige Königsstadt zu betreten die Allerhöchste Gnade haben, beeilt sich das Präsidium des reichsrätlichen Polenklubs an den Stufen des Allerhöchsten Trones zu erscheinen, um Eurer Majestät im Namen des polnischen Volkes in Galizien als dessen parlamentarische Vertretung die ehrfurchtsvollsten Gefühle unwandelbarer Treue und tiefsten Ergebenheit alleruntertänigst zu unterbreiten.

Fast drei schwere Kriegsjahre lasten auf dem Lande und dessen Bevölkerung. Als Vormauer des Reiches hatte das Land unter dem Anprall des Feindes hartes Ungemach zu erleiden. Viele Söhne unserer Heimat haben freudig ihr Blut fürs Vaterland vergossen. Die Nachwehen des noch andauernden Weltkrieges belasten alle Schichten der zurückgebliebenen Bev-ölkerung. Ueber all diesen Leiden stand und steht die Treue zum Ah. Kaiserhause und dem erhabenen Träger der Krone.

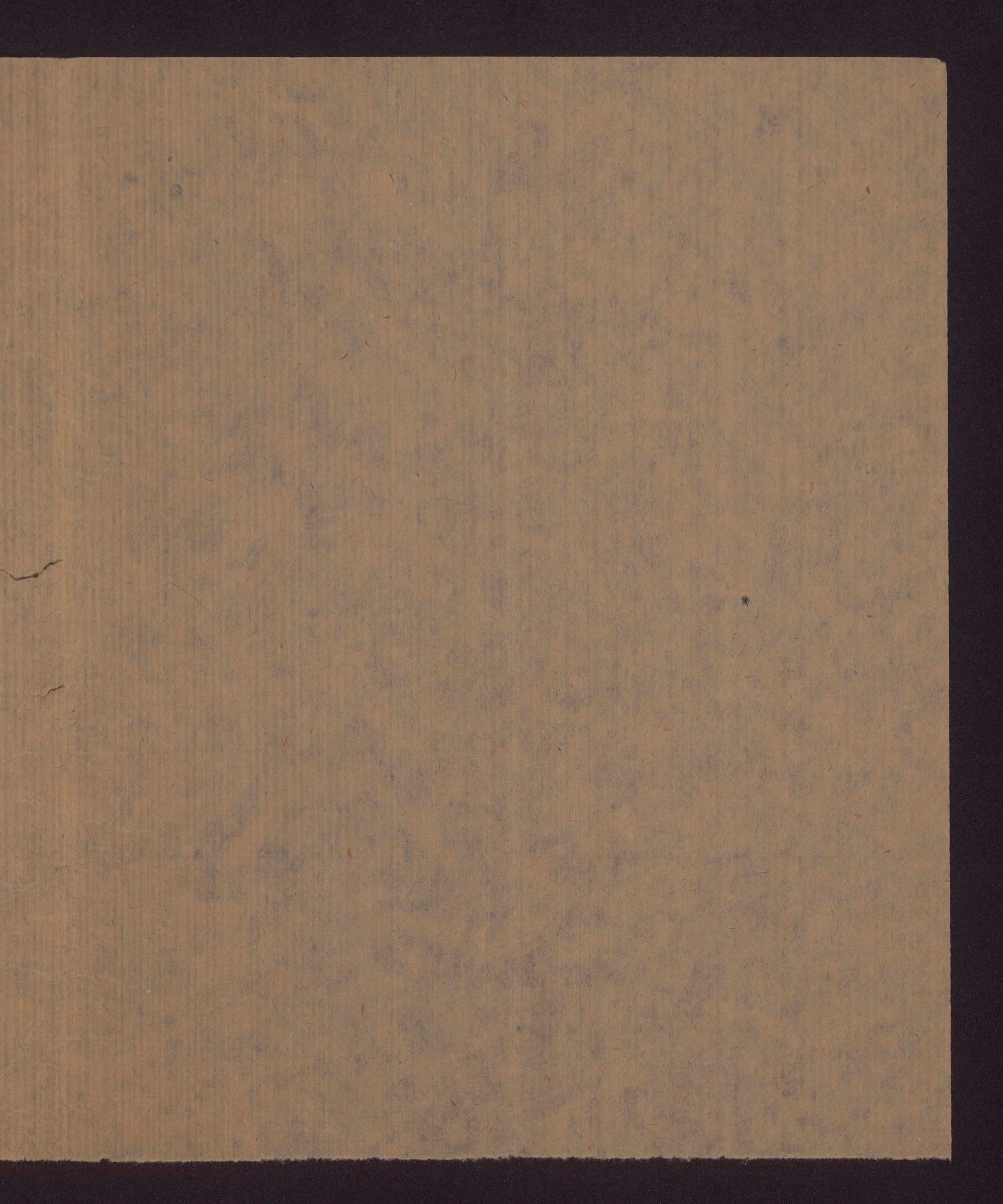
Eurer Majestät unvergesslicher grosser Vorgänger auf dem Trone, der gütigste edelste Schützer des so unglücklichen polnischen Volkes, hat in Allerhöchstseiner hohen staatsmännischen Weisheit als Erster in Europa die Bedeutung des polnischen Volkes für die Monarchie und die westeuropäische Kultur erkannt. Er förderte durch ein halbes Jahrhundert unsere nationalen und kulturellen Bestrebungen mit väterlicher, nie versagender Huld und erwarb Sich in allen polnischen Herzen Gefühle innigster kindlicher Liebe und unversiegbarer Dankbarkeit.

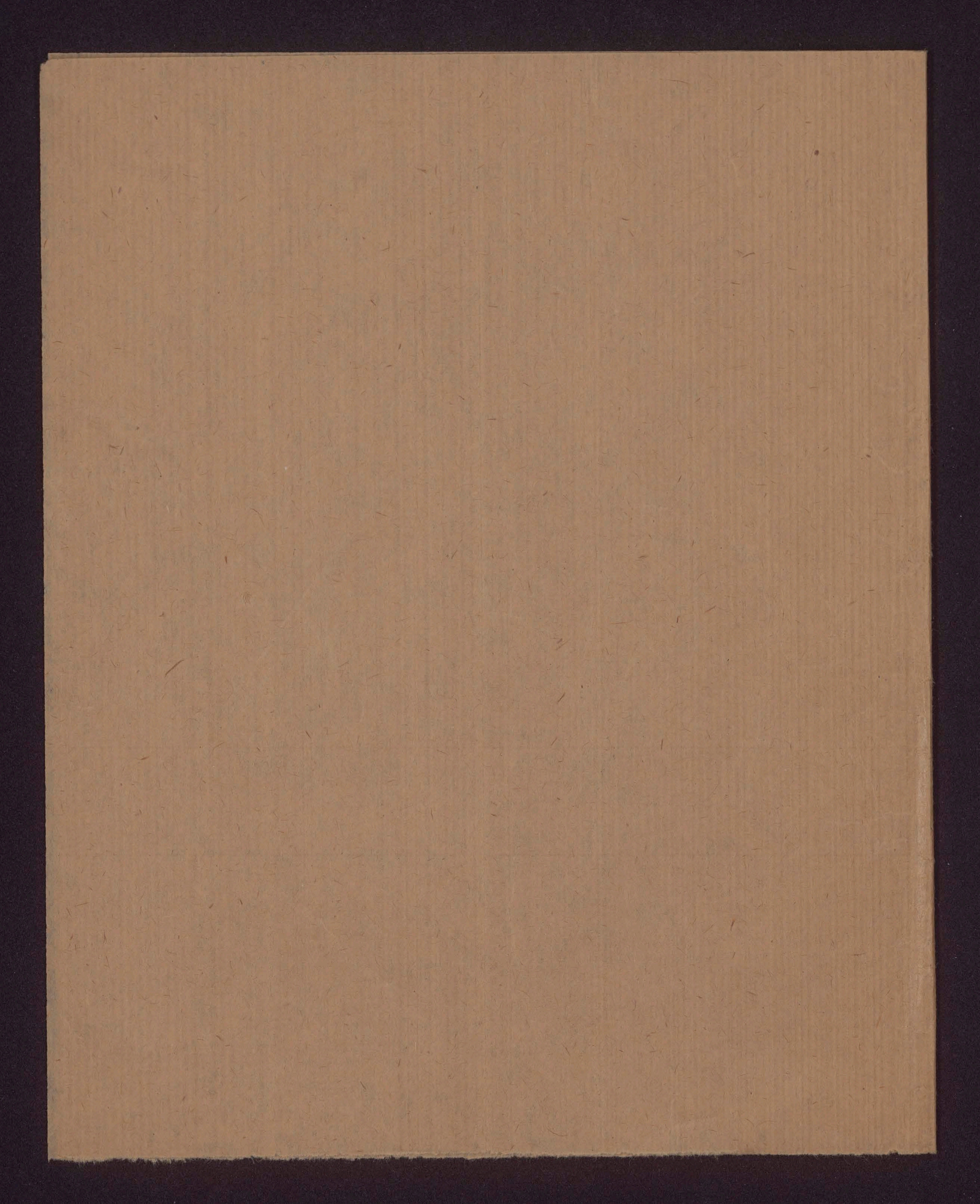
./-

Wir haben es bereits dankbarst vernommen, dass Eurer Majestät für Alles Edle so empfängliches Herz von denselben Gesinnungen für unser Volk beseelt ist, welche dem Herzen Seiner Majestät des höchstseeligen Kaisers Franz Josef eigen waren.

Fast in den letzten Tagen Seines in der Weltgeschichte gross verzeichneten Lebens hatte der höchstselige Monarch dem polnischen Volke zwei hochbedeutsame Staatsakte gewidmet : das im Vereine mit Ah. Seinem mächtigen Verbündeten erlassene Manifest über die Errichtung eines selbstständigen polnischen Staates und das Ah. Handschreiben über die Neugestaltung Galiziens. Das ganze polnische Volk wird Eurer Majestät für die Allergnädigste Verwirklichung des auch den Interessen der Monarchie dienenden grossen politischen Erbes die tiefste Dankbarkeit bewahren.

Gott erhalte, Gott beschütze, Gott segne Eure Majestät, Ihre Majestät die Allerdurchlauchtigste Kaiserin und Königin sowie die Ah. Kaiserliche Familie.-





Poufne [1917] 114 51

Na posiedzeniu Koła sejmowego dnia 28. maja b.r. członkowie stronnictwa konserwatywnego krakowskiego mieli poważne wątpliwości co do wniosku, który przyszedł pod uchwały. Ostatecznie jednak odstąpili od zapowiedzianej poprawki, wychodząc z założenia, że wniosek ów razumieć należy jako wyraz zgodnych uczuć i aspiracyi społeczeństwa polskiego i że przyjęcie tego wniosku nie będzie użyte do burzenia tego, co obecnymi warunkami jest podyktowane. W przypuszczeniu tem doznali zawodu. Uchwały powziętej w dniu 28. maja w Krakowie niektóre stronnictwa użyły zaraz i używają dalej na to, ażeby w Królestwie wywrócić Radę Stanu i nie dopuścić do utworzenia rządu polskiego i wojska, w Galicyi zaś posługują się nią, ażeby zerwać z polityką, której się Polacy od pół wieku z dobrym skutkiem trzymali i na której lepszą przyszłość Ojczyzny starali się budować.

Wobec niebezpieczeństwa, jakiem to zagroziło sprawie narodowej zarówno w Królestwie jak w Galicyi, delegaci prawicy narodowej wraz z członkami Koła poselskiego krakowskiego zebrani dnia 19. sierpnia 1917 r. w Krakowie oświadczają zgodnie, że nie mogą godzić się na to, aby uchwały z dnia 28. maja b.r. używać na burzenie, względnie tamowanie tego, co w danych warunkach obecnie da się osiągnąć a uważają za obowiązek patryotyczny popierać urzeczywistnienie proklamacyi z dnia 5. listopada tworzącej Polskę niepodległą, a więc popierać powstanie rządu polskiego i wojska, w Austryi zaś utrzymać politykę, która wspierając szczerze państwo, jest dziś rękojmią jedności politycznej Galicyi, polskiego stanu posiadania na jej obszarze i wpływu polskiego w Monarchii. Tylko taka polityka wzmacniająca i organizująca żywioł polski w obu dzielnicach, może Polakom zapewnić głos przy rozstrzygnięciu wypadków dziejowych i lepsze rozwiązanie sprawy polskiej, jakieby się okazało możliwem, tylko ułatwi.

Druga rezolucya / na razie w zawieszeniu / brzmi :

Ponieważ sprawa przekształcenia legionów na wojsko polskie dotychczas załatwiona nie jest i Rada Stanu legionów dotąd nie przyjęła przeto zgromadzeni mogliby się oświadczyć za rozwiązaniem N.K.N. tylko pod tym warunkiem, gdyby członkowie Rady Stanu o to zapytani, na projekt rozwiązania się zgodzili.

5. I. 1918 3 53

R e z o l u c y e.

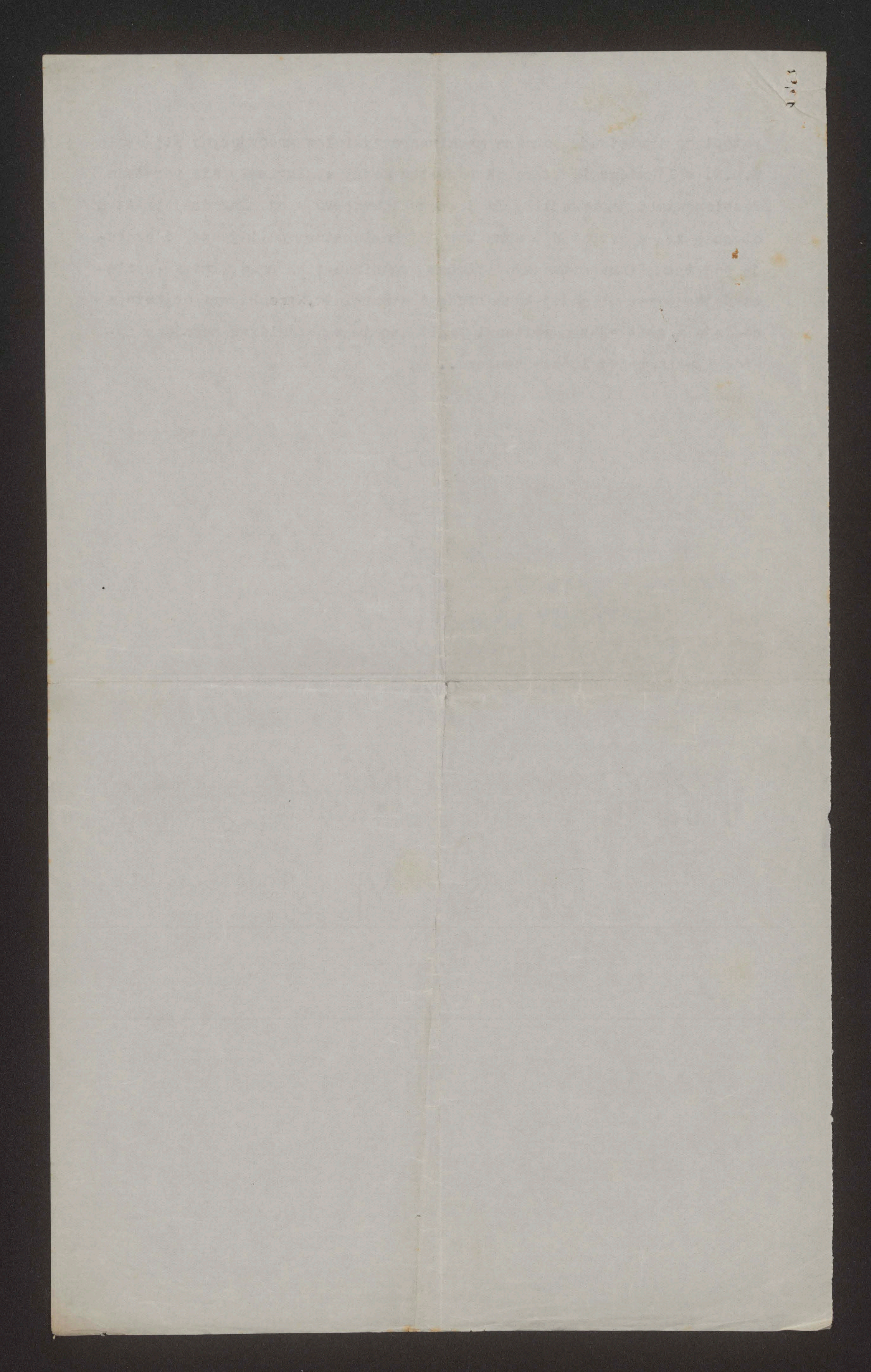
Wobec faktu, że oświadczenie mocarstw centralnych w sprawie samoist- ności Polski i Litwy, złożone w Brześciu litewskim w odpowiedzi na pokojowe propozycye delegatow rosyjskich było chwiejne i niejasne niemniej wobec wyrażonego ze strony rosyjskiej przypuszczenia, jakoby Polska i Litwa miały chęć przyłączenia się do związku federacyjnej rzeczpospolitej rosyjskiej, o b y w a t e l e s t o ł e c z n e g o m i a s t a L w o w a, zgromadzeni w dniu 5.stycznia 1918 roku

1/ Stwierdzają przedewszystkiem, że jedynym wyrazem woli Polski, uświęconym nieprzerwaną tradycyą i usiłowaniami narodu polskiego od chwili rozbiorów aż do dni dzisiejszych, jest dążenie narodu polskiego do zupełnej niepodległości i zjednoczenia w jedną całość wszystkich dzielnic polski. Wola ta wyrażona także w czasie wojny obecnej w jednomyślnej uchwale polskiego Koła sejmowego z 28. maja r. 1917 do ktorej przyłączyła się cała niezależna opinia wszystkich ziem polskich jest tak powszechną i niewątpliwą, że wszelkie z nią niezgodne akty mocarstw rozbiorowych lub oświadczenia władz ustanowionych z ich woli, byłyby sprzeczne z uznanem przez obie strony prawem narodu polskiego postanowienia o swoich losach, imieniem narodu polskiego może przemawiać tylko rząd oparty na swobodnej woli narodu , nie krępowanej obecnością władz i siły zbrojnej mocarstw rozbiorowych na ziemiach polskich . Tak samo naród polski na Litwie , wespół z innymi narodami Litwę zamieszkującymi domaga się pełnej niepodległości Litwy.

2/ Zgodnie więc z wyrażoną już wolą całej Polski i Litwy obywatele miasta Lwowa podnoszą uroczysty protest przeciw próbom przedstawiania woli narodu polskiego w duchu niezgodnym z uchwałą Koła sejmowego polskiego z dnia 28.maja 1917 lub ograniczenia prawa do pełnej niezawisłości Polski i Litwy pod jakimkolwiekbądz pozorem, przeciw uważaniu sprawy polskiej za sprawę wewnętrzną któregokolwiek z panstw rozbiorowych, tudzież przeciw wywieraniu presyi na swobodny objaw woli narodów przez dalsze pozostawanie wojsk i władz państw rozbiorowych na ziemiach Polski i Litwy po ewentualnem zawarciu pokoju.

3/ Równocześnie obywatele miasta Lwowa oświadczają, że z całą stanowczością potępiają i piętnują ponowną machinacye z

potępiaję i piętnaję ponowne machinacye żywiołów grupujęcych się około N.K.N. w likwidacyi, które od początku wojny wysługiwały się państwom rozbiorowym i doprowadziły do jawnego bankructwa swej niegodnej polityki obecnie zaś skorzystać pragnę z nowej koniunktury politycznej i próbuję pod innę firmę wytworzyć podobnę organizacyę na nowo, łudzęc społeczeństwo pozorami nowej konsolidacyi stronnictw. Zgromadzeni obywatele uważaję w dzisiejszem sytuacyi politycznej za obowiązek narodowy żywioły takie bezwzględnie zwalczać.



W N-rze 1-szym „Sprawy Polskiej“ z dnia 27 listopada (12 grudnia) 1915 r. pojawił się artykuł pod tytułem:

„KWESTYE BIEŻĄCE“.

Wychodząca w Moskwie „Gazeta Polska“ otrzymała od korespondenta w Kopenhadze treść deklaracyi, którą złożył poseł do parlamentu wiedeńskiego dr Głąbiński we wrześniu i październiku r. b. w komisyi parlamentarnej, a potem na posiedzeniu Koła polskiego.

B. minister austryacki dr Głąbiński, prof. uniwersytetu lwowskiego, w sierpniu 1914 r. wyjechał do Wiednia w sprawach politycznych i tam pozostał, odcięty od zajętego wkrótce Lwowa.

Położenie jego w Wiedniu jest niezmierne trudne. Stronnictwo demokratyczno-narodowe wraz z grupą konserwatystów wschodnio-galicyjskich i stronnictwem katolickiem tworzyło koło Rady Narodowej we Lwowie grupę wschodnio-galicyjską, która po wybuchu wojny szczególnie osaczona była przez blok rządowy z radykalną Komisyą Tymczasową na czele, mający już z góry powzięty plan postępowania na ziemiach polskich w interesie Austryi. Próbując osiągnąć jakikolwiek wpływ na przebieg wypadków, grupa wschodnio-galicyjska zrobiła wielki wysiłek kompromisowy i w dniu 16-go sierpnia 1914 r. na zwołanem do Krakowa zjeździe Koła polskiego uastawała na połączenie się z Komisyą Tymczasową w t. zw. odtąd N. K. N. Zapadła wtedy uchwała Koła polskiego, w której zrobiono na wniosek dra Głąbińskiego to ustępstwo grupie wschodnio-galicyjskiej, że skasowano mianowany z góry przez Komisyę Tymczasową Rząd Narodowy z siedliskiem w Warszawie i uznano, że żadnych postanowień polityczuych, któreby angażowało Królestwo Polskie, bez woli Królestwa organizacya galicyjska powziąć nie może.

Był to znaczny sukces, osiągnięty na tym zjeździe przez czynniki, niezawisłej polityce służące. Z uchwały tej stronnictwa, działające w porozumieniu z rządem austryackim, a mające przewagę w N. K. N. były niezadowolone i tak zorganizowały dalsze stosunki w Naczelnym Komitecie, że wpływu na nie żywioły narodowe mieć nie mogly. Zrobiły one tylko tyle,

że powstrzymały od wystąpienia czynnego legion wschodnio-galicyjski, wyprowadzony w ostatniej chwili w końcu sierpnia do Sanoka i same z akcyi N. K. N. się wycofały, rozpuszczając Legion. Stało się to we wrzesniu 1914 r. po zajęciu Lwowa przez wojska rosyjskie.

Jednostki z pośród tej grupy patryotów, które dla owych spraw politycznych bawiły w Galicyi zachodniej lub w Wiedniu, oczywiście znalazły się w trudnem położeniu. W tem trudniejszem, że nie tylko władze austryackie, ale pewne sfery ludności miejscowej dokładały usiłowań, aby tropić wszystkich sceptyków oryentacyi austryackiej, kompromitować ich i władzom wydawać. Poseł Zamorski, który przed wybuchem wolny wydawał w Krakowie dziennik, musiał, otrzymawszy ostrzeżenie, stamtąd uchodzić; potem w Austryi aresztowany, osadzony został w więzieniu, gdzie dotąd pozostaje. Ten sam los czekał Polaków, którzy we Lwowie pozostali. Z trudem udało się im przewlec stan oskarżenia do września 1914 r., do czasu zajęcia Lwowa przez wojska rosyjskie. Wiedząc o tem, że są umieszczeni na z góry ułożonej liście przestępców politycznych, oczywiście w lecie 1915 r. musieli wyjechać na Wschód. Hr. Skarbek zdołał wyjechać z Wiednia do Szwajcaryi. Przedstawiciele stronnictwa konserwatywnego: prezes Rady Narodowej Tadeusz Cieński i Stan. Stroński zostali jeszcze w r. 1914 internowani w głębi Austryi. Z wybitnych przedstawicieli obozu Narodowego, którzy mieli odwagę przeciwstawiać się Komisyi Tymczasowej i stworzyć rozłam w późniejszym Naczelnym Komitecie Narodowym, w Austryi pozostał tylko dr Głąbiński na bardzo wysuniętym stanowisku b. ministra austryackiego i radcy tajnego.

Co się stało dalej, o tem donosi pomieniony korespondent „Gazety Polskiej“:

„W prasie wiedeńskiej i berlińskiej zrobiono wielki gwałt na wiadomość, że razem z władzami rosyjskiemi opuścili Lwów znani politycy polscy i członkowie stronnictwa demokratyczno-narodowego, mianowicie pp.: Z. Wasilewski, prof. St. Grabski, J. Pawlikowski, St. Biega i kilku innych. Prasa niemiecka zarówno w Wiedniu, jak i w Berlinie, a za nią reszta prasy niemieckiej, zwróciła się pod adresem pozostałych w granicach Austryi członków stronnictwa demokratyczno-narodowego, z zapytaniem, czy solidaryzują się ze stanowiskiem owych bawiących w Rosyi i Szwajcaryi przyjaciół politycznych. Było to w miesiącu sierpniu, gdy Austryaków ogarnął jakiś wściekły szał wtrącania mieszkańców Galicyi do więzienia, oddawania ich pod sąd i — wieszania. Wiadomo, że mniej więcej w tym samym czasie trybunał wiedeński skazał na śmierć przez powieszenie szereg wybitnych Rusinów, zwolenników politycznych Rosyi, między nimi radcę sądowego, oraz przedstawiciela dziennika „Nowoje Wremia“ i kilku innych inteligentów ruskich.

Wówczas „Polnische Zentral-Korrespondenz“ podała obwieszczenie następującej treści:

W komisyi parlamentarnej Koła polskiego poseł dr Głąbiński złożył następujące oświadczenie:

(Treść znana.)

Komunikat w końcu opiewa: „Oświadczenie to włączono do protokółu posiedzenia.“

W październiku 25 i 26 odbyły się w Wiedniu narady Koła polskiego. „Dziennik Poznański“ z dnia 17-go listopada o naradach tych podaje:

> „Na zebraniu Koła polskiego w Wiedniu, odbytem w dniu 26 z. m., w toku dyskusyi nad sprawozdaniem prezesa Koła, zabrał głos poseł dr Głąbiński, który zaznaczył w swem przemówieniu, ze on i jego stronnictwo stoją na gruncie politycznego programu Koła, który uchwalono w dniu 16 sierpnia 1914 r., i pragnie, aby na gruncie tego programu doszło do porozumienia wszystkich stronnictw i wszystkich dzielnic polskich. Mowca uważa za potrzebne stwierdzić, że wcale nie podziela hasła, szerzonego przez pewien odłam stronnictwa demokratyczno-narodowego pod zaborem rosyjskim, jakoby idea własnej państwowości polskiej mogła być zastąpiona hasłem zjednoczenia wszystkich ziem polskich przez Rosyę, lub jakoby te dwie idee były ze sobą równorzędne. Takiego programu stronnictwo demokratyczno-narodowe w Austryi nigdy nie uchwaliło, byłby on sprzeczny z zasadniczym jego programem niepodległościowym.“

Jeśli wogóle przytoczenia powyższe są autentyczne, to wyobrażamy sobie, jak przykre okoliczności zniewoliły dra Głąbińskiego do poruszenia tych kwestyi w ten sposób. Przyciśnięto do muru polityka, który przechodził szkołę męża stanu w Austryi, a zrobiono to z obliczeniem, że nie będzie mógł potraktować sprawy inaczej, jeno jako epizod polityki wewętrznej austryackiej, bez brania odpowiedzialności za to, co się stało po uchwale z dnia 16 go sierpnia 1914 r., na którą dr Głąbiński się powołuje.

Istotnie w tej dacie stronnictwa narodowe czyniły ostatnią próbę zjednoczenia poglądów i przesilenia kierunku partykularnego. Potem dr Głąbiński wyjechał do Wiednia i był odcięty od tego, co się działo. Wszystko, co mógł w tym względzie oświadczyć, było przeto wynurzeniem jego osobistem, a jeśli je rozszerzał, to napewno w najlepszej woli ulżenia doli stronnictwom narodowym przy zmieniających się dla nich niepomyślnie okolicznościach; niejedno mógł przytem stwierdzić w dobrej wierze, wiele bowiem stron złożonej polityki bieżącej było mu nieznanych.

Dr Głąbiński nie był przewódcą stronnictwa demokratyczno-

narodowego, ani jego grupy poselskiej. Prezesem stronnictwa był dr Jan Pawlikowski, przewodniczącym zaś grupy poselskiej hr. Skarbek, który z tego tytułu był wiceprezesem Koła polskiego. Polityka narodowa stronnictwa, które skupiało przeciwko blokowi rządowemu grupy narodowe, robiona była w kraju, mianowicie we Lwowie, gdzie była siedziba zarządu stronnictwa. Stąd także pewne nieścisłości w oświadczeniach dra Głąbińskiego, które jednak nie czas prostować.

Dość podkreślić jescze raz z powodu tego faktu tragiczność sytuacyi Polaków, branych na tortury w tej wojnie, tych Polaków, którzy mają sumienie i niechcieliby niczem sprawy polskiej na szwank narazić.

P O L S K I   S O C Y A L I Z M.

„Neue Zürcher Zeitung" z 19/I.1916.

Wstąpienie małej grupy polskiej socyalno-demokratycznej do Koła Polskiego stanowi także w ogólnym obrazie robotniczej międzynarodówki bardzo znaczący epizod. Już przed laty oddzieliła się ta frakcya socyalistyczna razem ze swymi czeskimi kolegami od socyalno-demokratycznego związku we wiedeńskim parlamencie i utworzyła samodzielny klub narodowy, jednak pozostała niemniej w jaskrawem przeciwieństwie do częścią konserwatywnego, częścią mieszczańskiego Koła Polskiego, a walka rozgrywała się nierzadko przed forum wiedeńskiego parlamentu, jak np. w czasie rozruchów agrarnych w Galicyi wschodniej. Zaostrzenie się stosunków międzynarodowych i pozostające w tym związku obudzenie się polskich dążności niepodległościowych skierowało energię tego ruchu robotniczego Galicyi na narodowo-polityczne drogi i poskromiło socyalistyczną opozycyę naprzód w ramach Naczelnego Komitetu Narodowego, gdzie n.p. między innymi znany ze wszystkich międzynarodowych zjazdów socyalizmu mowca i polityk Ignacy Daszyński pracował jako wiceprezydent razem z feudalno-konserwatywnymi i mieszczańskimi demokratami. Tak zatem stała się państwotwórcza robota Naczelnego Komitetu Narodowego dla polskiego socyalizmu praktyką, dokonywującą przewrotu w kierunku narodowym. Jako zakończenie tego rozwoju uchodzi oświadczenie o przystąpieniu socyalistów do wiedeńskiego Koła Polskiego, jako zawarcie wewnętrznego pokoju klasowego. Ponieważ Koło Polskie, jak wiadomo, tworzy jedno z rządzących stronnictw Austryi, przeto także i polscy socyalni demokraci przechodzą do zastępu partyi, zdolnych do rządu. Na zapytanie oświadczył niedawno polski socyalistyczny poseł do parlamentu w otwartym liście do swych niemiecko-austryackich towarzyszy: „Już dzisiaj sądzę, że mogę prosić towarzyszy, by przy roztrząsaniu uczynionej nam propozycyi nie stosowali żadnej analogii. Położenie ludu polskiego, zatem także polskich socyalistów, w tej wojnie jest jedyne w swoim rodzaju, przeto także nasze postępienie musi być uważanb i oceniane jako całkiem wyjątkowe. W każdym razie żadnego przedwczesnego sądu ostatecznego ! W ~~xxxxxxxxxx~~ naszem, już przeszło ćwierć wie-

KONSOLIDACYA POLSKA A SPRAWA WSZECHNIEMIECKA

"D i e P o s t" 24.III. "D e u t s c h e P r e u s s e" /Wiedeń/ 29.III powitały wstąpienie socyalistów do Koła Polskiego i zgodę narodową z przekąsem, z widoczną niechęcią, nawet obawą, ale podkreśliły szczerze i trafnie wielkie znaczenie kompromisu dla sprawy ogólno-polskiej. Inaczej wnioskują inne organy wszechniemieckie. "D i e I n f o r m a t i o n" /Wiedeń/ 3.IV.: Politycy Podolscy zawsze jeszcze namyślają się, czy przyjąć zaproszenie do N.K.N. bez uprzednich zastrzeżeń. Niechcemy bawić się w proroków nieszczęścia, zdaje się nam jednak, że próby reorganizacyi wyrodzą się w fakt sparaliżowania i d e s o r g a n i z a c y i Komitetu Narodowego. Wkońcu dożyjemy jeszcze drugiego wydania h i s t o r y i L e g i o n u w s c h o d n i o - g a l i c y j s k i e g o. Prolog rozwija się przed naszymi oczyma".

"A l l d e u t s c h e B l ä t t e r" 1/IV.: "Z Wiednia donoszą nam: Uregulowanie stosunków między Kołem Polskiem a Komitetem Narodowym dokonało się w ten sposób, że Komitet Narodowy zatrzymał jedynie jako pole swego działania sprawy związane z polskimi Legionami. W ten sposób został zarówno Komitet jak i jego przewowdniczący p. Jaworski niemal zupełnie usunięty od kierownictwa polskiej polityki. Komitet stanie się tylko organem pomocniczym Legionów o zakresie czynności bardzo szczupłym, gdyż w Austryi przecież powołano pod broń nawet najstarsze roczniki pospolitego ruszenia".

"A.B l ä t t e r" 3/IV.: Z Wiednia donoszą nam: Wiedeńskiemu organowi socyalistycznemu sprawia wielki kłopot stanowisko polskich socyalistów, którzy jak wiadomo zawarli pokój z partymai mieszczańskimi i wstąpili do Koła Polskiego. Deputowany Daszyński wypowiedział przytem mowę, w której spalił za sobą mosty, wyrzekł się międzynarodówki i oddał się ciałem i duszą polskiemu nacyonalizmowi. Mimochodem zauważymy, że Daszyński był zawsze nacyonalistą polskim, jeżeli jednak przypomnimy sobie namiętne oskarżenia podnoszone przez niego z porywającą wymową w parlamencie austryackim przeciw szlachcie galicyjskiej, to wyda się nam conajmniej dziwnem nowe braterstwo zawarte z tymi samymi, dawniej zwalczanymi szlachcicami".

4601

KONSOLIDACYA POD SZTANDAREM N.K.N.

Pod tym tytułem zamieszcza K u r y e r P o z n a ń s k i Nr.85. 12.IV. 16. artykuł, w którego wstępie powołuje się na swoje przekonanie od początku, że "ponad formalistyczną zgodą i jednością stoi kwestya zdrowej myśli politycznej":

> "Uważalibyśmy za szkodliwe, gdyby ona poświęcona została dla złudnych frazesów i fałszywych pozorów. Od tego czasu akcya konsolidacyi pod sztandarem N.K.N. znaczne zrobiła postępy ..."

K.Pozn. opisuje akcyę konsolidacyjną, podaje jej rezultaty, mówi, że wyglądają one "pięknie, szczególnie na gruncie galicyjskim, gdzie dotąd przyzwyczajeni byliśmy do gorszących walk, kłótni i sporów". To ostatnie budzi właśnie podejrzenie pisma: sądzi ono, że sprawa polska nie odniesie żadnej korzyści ze wstąpienia socyalistów do Koła, konstatuje obcość tych ostatnich p o l s k i e j ideologii politycznej, polskiemu poczuciu obowiązków i zadań narodowych, oczekuje od socyalistów "tylko wzmocnienia tych niepewnych pod względem charakteru i niejasnych pod względem myśli politycznej żywiołów, których już dzisiaj w tem Kole nie brak". Konstatując, że socyaliści "otrzymali reprezentantów w ważnym organie Koła, t.zw. Komisyi politycznej", pismo widzi w uchwale zgody "sankcyę" dla N.K.N. "na zupełną swobodę działania".

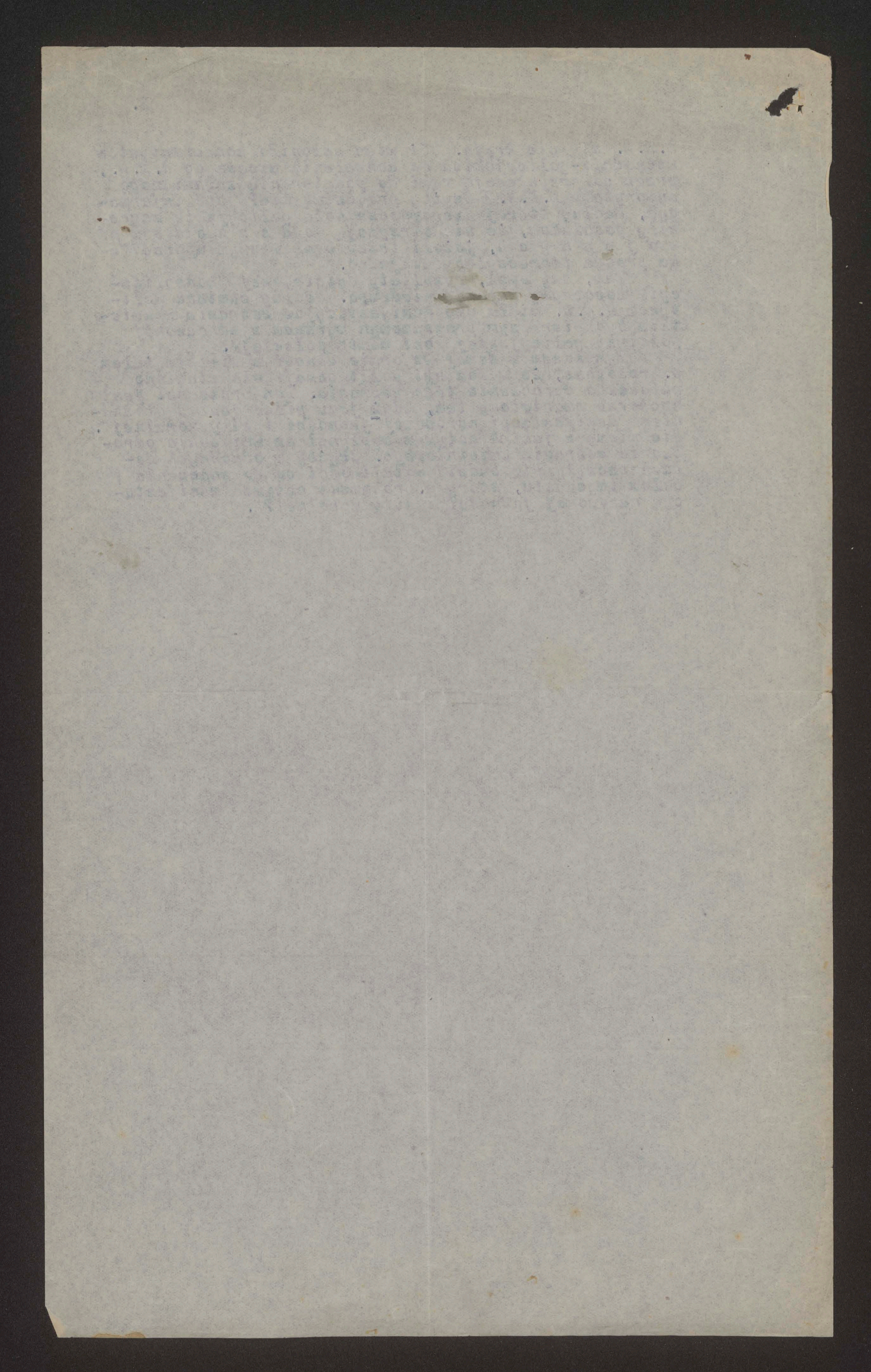
Dalej K u r y e r P o z n a ń s k i pisze:

> "Konserwatyści wschodnio-galicyjscy wstąpili do N.K.N. Wstąpienie to zostało co prawda dotąd tylko uchwalone, ale nie wykonane. Ostatni list prezesa grupy Centrum, księcia Witolda Czartoryskiego do p.Bilińskiego mówi o tem, że uchwała wstąpienia do N.K.N. zapadła na posiedzeniu Centrum w nieobecności księcia i że w tej samej sprawie ma się odbyć jeszcze jedno zebranie. Później doniesiono, że istotnie oba stronnictwa wschodnio-galicyjskie. Centrum i autonomistów zwołane zostały na ponowne narady w dniu 9.kwietnia, a więc na zeszłą niedzielę. Dotychczas o wyniku tych narad nie mamy żadnych informacyi. Natomiast wiemy, że opinia poważnych żywiołów w Galicyi bardzo krytycznie zapatruje się na zamiar wstąpienia wschodnio-galicyjskich konserwatystów do N.K.N. Nikt przecież nie może twierdzić, aby fizyognomia polityczna N.K.N. lub jego metody działania, które tylokrotnie stawały w jaskrawej sprzeczności z przekonaniami ogółu polskiego, uległy jakimkolwiek zmianom. W Galicyi samej te koła, które dotychczas działalność N.K.N. uważały za szkodliwą, a w szczególności także kler wysoki, i dziś z przeciwieństwem swem do

N.K.N. się nie kryją. Cóż więc skłoniło konserwatystów wschodnio-galicyjskich do uchwalenia akcesu do N.K.N., przez co przykładają ręki do podpierania zachwianego autorytetu N.K.N.? Czyżby prawdziwą miała być informacya, według której kierownicze koła galicyjskie zagroziły podolakom, że nie otrzymają o d s z k o d o w a ń w o j e n n y c h, jeżeli trwać będą w swym uporze? Taka presya tłomaczyłaby niejedno.

Tak, czy owak, rezultaty dzisiejszej "konsolidacyi" zobaczymy zapewne niedługo. Według zamiaru polityków N.K.N. miało owo manifestacyjne zebranie w kwietniu być pierwszym programowym wyrazem zjednoczonej polityki galicyjskiej /oni mówią polskiej/.

Tymczasem w Nowej Reformie donosi z wielkim żalem p. Srokowski, że w Komisyi politycznej Koła stawiono wniosek o odroczenie tego zebrania. Pan Srokowski jest szczerze zmartwiony tem, gdyż jemu pilno jest z głoszeniem "manifestacyi narodowej jedności i siły moralnej". Nie wiemy z jakich motywów wypłynął ów wniosek o odroczenie zebrania kwietniowego. Czyżby w odnośnych kołach zaczęły się budzić wątpliwości co do znaczenia i celów tego aktu, który p. Srokowski nazywa "manifestacyą narodowej jedności i siły moralnej?".



2/IV

4868

KURJER POLSKI.

Nr. 121. Warszawa Wtorek, dn. 2 Maja 1916.

Zjazd w Krakowie.

Konsolidacja wszystkich stronnictw politycznych w Galicji jest faktem dokonanym. Socjaliści wstąpili do Koło. Autonomiści i Centrowscy powrócili do Naczelnego Kom. Narod. Interes narodowy przeważył ponad przecznościami partyjnemi. Wspólny program pilityczny połączył wszystkie stronnictwa. I to jest niewątpliwie sprawą pierwszorzędnej wagi. Świadczy bowiem jak słusznie zaznacza krakowski "Czas", że społeczeństwo polskie w Galicji, ma pozytawny program w sprawie polskiej. Że za tym programem stoją moeno wszystkie żywioły w kraju, które są zorganizowane a zatem które wogóle mogą wchodzić w rachubę.

Konsolidacją swą Galicja daje piękny przykład Królestwu. Gdyby u nas mogło dojść do podobnego zawikłania naszych ugrupowań politycznych , stosunek Królestwa do Galicji uregulowałby się z pewnością w sposób bardziej prawidłowy.

Jeśli bowiem dzisiaj dzielą nas jakie różnice poglądów i taktyki, wynikające z odmiennych warunków politycznego bytu, to przecież ogólny interes narodowy, tu i tam jednakowy, musi być wyższym ponad te różnice.

Wierzymy, że gdy przyjdzie odpowiednia pora, Królestwo pójdzie za przykładem Galicji. I wierzymy również, że zrekonstruowany Naczelny Komitet Narodowy w stosunku do Królestwa unikaie w dalszej swej działalności błędów, które zeń stosunek nieomal od początku wojny uczyniły anormalnym. Jeszcze na krótko przed zjazdem krakowskim kursowała po Warszawie korespondencja między p. Leonem Bilińskim a ks. Witoldem Czartoryskim, i niezręczne wyrażenie p. Leona Bilińskiego pod adresem społeczeństwa polskiego w Królestwie, niedyskretnie z listu prawatnego wyję-

te, wywołało wiele goryczy i nawet protestów. Sternicy N.K.N. muszą stanowczo unikać podobnych błędów, na które czycha zła wola. Z obu stron, dla dobra Ojczyzny, konieczne są usiłowania, by istniejących różnic nie pogłębiać, leecz przeciwnie, by dążyć do uzgodnienia wysiłków, które przecież jeden cel - dobro Ojczyzny - mają przed sobą.

-----oooOooo-----

SPRAWA RUSKA.

Wedle polityka niemieckiego.

Zdaje się, że zanosi się/nie na oddzielenie Galicyi Wschodniej i utworzenia odrębnego kraju koronnego ruskiego, lecz raczej na wyodrębnienie w Galicyi, połączonej z częścią, lub całością Królestwa, terytorym ruskiego, z odrębnymi prawami, będącego jednak integralną częścią prowincyi polsko-austryackiej zależną od rządu polskiego.

Niemcy nie chcą mieć w Radzie Państwa posłów polskich i ruskich.

Sejm polski i delegacya austryacka miałaby dal.

Ponieważ poseł i prezes Kost' Lewicki kłócą się z posłem L. Cegielskim, należącym do opozycyi, więc chce mu wyrobić w Ob. Kom. pozwolenie jazdy do Chełmszczyzny i na Wołyń, dla działalności wśród Ukraińców.

Poseł Cegielski należy do liczny najgorszych i najniebezpieczniejszych agitatorów i demagogów. Puszczanie jego na powyższy teren jest niebezpieczną rzeczą. Zacznie on agitacyą agrarną wśród chłopów i podburzać będzie do czynów gwałtownych.

Wedle źródeł ruskich.

Co czwartek bar. Wasylko konferuje z ministrem Hohenlohem w sprawach ruskich i rusko-polskich, po wojnie. Wasilko i Olesnicki zapewniają, że podział Galicyi jest sprawą przesądzoną i że rząd stanowczo stworzy z Galicyi Wschodniej oddzielny kraj koronny ruski.

4400

64
5

Ukraińcy rosyjscy przeciwko "oryentacyi austryackiej".

W prasie naszej zamieszczono już w swoim czasie deklaracyę polityczną moralnego wodza Ukrainy rosyjskiej prof. M. Hruszewskiego. Pokazuje się obecnie, że ustęp artykułu Hruszewskiego z "Rjeczy", w którym podnosił on zupełnie lojalne stanowisko swe i swoich przyjaciół politycznych wobec Rosyi był podany niedokładnie. Słowa prof. Hruszewskiego, wypowiedziane z powodu napaści prof. Kułakowskiego na Ukraińców jako "austrofilów" brzmią w następujący sposób:

"Ludziom, którzy jako tako śledzili moją działalność - pisze prof. Hruszewski - dość dobrze wiadomo, że zarówno ja, jak i te prądy ukraińskie w Rosyi, z którymi stykałem się, nie podzielały zupełnie tak zwanej "oryentacyi austryackiej" i rozwiązanie kwestyi ukraińskiej w Rosyi widziały nie w jakiemś oderwaniu się ziem ukraińskich, lecz w uregulowaniu tej kwestyi drogą prawodawczą, wspólnemi siłami postępowego społeczeństwa ukraińskiego i wielkorosyjskiego, w ramach państwowości rosyjskiej, na gruncie rozwoju ustroju konstytucyjnego, samorządu krajowego i samookreślania narodowego. W takim kierunku przeszła cała działalność polityczna moja i innych przedstawicieli społeczeństwa ukraińskiego w ciągu ostatnich lat, i to tylko świadczy, jak wierzyliśmy my wszyscy /a dziś wierzymy w dalszym ciągu, nie bacząc na wszystko, cośmy przeżyli w tym ostatnim roku/ w rozwiązanie kwestyi ukraińskiej drogą wyżej wskazaną. Od orjentacyi austryackiej Ukraińcy odgraniczają się w sposób najbardziej stanowczy i ja osobiście w artykule p.t. "Tragedya sarajewska", pomieszczonym w "Literat.- Nauk. Wistnyku", kategorycznie zaznaczyłem, że oryentacya austryacka nie rozwiązuje kwestyi ukraińskiej, że ten prąd polityczny nie zna żadnej władzy nad umysłami społeczeństwa ukraińskiego w Rosyi i nie może w żadnym razie liczyć na tego społeczeństwa współczucie"

---oooOooo---

8124

„UKRÁNIA" Nr. 1. z 20/I.916. P

Pismo to, będące wedle tytułu „przeglądem Związków kulturalnych i gospodarczych ukraińsko-węgierskich" redaguje Dr. Sztripszky Hiador, rusin węgierski i urzędnik Muzeum Narodowego w Budapeszcie.

Treść pierwszego numeru:

„Co chcemy?" (artykuł redakcyjny). Celem pisma jest zaznajomienie węgrów z narodem ukraińskim fałszywie zwanym „małorusami lub rusinami", który tylu węzłami historycznymi i rasowymi (krew turańska, tj. połowcy, kumani i chazarzy) związany jest z węgrami. Naród ukraiński pragnie znaleść w Węgrach kulturalnego i politycznego pośrednika dla siebie wobec zachodu. Autor artykułu, piszący zresztą nie jako ukrainiec, lecz jako Węgier, zaznacza odrębność ukraińców wobec rosyan tak rasową, jak i językową. Ukraińcy nie dali się zrusyfikować, dzięki poparciu Niemiec i Austryi. Chcą teraz zyskać sobie poparcie Węgier. Od opinii węgierskiej nie chcą nic więcej, jak sympatyi dla swej sprawy. Ukraińcy stwierdzają, że nie są rusinami. Nazwa „Rusin" daje tylko schronienie żywiołom moskalofilskim. Akcentuje w dalszym ciągu wspólność interesów ludów turańskich i ukraińców wobec wspólnych nieprzyjaciół, których wszakże nie wylicza, wyjąwszy rosyan. Pod nazwą Ukrainy rozumie Galicyę wschodnią, część Bukowiny i Stepy rosyjskie, zaznaczając, że pod tą nazwą „nigdy nie rozumieliśmy węgierskich obywateli greckokatolickiego wyznania, żyjących w północno-wschodnich komitatach węgierskich"... „są to więc obywatele węgierscy, których z powodu łacińskiej nazwy z dawnych historycznych związków tylko z konieczności nazywać będziemy rusinami. Lecz i wtedy jednak tylko ze względu na przeszłość, a nigdy nie będziemy ich utożsamiać z ukraińcami. Wyjmujemy ich stanowczo więc z pod pojęcia ukraiństa. Ruska narodowość nie odgrywa tu więc roli, bo - akcentujemy - jest tu mowa o dawnych i nowych związkach dwóch odrębnych narodów. Pismo omawiać będzie następujące tematy:

"[illegible]ila" Nr. 1. z 20/I.918. r.

Pismo to, wydawane wedle tytułu „przeglądem bieżących kulturalnych i gospodarczych [illegible] węgierskich", redaguje Dr. Sztripszky Hiador, [illegible] i urzędnik Muzeum Narodowego w Budapeszcie.

Treść pierwszego numeru:

„Do Ukraińców" (artykuł redakcyjny). Celem pisma jest zaznajomienie Węgrów z narodem ukraińskim [illegible] „[illegible] lub rusinami", który tylko [illegible] i [illegible] (krew turańska, tj. połowcy, kumani i chazarzy) zmieszany jest z Węgrami. Naród ukraiński pragnie znaleźć w Węgrach kulturalnego i politycznego poplecznika dla siebie wobec zachodu. Autor artykułu, piszący zresztą nie jako Ukrainiec, lecz jako Węgier, zaznacza odrębność Ukraińców wobec Rosjan tak rasową, jak i językową. Ukraińcy nie dali się zmoskwiczyć, dzięki pomocy Niemiec i Austrii. Chcą teraz zyskać sobie przyjaźń Węgier. [illegible] węgierskiej nie [illegible], jak [illegible] Ukraińcy stwierdzić, że nie są rusinami. Nazwa „Rusin" daje tylko [illegible] [illegible] w dalszym ciągu wspólność interesów ludów turańskich i ukraińców wobec wspólnych nieprzyjaciół, którym w [illegible] nie wyłącza [illegible]. Pod nazwą Ukrainy rozumie Galicję, [illegible] część Bukowiny i [illegible] rosyjskie, zaznaczając, że pod tę nazwę nigdy nie rozumieliśmy węgierskich obywateli greckokatolickiego wyznania, żyjących w „północno-wschodnich komitatach węgierskich"... „są to więc obywatele węgierscy, którym z powodu technicznej nazwy z dawnych niehistorycznych [illegible] tylko z konieczności nazwę [illegible] rusinami. Choć i wtedy jednak tylko ze względu na przeszłość, a nigdy nie będziemy ich utożsamiać z ukraińcami. Wyjaśniamy ten [illegible] z pod pojęcia ukraińców. Sprawa narodowości nie odgrywa tu żadnej roli, bo — [illegible] — jest [illegible] i [illegible] narodów. [illegible] będzie następujące tematy:

8099

346 66

[Z załącznikami:
Wirtschaftszeitung der Zentralmächte
12.10.1917, nr. 41,
„Ein Rätsel", wycinek z Lemberger
Zeitung, z dnia 16.10.1917.]
rkps. nr. 8129

Dr 19/X. [1917]

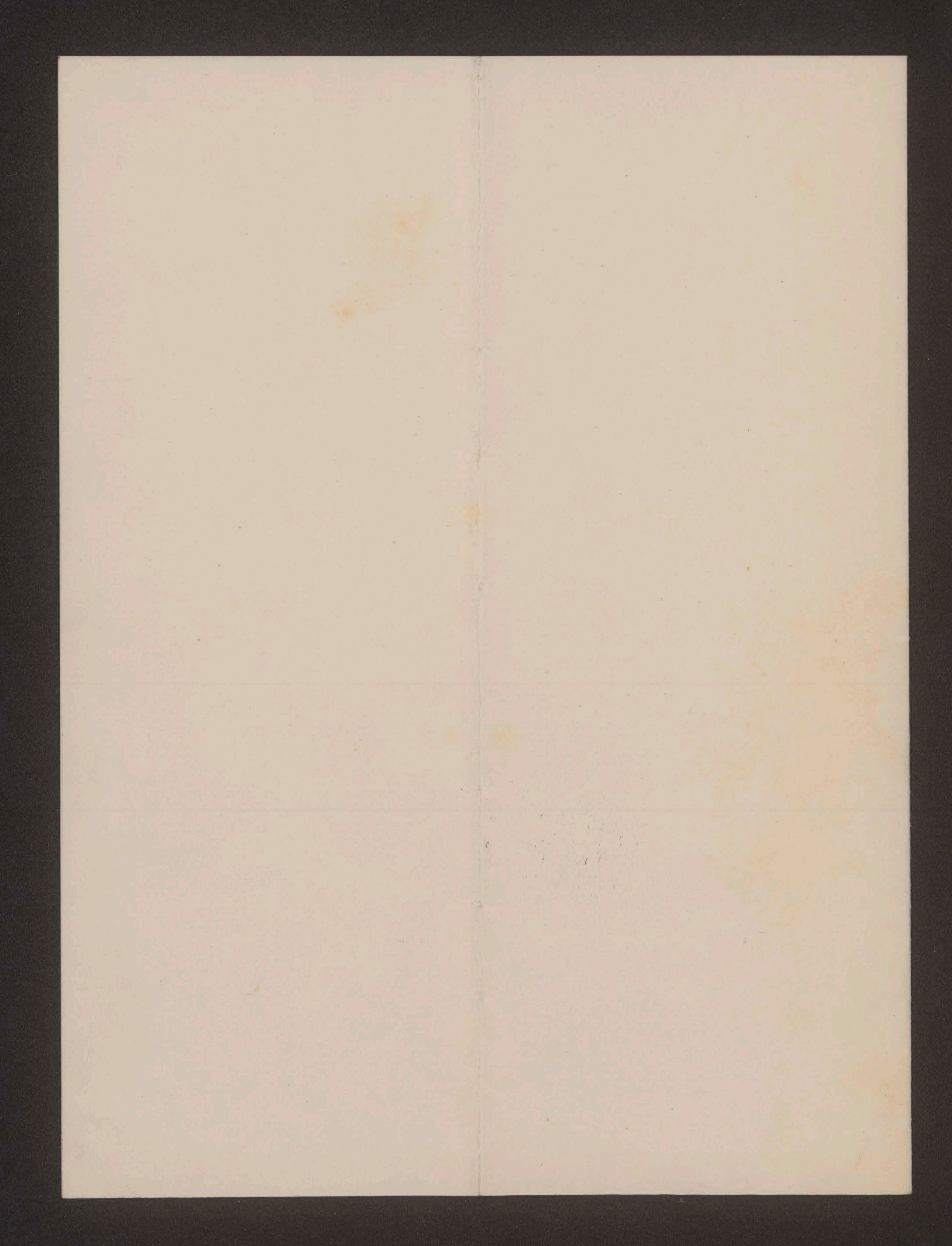
Ekscelencyo,

Pozwalam sobie przesłać Waszej Ekscelencyi do przejrzenia artykuł interesujący. Zgłoszę się o zwrot w niedzielę. Proszę oddać go służącemu po przeczytaniu.

Proszę przyjąć wyrazy najgłębszej czci

powolny sługa

[signature]



Lemberger Zeitung z dn. 16 października 1917
Nr. 219 -

Ein Rätsel.

Von Junius.

Lemberg, 15. Oktober.

Aus Wien kommt die Kunde, dass der Polenklub für das Budget gewonnen wurde und das Präsidium des Klubs teilte mit, dass eine Vereinbarung mit der Regierung Seidler im Bereiche der Möglichkeit liegt. Die Blätter bringen eine ganze Liste von angeblichen Konzessionen, die der Polenklub erreicht hätte und somit scheint vorläufig die am 16. Mai l. J. eingesetzte Opposition der „nationalen Majorität“ ihr Ende gefunden zu haben.

Was ist denn geschehen, dass eine solche rapide Gesinnungsänderung bei den polnischen Sozialisten, den Volksparteilern und speziell bei den Allpolen eingetreten ist? Wenn wir uns den Verlauf der politischen Vorfälle im Polenlager während der Sommermonate vergegenwärtigen, erscheint uns das letzte Wort, das von den Polen im Budgetausschuss durch Glombinski gesprochen wurde — eine Zustimmung zum Budgetprovisorium und ein Anschluss an die Hausmajorität für Dr. Seidler ein dunkles Rätsel! Wenn dieser zahme Ausgang eines mit gewaltigem Impret und sub specie polonicae aeternitatis geführten mehrmonatlichen Kampfes — das Ziel sein sollte, dann sind die in diesem Kampfe vergeudete Zeit, die herbeigeführte Zerklüftung im Polenklub, die verursachte Sprengung der Vollversammlung, die aufgenötigte Resignation Bilinskis und Lazarskis, die geäusserte Wut gegen die Konservativen und die Bildung neuer Gruppierungen der „nationalen Majorität“ und des „interparteiischen Klubs“ unverständlich und der 28. Mai wie der 2. September l. J. unbegreiflich! Denn die Konzessionen, welche die demokratische Majorität dem Lande als Sieg präsentiert, sind derart selbstverständliche Verpflichtungen, dass sie von jeder Regierung und um wieviel leichter ohne Opposition des Polenklubs anerkannt worden wären. Dass die Kriegsleistungsgebühren nach drei Jahren energischer berücksichtigt würden, dass in den Zentralstellen einige polnische Referenten in Gnaden aufgenommen werden, dass im Eisenbahndienst Erleichterungen für die polnischen Unterbeamten und Bediensteten eintreten sollen — das sind doch gewiss „Eroberungen“, die in keinem Verhältnisse zu jenem Aufgebot an Energie stehen, welche noch bis zur letzten ergebnislosen Wahl des Klubobmanns in Wien aufgebracht wurde, um zu beweisen, dass der Polenklub eine prinzipielle Opposition treibt und mit der alten Methode der Trinkgelderpolitik gebrochen hat!

Die Aenderung der Taktik des Polenklubs kann auch nicht durch die Zusicherungen der Regierung auf dem rein politischen Gebiete erklärt werden. In dieser Richtung soll die Regierung im „Prinzipe“ sich für einen Zivilstatthalter für Galizien erklärt und ihre „Unterstützung“ — daher keine feste Zusicherung! — in der Legionenfrage versprochen haben. Diese zwei Erfolge scheinen aber in praktischer Beziehung sehr eingeschränkt zu sein; von gut informierter Seite wird berichtet, dass eigentlich eine Teilung der Agenden bei der Statthalterei erfolgen soll, dass ein Zivilstatthalter mit einem militärischen Referenten zusammen die Verwaltung des Landes übernehmen und wieder beide samt dem Gouverneur von Lublin einem höheren Militär unterstehen werden; in der Legionfrage aber sei das letzte Wort der äusseren Politik und dem bundesgenössischen Einvernehmen vorbehalten.

Warum hat also doch der Polenklub eingelenkt, oder besser gesagt, warum haben die Demokraten im Polenklub über Nacht ihren so radikal vertretenen Standpunkt geändert und ihn der Taktik und der Weltanschauung der Konservativen so sehr angepasst, dass der Abg. Abrahamowicz, der Konservativen Allkonservativste, seine Zufriedenheit dem Präsidium des Polenklubs und seinen Dank für den Beschluss, mit der Regierung zu gehen, ausdrücken konnte! Als am 2. September l. J. Graf Zdislaw Tarnowski in seiner Erklärung in Krakau nichts anderes gefordert hatte — aber buchstäblich nichts anderes! — als was jetzt der Klub beschlossen, wurde er von einer Flut von Schimpfwörtern wie Verräter, Laumacher usw. überschüttet; heute nehmen die Mitglieder des Polenklubpräsidiums Kendzior, der Volksparteiler, Daszynski, der Sozialdemokrat, und Glombinski, der Allpole, den Dank der Konservativen schweigend entgegen!

Wo ist der Sinn dieses neuesten Frontwechsels? fragen wir uns immerfort und gestehen, dass er schwer zu entziffern ist. Bis nunzu waren die polnischen Dinge klar. Ob man die Politik der Einen oder Anderen missbilligte oder anerkannte, sie verurteilte oder ihr zustimmte, man wusste oder glaubte zu wissen, worum es sich handelt. Einerseits standen die Parteien des 28. Mai l. J., die verkündeten, dass sie keine galizische, sondern eine gesamtpolnische Frage kennen, andererseits die „realen“ Politiker der Konservativen und gemässigten Demokraten, die sich mit dem Akte vom 5. November 1916, der Unabhängigkeit Polens und dem Verbleibe Galiziens, wenn auch sondergestellt, innerhalb der österreichisch-ungarischen Monarchie, zufriedengaben. Die ersten wollten ihre parlamentarische Stellung nicht für Silberlinge der Zugeständnisse für Galizien preisgeben; die anderen bestritten die Notwendigkeit, den politischen Einfluss im Reichsrate aufzugeben und die galizischen Landesfragen hintanzusetzen. Die Einen, die „nationale Majorität“, beharrten auf einem prinzipiellen Opponieren im Reichsrate, um ihre Solidarität mit den Passivisten aller Lager der polnischen Welt zu bekunden und um in der „äusseren“ Politik für die gesamtpolnische Frage Ewigkeitswerte zu erzwingen; die Anderen, die galizischen Aktivisten, lebten für die Forderung des Tages und begriffen es, dass österreichische Staatsnotwendigkeiten, die im österreichischen Parlamente zu votieren sind, bloss einen Anlass bieten können, die Forderungen für die österreichische Provinz Galizien zu forcieren. — Um diesen grundsätzlichen Unterschied der politischen Auffassung drehte sich der ganze, monatelang erbitterte geführte Strauss zwischen den Polen Galiziens, und es schien, dass den Parteien, die behaupteten, unerschüttert auf dem granitnen Block der Mairesolutionen (Vereinigung aller polnischen Gebiete mit dem Zutritt zum Meere!) zu stehen, der Sieg beschieden war. Aus dem Wege räumten sie alles im übernationalen Schwung, was einer Laxheit verdächtig sein konnte: Bobrzynski und Bilinski mussten gehen, Korytowski und der alte Kozmian wurden wegen ihrer gemässigten Reden in Acht und Bann gelegt, Lazarski musste abtreten, das N. K. N. wurde beschimpft und der öffentlichen Verachtung preisgegeben, die Konservativen wurden moralisch gezwungen, den Beratungssaal des Polenklubs zu verlassen, die Legionäre, die in den Legionen als polnischem Hilfskorps unter dem k. u. k. Kommando verblieben, wurden als Prätorianer und Verräter bezeichnet — und all das, damit Glombinski zuletzt erklärt, man habe sich entschlossen, für die Regierung Seidler einzutreten, weil es sich mit ihr unterhandeln lässt!

Wie ist aber doch dieses Rätsel zu deuten? Offen gestanden in diesem Momente sehr schwer. Man müsste sich auf Vermutungen und Klügeleien einlassen. Das Präsidium des Polenklubs ist auch sehr verlegen, um der Oeffentlichkeit eine plausible Erklärung zu geben. Glombinski entschuldigte den neuesten Frontwechsel mit dem Argumente, dass man mit der Regierung Clam nicht auskommen konnte, weil sie einen ruthenischen Landsmannminister in Aussicht nahm. Ein unwahres und fadenscheiniges, das Ansehen des polnischen politischen Ernstes sehr schädigendes Argument! Vor allem dachte Clam an die nationalen Landsmannminister erst zur Zeit, als er von den Polen abgewiesen worden war, und dann wäre es ein Geständnis, für das sich jeder ernstdenkende Pole schön bedanken würde, dass die Politik der Polen sich nur auf die Stellungnahme der Ruthenen und den Ruthenen gegenüber aufbaue. Dass auch die anderen Argumente, die nicht in die Oeffentlichkeit drangen und mit denen das Polenklubspräsidium wahrscheinlich seine neueste Schwenkung zu erklären suchte, ebenso wenig stichhältig sein müssen, beweisen die Umstände, dass bei der letzten Polenklubsitzung, auf der die wichtigste Entscheidung in der Polenpolitik in Oesterreich seit Kriegsbeginn fallen sollte, nur 36 Mitglieder von über 70 anwesend waren, dass Anträge vorlagen, den Polenklub in diesem Augenblicke nicht zu verpflichten, sondern den Mitgliedern bei der Abstimmung im Hause freie Hand zu lassen, dass Daszynski, der als Mitglied des Präsidiums mit der Regierung verhandelte und dadurch zur Solidarität mit dem Antrage des Präsidiums verbunden war, sich herbeiliess, bei dieser Sitzung zusammen mit dem Konservativen Halban einen Verschleppungsantrag zu stellen, und dass sich unter 36 Mitgliedern noch immer sieben fanden, die sogar gegen diesen Verschleppungsantrag Daszynski-Halban als Protest stimmten, dass soviele Polenklubmitglieder es für entsprechender fanden, sich von dieser Sitzung fernzuhalten.

Dr. Seidler verlangte vom Polenklub für seine Zugeständnisse nicht nur das Budgetprovisorium und Budget, sondern auch unter anderem die Unterstützung der Polen in den Delegationen für die Politik Czernins. Sollte hier der Schlüssel zur Lösung dieses Rätsels liegen, dass Glombinski, Daszynski, Tetmayr und Kedzior es für angemessen finden, ihre prinzipielle Opposition aufzugeben? Dann wäre es wirklich interessant, zu erfahren, wie weit die geforderte Unterstützung — den Mai-Resolutionen entsprechen könnte! Vorläufig hat sich jedoch der Polenklub in dieser Hinsicht noch nicht festgelegt; eine morgen zusammentretende Polenklubsitzung hat darüber erst zu entscheiden. Wir sind auf diese Verhandlungen wirklich gespannt. Wenn nur nicht dem Dr. Seidler und Dr. Glombinski als natürlichen Vertretern heterogener Anschauungen beiderseits der Satz vorschwebt: Timeo Danaos, dann kann die morgige Sitzung Positives zeitigen.

orgen-Ausgab

NEUE

RGER Z

H

TION u. DRUCKEREI: LEM

emberg, Dienstag, den 16. Ok

haftsrat für

asser an der Iso

ritte der Operat

Vordringen im östlichen T von Oesel.

KB. **Berlin**, 15. Oktober. Aus dem Grossen Ha quartier wird mitgeteilt:

Westlicher Kriegsschauplatz:

Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht:

Die Kampftätigkeit der Artillerie in Flandern wechselnd stark. An der Küste und in einzelnen schnitten der Front zwischen Lys und Deule w das Feuer zeitweilig zu kräftiger Wirkung zusam gefasst. In den ausgedehnten Trichterfeldern ka mehrfach zu Erkundungsgefechten. Im Artois g die Engländer mit starken Kräften zwischen Scarpe und der Strasse Cambrai—Arras in Kilometer Breite an. An den Flügeln scheiterte Ansturm im Feuer; in der Mitte drang der Fei unsere Linien ein und wurde nachts durch Ge stösse wieder vertrieben. Bei St. Quentin lebte Feuer vorübergehend auf. Die Kathedrale e wieder 15 Granatentreffer.

Przesłane Bobrzyńskiemu
przez Fryderyka Zolla
dnia 19.10 [1917]

~~Vide: Korespondencja~~

~~rkps.~~

Nummer 41
2. Jahrgang

Wirtschaftszeitung der Zentralmächte

Offizielles Organ des Deutsch-Österreichisch-Ungarischen Wirtschaftsverbandes, des Österreichisch-Deutschen Wirtschaftsverbandes und des Ungarisch-Deutschen Wirtschaftsverbandes

Herausgeber:
für das Deutsche Reich: Geh. Regierungsrat Prof. Dr. Paasche
für Österreich: Exzellenz Geheimer Rat Dr. Wilhelm Exner
für Ungarn: Baron Dr. Jul. Madarassy-Beck, Reichstagsabg.
für Bulgarien: Exzellenz Konstantin H. Kaltschow
für die Türkei: Hadji Adil Bey, Präsid. d. Türkischen Kammer

Freitag, 12. Oktober 1917

Hauptschriftleiter:
für das Deutsche Reich: Paul Brandt, Berlin
Syndikus des Deutsch-Österreichisch-Ungarischen Wirtschaftsverbandes
für Österreich: Professor Dr. Rudolf Kobatsch, Wien
Geschäftsführer des Österreichisch-Deutschen Wirtschaftsverbandes
für Ungarn: Sigmund Lanyi, Budapest
Geschäftsführer des Ungarisch-Deutschen Wirtschaftsverbandes
für Bulgarien: Professor Konstantin M. Ghéorghiew, Sofia
für die Türkei: Tekin Alp Bey, Konstantinopel

Erscheint allwöchentlich in Berlin — Wien — Budapest — Sofia — Konstantinopel

Jahresbezugspreis für Deutschland 24 M., für Österreich-Ungarn 30 K., für das übrige Ausland 32 M., einschließl. der Zustellungsgebühr

Geschäftsstellen: Berlin SW 68, Lindenstr. 105 (Redaktion: Berlin W 35, Am Karlsbad 16); Wien I, Rotenturmstr. 9 (Redaktion: Wien I, Eschenbachgasse 11); Budapest V, Akadémia-utca 6; Sofia, Ulica Oborischte 4; Konstantinopel, Makoulian Han

Zu beziehen durch alle Postanstalten, Buchhandlungen und durch unsere Geschäftsstellen.

Inhaltsverzeichnis

Deutsches Reich:

Österreich und Ungarn:

Türkei — Bulgarien:

Das polnische Problem.

Von Dr. Ludwig Quessel,
Mitglied des Reichstags.

Die Geschichte der äußeren Politik der europäischen Staaten ist reich an Beispielen schneller und radikaler Neuorientierungen, die im Gefolge kriegerischer Zusammenstöße einherschritten. Als Schulbeispiel einer solchen Neuorientierung kann der plötzliche Umschwung in der Haltung Englands gegenüber Rußland in der letzen Phase des russisch-japanischen Krieges angeführt werden, in der die britische Diplomatie, nachdem sie kurz vorher, wie die neuesten Veröffentlichungen aus russischen und deutschen Archiven gezeigt haben, ihren ganzen Einfluß aufgeboten hatte, um Rußland zu isolieren und seine Niederlage herbeizuführen, plötzlich ihre antirussische Orientierung radikal änderte und aus der Erkenntnis heraus, daß ein diplomatisch isoliertes, militärisch niedergeworfenes und von inneren Parteiungen zerrissenes Rußland unmöglich ein hinreichendes Gegengewicht gegen den wachsenden Einfluß der Mittelmächte in Europa sein könne, zu einer ausgesprochen prorussischen, auf die Stärkung des Zarenreiches hinarbeitenden Politik gelangte, deren erstes Ziel es war, Rußland einen Frieden ohne Kriegsentschädigung zu verschaffen. So schnell vollzog sich die Umwandlung der traditionellen Feindschaft in ein inniges Freundschaftsverhältnis, daß Edward Grey schon 1907 den Petersburger Vertrag über die Abgrenzung der beiderseitigen Interessen- und Einflußsphären in Zentralasien zum Abschluß bringen konnte, der, wie man in London sagte, Rußland wieder nach Europa zurückführen sollte.

Wie 1905 die britische, so steht heute die deutsche Diplomatie vor der schwierigen Frage, ob eine weitere Schwächung Rußlands überhaupt noch im deutschen Interesse liegt, ob nicht gerade Deutschland und seine Verbündeten ein starkes Rußland gegen die von England zielbewußt gegen das Wirtschaftsleben der Zentralmächte zustande gebrachte und geleitete Mächtekoalition brauchen. Die Frage wäre gewiß leicht mit einem Ja zu beantworten, wenn Rußland einstweilen nicht selbst zu jener von England geleiteten Mächtekoalition gehören würde. Immerhin bleibt die Tatsache bestehen, daß wirtschaftliche Gegensätze, die nicht durch Vereinbarungen freundschaftlicher Natur zu beheben wären, zwischen Rußland und das im Werden begriffene Mitteleuropa nicht vorhanden sind, und daß auch der politische Gegensatz zwischen dem großen Reich des Ostens und Mitteleuropa ausgelöscht ist, wenn die russische Auslandspolitik bei ihrem ausdrücklichen Verzicht auf Konstantinopel beharrt. Wo aber weder wirtschaftliche noch politische Gegensätze vorhanden sind, kann im Völkerleben, wenn nicht von einer oder von beiden Seiten ungewöhnlich schwere Fehler begangen werden, dauernde Feindschaft nicht bestehen. Kein Wunder daher, daß in Deutschland sich eine immer kräftiger werdende Neigung zur östlichen Orientierung unserer Außenpolitik bemerkbar

macht und selbst Fürst Lichnowsky, dem man eine starke Abneigung gegen das alte Rußland nachsagte, jetzt auf „unsere unbedingt erforderliche Versöhnung mit Rußland" hinweist.

Auch wer dem neuen Kurs der russischen Auslandspolitik mißtrauisch gegenüber steht und mit einem Rückfall derselben in den Geist des Panslawismus rechnet, wird zugeben müssen, daß das Rußland der nächsten Zukunft seine Kräfte viel zu sehr für innere Reformen wirtschaftlicher, sozialer und nationaler Art braucht, um leichthin eine Politik aktiv fortsetzen zu können, die zu einem neuen militärischen Zusammenstoß mit den Zentralmächten führen müßte. Von welcher Seite wir die Dinge daher auch betrachten, immer drängt sich uns die Erkenntnis auf, daß die Mittelmächte einen gangbaren Weg, der zu einem gedeihlichen Verhältnis mit unserem östlichen Nachbarreiche führt, eigentlich unschwer müßten finden können. Notwendig hierzu wäre freilich, daß man sich von dem Gedanken freimacht, ein nach innen und außen schwaches Rußland sei eine besonders sichere Bürgschaft für die Dauerhaftigkeit eines europäischen Friedens, der uns hinreichende Bewegungsfreiheit gibt. Denn alle Maßnahmen, die Rußland schwach machen, haben eben die Eigentümlichkeit, das östliche Nachbarreich immer mehr in Abhängigkeit von England zu bringen. Eine selbständige Politik gegenüber England kann nur ein starkes Rußland führen, so daß uns im Grunde nur die Wahl zwischen einem starken, von England unabhängigen, oder einem schwachen, von England abhängigen Rußland bleibt. Wer die Fremdvölker gegen Rußland ausspielen, Pufferstaaten gegen es errichten und russisches Randgebiet annektieren will, muß eben auf den Gedanken verzichten, aus den Wirren dieser Tage ein von England unabhängiges Rußland hervorgehen zu sehen, weil kein Staat mit einem anderen in Freundschaft leben kann, wenn er die Gewißheit hat, daß dessen Politik dahinzielt, ihn dauernd in Schwäche und Ohnmacht zu erhalten.

Eine deutsche Politik, die ein nach innen und außen starkes, von England unabhängiges Rußland an der Seite Mitteleuropas erstehen sehen will, braucht aber deshalb nicht ohne Wunsch in bezug auf die innere Organisation des russischen Staates zu sein. Wenn z. B. der deutsche Sozialismus von dem Gedanken durchdrungen und erfüllt ist, daß der Übergang Rußlands aus einem zentralisierten, nationalistischen Bureaukratenstaate zum autonomen demokratischen Föderalismus eine außerordentlich starke Garantie für die Erhaltung eines europäischen Friedens darstellt, der Europa vor angelsächsischer Bevormundung sichert, so wird die russische Demokratie hierin gewiß keine gegen die Völker Rußlands gerichtete feindliche Tendenz entdecken können. Sie wird es daher auch als keinen feindseligen Akt empfinden, wenn der deutsche Sozialismus allen jenen Maßnahmen der Mittelmächte in den besetzten Gebieten sympathisch gegenübersteht, die darauf hinauslaufen, dem autonomen demokratischen Föderalismus im Osten den Weg zu ebnen. Welche Organisation der aus der Revolution geborene neue russische Staat annimmt, kann sowohl der Sozialdemokratie wie auch allen anderen deutschen Parteien naturgemäß nicht gleichgiltig sein, wie ja auch die russische Demokratie nicht ohne Wunsch in bezug auf die deutsche Neuordnung ist. Die Erfahrung lehrt, daß bei einem Nationalitätenstaat, wie es das russische Reich nun einmal ist, jedes innere nationale Problem leicht zu einem auswärtigen werden kann. Eine staatliche Organisation Rußlands, die jeder Nationalität ihr Recht gibt, zugleich aber verhindert, daß eine von ihnen für ihre besonderen nationalen Aspirationen alle anderen in den Tod schicken kann, ist keine Angelegenheit, die die russischen Völker nur allein berührt. Es ist hierfür nur nötig zu erinnern, daß die Eroberung Konstantinopels, wofür das Zartum alle Völker Rußlands in den Krieg führte, wohl ein traditionelles russisches, aber kein polnisches, litauisches und finnisches Kriegsziel war. Andererseits ist es sicher, daß die Eroberung Polens in einer föderativ organisierten russischen Demokratie wohl ein Ziel polnischer, aber nicht russischer, litauischer, lettischer und finnischer Politik sein kann. An dieser Tatsache ändert der Umstand, daß auch ein Nationalitätenstaat eine einheitliche Außenpolitik führen muß, nichts wesentliches, weil eben bei deren Festlegung ein Ausgleich der verschiedenen nationalen Aspirationen wird stattfinden müssen.

Wer von diesen Gesichtspunkten aus an das polnische Problem herantritt, wird nicht zu der pessimistischen Auffassung gelangen, daß „der polnische Staatsgedanke aus einer Waffe, die wir zur Sicherung unserer Grenzen erfanden, der für Deutschlands Zukunft gefährlichste Plan geworden sei." Denn noch ist die polnische Staatlichkeit nicht so weit gediehen, daß darüber eine Verständigung mit Rußland unmöglich wäre. Allerdings kann der polnische Staatsgedanke in der Tat zu einer Gefahr für Deutschlands Zukunft werden, wenn die Lösung der polnischen Fragen von den Zentralmächten gegen und nicht in Gemeinschaft mit Rußland, und zwar im Sinne des autonomen demokratischen Föderalismus und unter Wahrung des Selbstbestimmungsrechts der Nationen vorgenommen wird. Jede gegen Rußland gerichtete Lösung der polnischen Fragen trägt große Gefahren für Deutschland in sich, weil sie an der Ostgrenze Mitteleuropas eine polnische Irredente ins Leben ruft, mit der sich eine allrussische Revanchepartei schnell genug verbrüdern würde. Was bisher von den Zentralmächten in Polen geschaffen worden ist, schließt eine Verständigung über das polnische Problem mit Rußland nicht aus, und vieles kann noch in Polen geschehen, was sowohl im deutschen wie im allgemein russischen Interesse liegt. Dazu gehört z. B. die Statuierung der Autonomie aller Nationalitäten Polens, die später im Friedensvertrag noch besonders zu garantieren wäre. Ein als Nationalitätenstaat errichtetes Polen gäbe naturgemäß einen ungünstigeren Boden für eine Irredente ab als ein polnischer Nationalstaat, und die nichtpolnischen Nationalitäten würden aller Voraussicht nach zu einem Bindeglied zwischen den Zentralmächten und Rußland werden. Je deutlicher zu Tage tritt, daß die alten kulturellen und wirtschaftlichen Zusammenhänge der Polen mit den Russen sich von neuem beleben, um so weniger Grund liegt für uns vor, die schwachen Nationalitäten in Polen zugunsten der vorherrschenden starken Nationalität zu benachteiligen.

Vertrauen kann sich die Politik der Zentralmächte in den besetzten Gebieten bei den Völkern des russischen Reichs freilich nur dann erwerben, wenn sie den Grundsätzen, von denen sie geleitet wird, auch im eigenen Lande Geltung verschafft, soweit dies mit den Lebensinteressen beider Staaten vereinbar ist. Gewiß kann auch der größte Polenfreund nicht verlangen, daß das deutsche Volk den deutschen Staatsbürgern polnischer Nationalität zu einer eigenen Staatlichkeit innerhalb der Grenzen des Deutschen Reichs verhilft. Dazu sind einerseits die Grenzen und andererseits die polnischen Siedelungen militärgeographisch viel zu ungünstig gelegen. Aus demselben Grunde verbietet sich für Deutschland auch die Gewährung einer polnischen Autonomie auf territorialer Grundlage. Dagegen bleibt es ein unbedingtes Erfordernis, daß Deutschland den Polen nationalkulturelle Autonomie gewährt. Nationalkulturelle Autonomie bedarf, wie besonders betont werden muß, keiner gesonderten territorialen Unterlage. Sie läßt die territoriale Einheit des Landes bestehen und gibt doch allen Nationen Raum zur Entwicklung. Sie stellt daher die einzige Lösung der Nationalitätenfrage für die deutsche Ostmark dar, wo Polen und Deutsche neben und durcheinander dasselbe Territorium bewohnen, sich deshalb miteinander abfinden und vertragen müssen und doch ihre eigene nationale Entwicklung haben wollen und sollen. Soweit die Pflege der geistigen Kultur reicht, sollte die den Polen in Preußen zu verleihende nationalkulturelle Autonomie möglichst unbeschränkt sein. In wirtschaftlichen und militärischen Angelegenheiten werden sich die Polen der Ostmark jedoch dem größeren Staatsganzen einfügen müssen, dem ja auch im gewissen Sinne eine übernationale Eigenschaft zuerkannt werden kann. Ganz die gleiche Haltung wie Deutschland gegenüber den Polen wird auch Rußland gegenüber den Völkerschaften einnehmen müssen, die neben und durcheinander dasselbe Territorium bewohnen. Über die Gewährung nationalkultureller Autonomie hinaus wird in sehr vielen Fällen, wie z. B. bei den Juden und deutschen Kolonisten, auch eine nationalföderalistisch organisierte russische Republik nicht gehen können.

Etwas weiter wie Deutschland kann Österreich den Polen entgegenkommen. Die Gründe hierfür sind verschiedener Natur. Zunächst ist das Verhältnis der Polen zu Österreich ein herzlicheres als das der Polen zu Preußen. Auf die Ursache dieser Erscheinung kann hier nicht eingegangen werden, ihre Realität aber ist unbestreitbar. Wenn der Krieg vielleicht auch eine gewisse Entfremdung zwischen Polen und Österreich geschaffen hat, so wirkt das frühere herzliche Verhältnis in vielen Stücken noch fort. Letzteres ist von der Entente schon vor dem Krieg mit großer Besorgnis betrachtet worden.

Wesentlich erschwert wird die Lösung der polnischen Probleme im Einverständnis mit Rußland allerdings durch die Festlegung der monarchischen Staatsform für das neue Polen. Bei dem engen kulturellen und wirtschaftlichen Zusammenhang Polens mit Rußland ist es unvermeidlich, daß das neue Staatswesen auch als von Rußland unabhängige Monarchie sich schließlich doch nach Osten orientiert. Wer aber von vornherein mit einer östlichen Orientierung der Polen rechnet, wird in einem mit Rußland vereinigten Polen eine stärkere Garantie für ein freundschaftliches Zusammenwirken der Zentralmächte mit dem Reich des Ostens sehen als in einem von Rußland losgelösten Polen. Denn Polen als Teilstaat eines russischen republikanischen Bundesstaats bedeutet eine außerordentlich starke Abschwächung derjenigen Tendenzen der russischen Auslandspolitik, die auf die Eroberung Konstantinopels und der Meerengen hinzielen. Was Polen wirtschaftlich braucht, sind nicht die Meerengen, sondern eine vertraglich festgelegte Garantie der freien Weichselschiffahrt zur Ostsee, diese aber ließe sich mit den wirtschaftlichen Interessen der Zentralmächte sehr gut vereinbaren. So gesehen, wäre ein polnischer Staat als Teil der russischen Bundesrepublik ein wertvolles Gegengewicht gegen die Tendenzen großrussischer Außenpolitik, die, wenn sie sich, begünstigt von England, frei auswirken können, eine Verständigung der Zentralmächte und ihrer Verbündeten mit Rußland immer wieder gefährden müßten. So sehr die Zentralmächte deshalb auch daran interessiert sind, einen lebensfähigen polnischen Staat entstehen zu sehen, so wenig Ursache haben sie, diesen Staat von Rußland zu separieren. Der Verzicht auf den Separatismus aber ist die Brücke, die in der polnischen Frage am leichtesten und sichersten zur Verständigung mit Rußland führt. Noch ist im Grunde nicht viel geschehen, was die Zentralmächte am Beschreiten dieser Brücke hindern könnte. Sie nicht zu zerstören, vielmehr alle Wege, die zu ihr führen, zu ebnen, sollte die Aufgabe einer Politik sein, die über den Tag hinaussehend, Zentral- und Osteuropa dauernd zusammenführen und sie zum Vorteil beider in langer Friedensarbeit einigen will.

Wirtschaftszeitung der Zentralmächte
z dnia 12. grudnia 1917
Nr 41.

azu gehört z. B. die Statu-
alitäten Polens, die
garantieren wäre. Ein als
rgemäß einen ungünstige-
cher Nationalstaat, und die
oraussicht nach zu einem
Rußland werden. Je deut-
. und wirtschaftlichen Zu-
von neuem beleben, um so
en Nationalitäten in Polen
nalität zu benachteiligen.
almächte in den besetzten
s freilich nur dann erwer-
geleitet wird, auch im eige-
mit den Lebensinteressen
h der größte Polenfreund
tschen Staatsbürgern pol-
eit innerhalb der Grenzen
nd einerseits die Grenzen
ilitärgeographisch viel zu
ietet sich für Deutschland
c auf territorialer Grund-
rdernis, daß Deutschland
währt. Nationalkulturelle
muß, keiner gesonderten
iale Einheit des Lan-
m zur Entwicklung. Sie
tenfrage für die deutsche
d durcheinander dasselbe
r abfinden und vertragen
cklung haben wollen und
eicht, sollte die den Polen
tonomie möglichst unbe-
irischen Angelegenheiten
n größeren Staatsganzen
eine übernationale Eigen-
he Haltung wie Deutsch-
l gegenüber den Völker-
heinander dasselbe Terri-
nalkultureller Autonomie
den Juden und deutschen
nisierte russische Repu-

rreich den Polen ent-
iedener Natur. Zunächst
herzlicheres als das der
cheinung kann hier nicht
reitbar. Wenn der Krieg
en Polen und Österreich
hältnis in vielen Stücken
or dem Krieg mit großer

polnischen Probleme im
lie Festlegung der mo-
i dem engen kulturellen
Rußland ist es unver-
on Rußland unabhängige
entiert. Wer aber von
Polen rechnet, wird in
rkere Garantie für ein
mächte mit dem Reich
osgelösten Polen.
ikanischen Bundesstaats
ung derjenigen Tenden-
oberung Konstantinopels
schaftlich braucht, sind
estgelegte Garantie der
ließe sich mit den wirt-
ut vereinbaren. So ge-
ssischen Bundesrepublik
denzen großrussischer
England, frei auswirken
und ihrer Verbündeten
sehr die Zentralmächte
bensfähigen polnischen
n sie, diesen Staat von
len Separatismus
e am leichtesten und
och ist im Grunde nicht
chreiten dieser Brücke
alle Wege, die zu ihr
sein, die über den Tag
sammenführen und sie
en will.

Przekazał Bobrzyńskiemu
prof. Fryderyka Zolla
dnia 19.10.[1917]

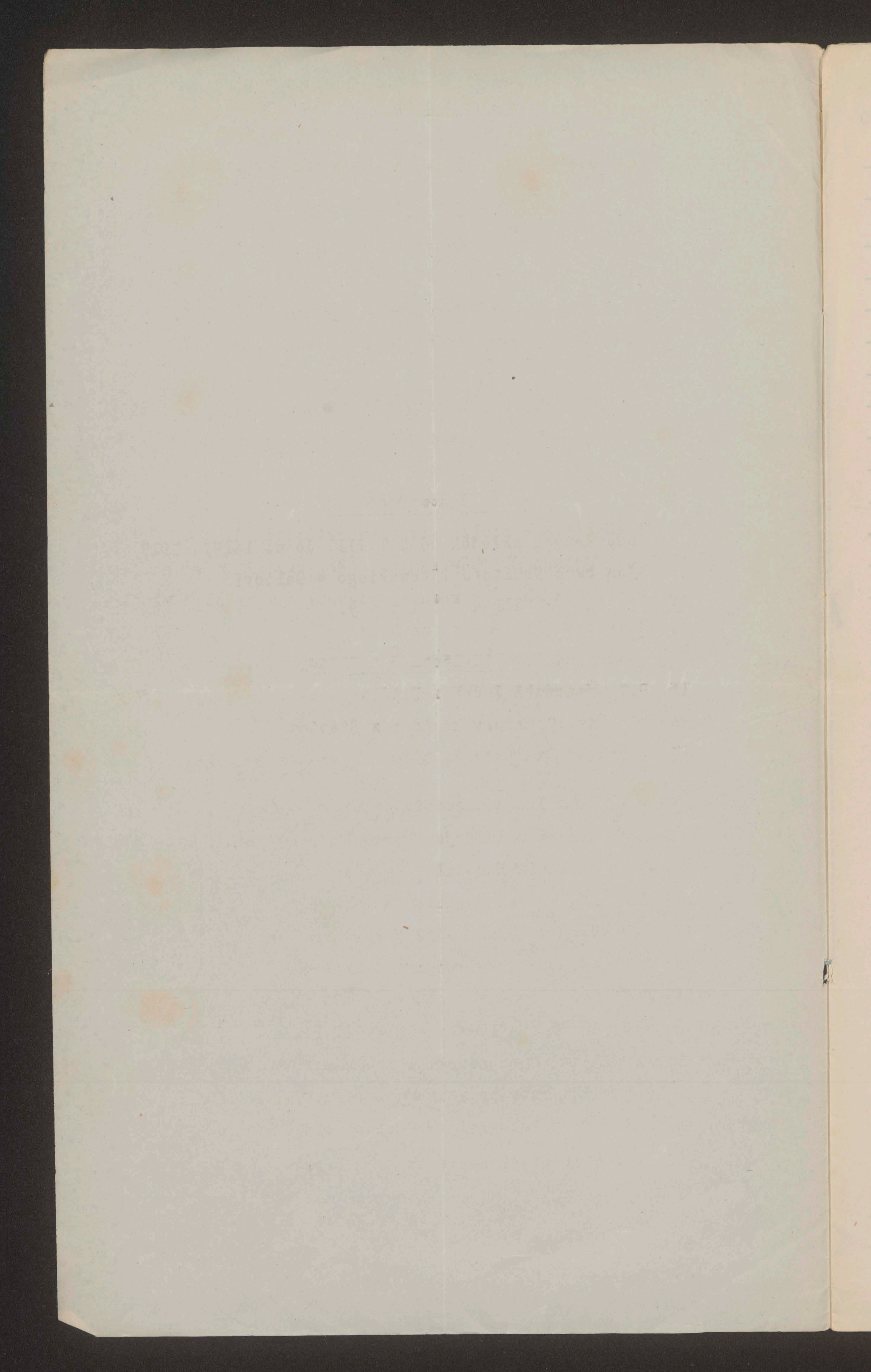
~~vide korespondencja~~

~~rkps.~~

W Y K A Z

nadesłanych składek od d.1.III. do d. 14.VI. 1917
na ręce Komitetu Litewskiego w Galicyi
d l a L i t w y.

-o-
-o-



W Y K A Z

nadesłanych składek od 1.III. do d.14.VI.1917
na ręce Komitetu litewskiego w Galicyi
d l a L i t w y.

1.	Rada narodowa we Lwowie	1.000.-
2.	Wydział Krajowy w Białej.	1.000.-
3.	Naczelny Komitet Narodowy w Krakowie.	500.-
4.	Rada powiatowa w Krakowie	453.-
5.	" " w Bochni	100.-
6.	" " w Chrzanowie	100.-
7.	" " w Łańcucie	100.-
8.	" " w Żywcu.	40.-
9.	" " w Wadowicach	22.-
10.	Dochód z wieczorku u hr. Załuskich.	2.540.80
11.	P.T. Chłapowski Mieczysław z Ks.pozn./1000 m/	1.580.-
12.	Prof. Nitsch z Krakowa / przez prof.Kleckiego	1.020.-
13.	X.Kanonik hr. Badeni ze Lwowa	1.000.-
14.	Towarz.naftowe "Galicya " z Drohobycza. . . .	1.000.-
15.	P.T. Uznański Jerzy z Szaflar	1.000.-
16.	" " Ks. Czartoryski Adam z Sieniawy. . . .	500.-
17.	" " Ks. Czartoryski Witold / prezes lwowskiego Tow.gosp./ .	500.-
18.	" " Götz Jan z Okocimia.	500.-
19.	" " Lisowiecki Maryan.	500.-
20.	" " Łacińska Kapituła ze Lwowa	500.-
21.	" " Kn. Puzyna Juliusz ze Lwowa.	500.-
22.	" " Hr. Raczyńska Róża z Krakowa	500.-
23.	" " Hr. Raczynski Edward z Krakowa	500.-
24.	" " Hr. Antoniowa Potocka / 100 rb./	375.-
25.	" " Hr. Zofia Tyszkiewicz/ 100 rb./.	375.-
26.	" " Prof. Chrzanowski z Krakowa / 200 m./. .	330.-
27.	" " Cukrownia przeworska	300.-
28.	J.E. Marszałek Krajowy Niezabitowski z Białej	300.-
29.	P.T. Koła ziemiańskie 19.III. Lwów.	246.-

Do przeniesienia. . . . 17.381.80

z przeniesienia 17.381.80

30.	P.T.	Urzędnicy Wydziału Krajowego w Białej. .	231.--
31.	" "	Hr. Stan. Plater ze Lwowa / 55 rbl./ . .	220.--
32.	" "	Cieński Tadeusz /Prezes Rady Narodowej ze Lwowa /.	200.--
33.	" "	Delegat Federowicz K..	200.--
34.	" "	Hr. Potocki Alfred z Łańcuta	200.--
35.	" "	X. Biskup Pelczar z Przemyśla.	200.--
36.	" "	Rylski Eust. z Uhrynowa.	200.--
37.	" "	Ks. Sapieha Władysław z Krasiczyna . . .	200.--
38.	" "	Hr. E.A. Raczyński	150.--
39.	" "	Ks. Mirski / 33 rb./	130.--
40.	" "	Bal Stanisław ze Lwowa	100.--
41.	" "	Barański Włodzimierz ze Lwowa.	100.--
42.	" "	Brunicki br. Konstanty ze Lwowa. . . .	100.--
43.	" "	J.E. Minister Jędrzejowicz	100.--
44.	" "	Krzeczunowicz Aleksander ze Lwowa. . .	100.--
45.	" "	Kruzenstern Karol " " . . .	100.--
46.	" "	Hr. Lasocka Iza z Krakowa	100.--
47.	" "	Hr. Plater Jan " "	100.--
48.	" "	Przybysławski Kazimierz / Dyr.Tow.kred. Lwów /	100.--
49.	" "	L. Puzynowie z Gwoździca.	100.--
50.	" "	Rylski Adam.	100.--
51.	" "	J.E. Generał Rozwadowski Tadeusz	100.--
52.	" "	Ks. Sanguszków w Tarnowie - Zarząd dóbr.	100.--
53.	" "	Ks. Prałat Wądolny z Krakowa	100.--
54.	" "	Margrabia Wielopolski z Krakowa. . . .	100.--
55.	" "	J.E. Wodzicki Antoni ." . "	100.--
56.	" "	Żeleński Ludwik " "	100.--
57.	" "	Brandys Jan z Wielkich Dróg	60.--
58.	" "	Kępiński Wład. z Moszczanicy	60.--
59.	" "	Rylska Iza	60.--
60.	" "	Zarząd szpitala powszechnego w Tarnowie.	60.--

Do przeniesienia . . 21.252.80

z przeniesienia 21.252.80

61. P.T. Bohdanowicz Stanisław ze Lwowa 50.--
62. " " Hr. Czosnowski Franciszek ze Lwowa . . 50.--
63. " " Dembowski Ignacy / b.wiceprezydent Rady szkolnej /. 50.--
64. " " Dolański Seweryn 50.--
65. " " Dzieduszycka Jerzowa z Wiednia 50.--
66. " " Hr. Korytowska Jadwiga - Lwów 50.--
67. " " Hr. Koziebrodzka Ida " 50.--
68. " " Hr. Krasicka Józefa 50.--
69. " " Hr. Krasicki Zyhmunt 50.--
70. " " Mars Jan z Sądowej Wiszni. 50.--
71. " " X. Marcia Karol z Przemyśla. 50.--
72. " " Hr. Mieroszewski Leonard 50.--
73. " " Kn. Puzynina Helena z Gwoździca 50.--
74. " " Kn. Puzyna Józef profes. Lwów. 50.--
75. " " Kn. Puzynina Karolina Lwów 50.--
76. " " Serwatowska Wanda z Jezierzan. 50.--
77. " " Skrzyński Zdzisław 50.--
78. " " Sroczyński Marszałek 50.--
79. " " Szaszkiewicz Gustaw z Rzemienia. . . . 50.--
80. " " Rutowski Kraków. 50.--
81. " " Hr. E. Romer z Królestwa 50.--
82. " " Rutkowski Dr. profesor 50.--
83. " " Hr. Tyszkiewicz Władysław. 50.--
84. " " Wiktorowie Janowie z Zarszyna. 50.--
85. " " Woźniakowski M.. . . . . 50.--
86. " " Żeleński Władysław z Grodkowic 50.--
87. " " Prof. Górski 40.--
88. " " Ks. Lubomirski Kazimierz 40.--
89. " " J. Malczewski Kraków 40.--
90. " " Hr. Mycielski Wład. 40.--
91. " " Nieczytelny podpis 40.--
92. " " Skibniewska Aleksandrowa 40.--

Do przeniesienia . . . 22.792.80

z przeniesienia 22.792.80

93.	P.T.	Hr. Starzeński Adam z Krakowa	40.--
94.	" "	Jenerał Pruszkowski	40.--
95.	" "	X. Kanonik Eustachy Jełowicki ze Lwowa.	30.--
96.	" "	Łuszczewski Konrad ze Lwowa	30.--
97.	" "	Turnau Jerzy z Mikulic.	30.--
98.	" "	Hr. Romer St. z Krakowa	30.--
99.	" "	Br. Błażowski z Nowosiółki.	20.--
100.	" "	Cielecki Artur / prezes Towarzystwa Kółek rolniczych / . .	20.--
101.	" "	Dr. Dąmbski Aleksander / Dyrektor Związku Ziemian/	20.--
102.	" "	Dr. Daniec z Rzeszowa	20.--
102.	" "	Hr. Dzieduszycki Wład. z Jezupola . . .	20.--
104.	" "	Gromanowa	20.--
105.	" "	Dr. Głażewski Adam / Dyrektor Towarz. Kredytowego ziemskiego,Lwów/	20.--
106.	" "	J.E. Hausner b.Prezydent sądu Kraków. .	20.--
107.	" "	Jędrzejowicz Tomisław ze Lwowa.	20.--
108.	" "	Ks. Sapieha Leon / jun./.	20.--
109.	" "	Tadeusz Starzewski z Krakowa.	20.--
110.	" "	K. Sulatycki ze Lwowa	20.--
111.	" "	Dr. Surzycki z Krakowa.	20.--
112.	" "	Nieczytelny	20.--
113.	" "	Grono nauczycielskie Krosno	12.77
114.	" "	Antoniewicz Woysym Wacław	10.--
115.	" "	Jelewicka Olga Lwów	10.--
116.	" "	Horodyński Zbigniew ze Zbydniowa. . . .	10.--
117.	" "	Lepszy Leonard Kraków	10.--
118.	" "	Nieczytelny	10.--
119.	" "	Nieczytelny	10.--
120.	" "	Sękowski Kazimierz Lwów	10.--
121.	" "	Prof. Szajnocha, Kraków	10.--
122.	" "	Gruszecki Stanisław z Kołomyi	5.--
123.	" "	Zawadzki - Lwów	5.--
124.	" "	Grodzicki M.	100.--
125.	" "	Rada powiatowa Pilzno.	50.--
126.	" "	Marcinkiewicz Biała	23.--
127		Łążyński S. marszałek	20.--
			23.568.57

	23.568.57
Z listy p.Cezarego Hallera 17/3,20/3,5/4, 2/5, 2/6	6.559.--
Z listy prof. Kallenbacha 20/4	220.--
" " Kleckiego 12/5	365.--
" P.Tadeusza Strumiły 2/6	180.--
" panny Kallenbach 2/6	265.--
" p.Korytki Pawła 3/6. / Hr. Rusocka Jadwiga/	250.--
	31.407.57
z tej sumy doręczono hr.Krasickiemu do wysyłki na Litwę	31.198.--
pozostaje	204.--
na to nie wpłaciły strony	100.--
w kasie	104.--

Bezpośrednio przed zorganizowaniem się Komitetu litewskiego z inicyatywy Księcia Biskupa osobno złożono w Krakowie i przesłano dla Litwy 2.800 K.

L. Puzyna
Skarbnik

Kraków, dnia 13/VI. 1917.
Groble 8.

